

## Das politische Potential der Zivilgesellschaft in Russland während der Präsidentschaft von Wladimir Putin und Dmitri Medwedew

Michaleva, Galina

Arbeitspapier / working paper

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Michaleva, G. (2011). *Das politische Potential der Zivilgesellschaft in Russland während der Präsidentschaft von Wladimir Putin und Dmitri Medwedew*. (Arbeitspapiere und Materialien / Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, 116). Bremen: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-441087>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Forschungsstelle Osteuropa Bremen  
Arbeitspapiere und Materialien

Nr. 116 – November 2011

## Das politische Potential der Zivilgesellschaft in Russland während der Präsidentschaft von Wladimir Putin und Dmitri Medwedew

Galina Michaleva

Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Nr. 116: Galina Michaleva

Das politische Potential der Zivilgesellschaft in Russland während der Präsidentschaft von Wladimir Putin und Dmitri Medwedew

November 2011

ISSN: 1616-7384

Über die Autorin

Dr. habil. Galina Michaleva ist Dozentin der Geisteswissenschaftlichen Staatsuniversität Russlands (RGGU) in Moskau und Lehrbeauftragte an der Universität Bremen. 1992–2000 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Sie publiziert (auch als Luchterhandt bzw. Vochmenceva) zur politischen Entwicklung in Russland sowie zu den Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union.

Seit 1998 ist sie Mitglied der oppositionellen demokratischen Partei »Jabloko«, Geschäftsführerin des Politischen Komitees und Vorsitzende der Genderfraktion.

Die Autorin dankt Herrn Igor Jakowlew, Leiter des Pressedienstes der Russischen Demokratischen Partei »Jabloko«, für die Genehmigung, Bilder des Pressedienstes zu verwenden.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmute Trepper

Layout/Satz: Matthias Neumann

Umschlag nach einem Kunstwerk von Nicholas Bodde

Die Meinungen, die in den von der Forschungsstelle Osteuropa herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung der Forschungsstelle Osteuropa sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Opinions expressed in publications of the Research Centre for East European Studies are solely those of the authors.

This publication may not be reprinted or otherwise reproduced—entirely or in part—without prior consent of the Research Centre for East European Studies or without giving credit to author and source.

© Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2011

**Forschungsstelle Osteuropa**

Publikationsreferat

Klagenfurter Str. 3

28359 Bremen – Germany

phone: +49 421 218-69601

fax: +49 421 218-69607

e-mail: [publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de](mailto:publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de)

internet: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>

# Inhalt

|  |    |
|--|----|
| Vorbemerkung .....   | 5  |
| 1. Das Handeln der Staatsmacht im Kontext der gesellschaftlichen Erwartungen und die Strategie der Vereinzelung.....               | 7  |
| 2. Das Ineinandergreifen von Politischem und Nichtpolitischem: NGOs, Staatsmacht und Parteien<br>11                                |    |
| 2.1. Bürgerorganisationen: ihre Entwicklung, ihre Ressourcen und ihr Verhältnis zur Staatsmacht.....                               | 11 |
| 2.1.1. Präsident Putins erste Amtszeit: relative Unabhängigkeit der NGOs .....   | 11 |
| 2.1.2. Präsident Putins zweite Amtszeit: Angriff auf der ganzen Linie.....   | 13 |
| 2.2. Oppositionelle Parteien, Bürgerorganisationen und ihre wechselseitigen Beziehungen .....                                      | 15 |
| 2.2.1. Der faktische Ausschluss oppositioneller Parteien aus dem Parteiensystem .....  | 15 |
| 2.2.2. Die systemkritische Opposition: Überblick.....  | 17 |
| 2.2.3. Wechselwirkungen innerhalb der systemkritischen Gruppierungen .....   | 18 |
| 2.3. Fallstudie: der »Allrussische Bürgerkongress« (WGK) und sein Umfeld.....  | 20 |
| 2.3.1. Kurzer historischer Abriss .....  | 20 |
| 2.3.2. Die Hauptakteure des Allrussischen Bürgerkongresses – Parteien, Politiker und NGOs: Ziele und Strategien.....               | 23 |
| 2.4. Fallstudie: Die grüne Bewegung.....   | 27 |
| 3. Die Staatsmacht: zentrale Strategien im Umgang mit NGOs und der Bürgerbewegung.....   | 31 |
| 4. Neue Formen von Bürgerengagement.....   | 35 |
| 4.1. Die Hauptetappen und die Besonderheit der Entwicklung .....   | 35 |
| 4.2. Bürgerengagement während der Wirtschaftskrise .....   | 37 |
| 4.3. Nach der Krise: die Politisierung des Protestes und die Reaktion der Staatsmacht.....   | 41 |
| 4.4. Anatomie der Gewalteskalation bei Bürgerprotesten: zwei Fälle.....  | 48 |
| 4.4.1. Der Kampf um das Waldgebiet von Chimki: Konsolidierung der Bürgerbewegung um ein Ziel von gesellschaftlicher Relevanz ..... | 48 |
| 4.4.2. Nationalistische Jugendrevolten: Eskalation von Hass und Gewalt .....   | 49 |
| 5. Mögliche Entwicklungsrichtungen der Beziehungen zwischen der Staatsmacht und der Gesellschaft .....                             | 53 |
| Anhang: Demonstrationen der Partei »Jabloko« 2011 in Bildern.....  | 57 |
| Aktuelle Publikationen der Forschungsstelle Osteuropa .....  | 61 |
| Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa .....   | 63 |



## Vorbemerkung

Das vorliegende Arbeitspapier untersucht die Entwicklung des Bürgerengagements während der beiden Amtsperioden von Präsident Putin und in der ersten Hälfte der Amtszeit von Präsident Medwedew. Während unter Putin von nachlassendem Engagement und einer Entpolitisierung der Forderungen der Bürger gesprochen werden kann, ist seit dem Amtsantritt von Medwedew die Anzahl der Aktionen gewachsen und das politische Niveau gestiegen. Dies wurde besonders im Jahr 2010 sichtbar, als die politischen Führungen von der zentralen bis hinunter zur lokalen Ebene gezwungen waren, auf lang anhaltende breite Bürgerproteste zu reagieren.

Als politisch werden in dieser Analyse Handlungen und Forderungen verstanden, die entweder auf die Veränderung des politischen Systems oder den Austausch seiner Vertreter abzielen oder aber sich an politische Akteure wenden, die Einfluss auf Entscheidungen nehmen können, welche größere Bevölkerungsgruppen betreffen.<sup>1</sup>

Das politische Potential der Zivilgesellschaft in dieser Zeit erschließt sich, wenn wir ihre staatsbürgerliche Komponente untersuchen, also das Engagement von Gruppen oder Individuen zur Verteidigung ihrer eigenen oder auch gesellschaftlich relevanter Rechte und Interessen gegenüber den politischen Instanzen. Untersucht werden sowohl die institutionalisierten Formen des Bürgerengagements in Gestalt der NGOs (auf Russisch: nichtkommerzielle Organisationen – NKO) als auch neue Formen von Gruppenaktivitäten, die weder rechtlich verfasst sind noch eine feste Mitgliedschaft haben, also von Bürgerinitiativen. Nicht berücksichtigt werden in der vorliegenden Analyse gemeinnützige Organisationen, die soziale Hilfsdienste anbieten, oder reine Interessengruppen.

Im genannten Zeitraum wurden die Existenzbedingungen für die oppositionellen politischen Parteien soweit erschwert, dass eine Reihe von ihnen den Parteistatus, der die Voraussetzung für Wahlbeteiligungen bildet, verlor und zu politischen gesellschaftlichen Gruppen mutierte. Gleichzeitig aktivierten sich die Beziehungen zwischen den oppositionellen Parteien und den politischen NGOs, also den nichtstaatlichen Organisationen, die sich die Durchsetzung gesellschaftlich relevanter Interessen zum Ziel gesetzt haben, und neuen Formen des Bürgerengagements, die außerhalb der institutionellen Sphäre entstanden.

Die vorliegende Analyse wird zu Beginn den Zustand der Gesellschaft Russlands im genannten Zeitraum und das Handeln der Staatsmacht im Kontext der gesellschaftlichen Erwartungen charakterisieren. Im nächsten Schritt werden das für die politische Entwicklung in Russland typische Ineinander von Politischem und Nichtpolitischem, die Positionen der Führungsgruppen sowie das Handeln von Parteien, NGOs und Bürgerbewegungen untersucht. Dabei geht es sowohl um den spezifischen Charakter der Bürgerorganisationen, ihre Ressourcen und ihre Beziehung zur Staatsmacht als auch um die Art der Wechselbeziehungen zwischen ihnen und den oppositionellen Parteien. Dies wird an zwei aussagekräftigen Beispielen vorgestellt: an der Geschichte des Allrussischen Bürgerkongresses und der Grünen Bewegung.

Weiterhin werden die zentralen Strategien der Staatsmacht gegenüber oppositionellen Parteien, Gruppen und Bewegungen in ihrer Entwicklung eingeschätzt und die deutlichere liberal-demokratische Rhetorik in der Amtszeit von Medwedew berücksichtigt. Gestützt auf empirische Untersuchungen wird die Entwicklung neuer Formen zivilen Engagements im Zusammenspiel von Parteien und politischen Organisationen vorgestellt, einschließlich ihrer Politisierung vor, während und nach der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Eskalation von Gewalt im Verlauf von Bürgerprotestaktionen wird an den Beispielen der Verteidigung des Waldgebiets von Chimki bei Moskau und der Protestaktionen der vereinigten Fußballfans und Nationalisten im Dezember 2010 gesondert diskutiert. Die Analyse schließt mit der Diskussion möglicher Entwicklungsrichtungen in den Beziehungen zwischen Staatsmacht, politischer Opposition und Bürgerprotesten.

---

1 Dieser Arbeitsbegriff unterscheidet sich von dem Politikverständnis in demokratischen Systemen, wo jedes beliebige Bürgerproblem auf der politischen Tagesordnung landet. In einem autoritären System verengt sich die Sphäre des Politischen in dem Maß, in dem demokratische Institutionen sich in »Imitationen« ihrer selbst verwandeln und die Kluft zwischen den Interessen der Gesellschaft und denen der herrschenden Gruppe sich vergrößert.



## 1. Das Handeln der Staatsmacht im Kontext der gesellschaftlichen Erwartungen und die Strategie der Vereinzelung

Wie die neuesten Untersuchungen des Levada-Zentrums überzeugend darlegen,<sup>2</sup> lässt sich die Gesellschaft im heutigen Russland für fast den gesamten Untersuchungszeitraum als apathisch, unpolitisch, konsumorientiert und nicht solidarisch beschreiben, wobei alle Ereignisse außerhalb des persönlichen Lebens von den Einzelnen wie Fernsehbilder, Kinofilme oder Fußballspiele wahrgenommen werden, unabhängig von ihrer Bedeutung. Für die überwiegende Mehrheit der Menschen einschließlich derer, die zu den sogenannten avancierten Gruppen mit hohem Einkommen und beruflichen Karrierechancen gehören, gilt eine Art »schizophrenes Bewusstsein«. Dieses entsteht aus dem Zusammentreffen von massiver politischer Propaganda, einer aufgenötigten bewertenden Sicht der Welt sowie einer verstärkten Theatralisierung der Politik mit einem noch wenig ausgebildeten postsowjetischen Normen- und Wertebewusstsein.

Einerseits herrscht ein tiefes Misstrauen gegenüber sämtlichen politischen Institutionen und Organisationen mit Ausnahme der beiden politischen Akteure Putin und Medwedew. Die Menschen bemühen sich, ihre Probleme selbst und mit eigenen Mitteln zu lösen, indem sie sich auf ihre engen Beziehungsnetze von Bekannten und Verwandten oder auf informelle »Beziehungen« stützen. Denn sie trauen weder den Herrschenden noch den oppositionellen Parteien noch den NGOs und schon gar nicht den Gerichten.

Andererseits haben sich bei der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung eine paternalistische Auffassung von einem zur Sorge um sie verpflichteten Staat und eine staatszentrierte Vorstellung vom Ort des Menschen und des Landes in der Welt erhalten.

Nach Ansicht von Soziologen müssen entscheidende Prozesse im Massenbewusstsein als widersprüchlich bewertet werden, angesichts einer Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen, d. h. verschiedener Formen von Innovation und Tradition. Die gestiegene psychologische Relevanz solch anerkannter Attribute der Tradition wie Staat, Grenze, Territorium und Vergangenheit kann ebenso legitim als Ausdruck von Neotraditionalismus<sup>3</sup> wie als Beleg für eine sich fortsetzende Modernisierung interpretiert werden. Hierzu führt A. Sudin<sup>4</sup> überzeugend aus: Die Traditionalisierung »generalisierter« politischer Vorstellungen wird von neuen Errungenschaften im kognitiven und im Wertebereich flankiert; in bestimmten Fragen wird das Massenbewusstsein differenzierter – z. B. in der Vorstellung vom Westen – und realistischer. Letzteres betrifft etwa die Einschätzung des Ortes und der »Qualität« demokratischer Institutionen im Land oder die Beziehungen zum Ausland. Doch obwohl die Führung Russlands im Sommer 2010 überraschend eine Westwende vollzog, indem sie die EU und die USA zu ihren vorrangigen Partnern erklärte,<sup>5</sup> tendiert sie ganz offensichtlich und überwiegend zu einer traditionellen Weltkarte und traditionellen Werten. Das zeigen die immer enger werdende Zusammenarbeit zwischen den politischen Führungen auf den verschiedenen administrativen Ebenen des Landes mit der orthodoxen Kirche und deren wachsender Einfluss auf die Gesellschaft.<sup>6</sup>

2 Siehe: Gudkov, L./ Dubin, B./ Zorkaja N.: Srednij klass as if: mnenija i nastroenija vysokodochodnoj molodeži v Rossii, in: Vestnik obščestvennogo mnenija, 2008, Nr. 3 (95). S. 27–41.

3 Gudkov, L.: Russkij neotradicionalizm, in: Ėkonomičeskie i social'nye peremeny: monitoring obščestvennogo mnenija. 1997. Nr. 2. S. 25–33; ders. Russkij neotradicionalizm i soprotivlenie peremenam, in: Otečestvennye zapiski. 2002. Nr. 3. S. 87–102.

4 Zudin, A. Ju.: Massovoe soznanie i političeskie innovacii: opyt poslednego desjatiletija, in: Gofman, A. B. (Hrsg.): Tradicii i innovacii v sovremennoj Rossii. Sociologičeskij analiz vzaimodejstvija i dinamiki. Moskau: ROSSPĖN, 2008. S. 306–343.

5 Rede von D. A. Medwedew während der feierlichen Auszeichnung von Botschaftern und ständigen Vertretern der RF in internationalen Organisationen am 12.7.2010, <<http://www.kremlin.ru/transcripts/8326>>.

6 Das belegen u. a. die Teilnahme regionaler Führer an den österlichen Prozessionen (z. B. in Moskau: Juri Lushkow), die Präsenz der obersten Landesführung in den Ostergottesdiensten, die vollständig von den Haupt-TV-Sendern



Ohne ein klares Werte- und Orientierungssystem und ohne eine klare Vorstellung von der Geschichte, der Gegenwart und der Zukunft seines Landes und der Welt ist der einzelne Bürger der Propagandamaschine ausgeliefert. Die Staatsmacht nutzt diese Situation zu immer neuen Formen der Ablenkung der Menschen von den Problemen des Landes und ihrer gesellschaftlichen Bezugsgruppen, indem sie ständig wechselnd neue Ideen propagiert, die die Übereinstimmung aller Bürger in den gesamt nationalen Aufgaben demonstrieren sollen. Seit 2009 ist dies die deklarierte Modernisierung des Landes, verkörpert in dem Vorzeigeprojekt eines russländischen *Silicon Valley* in Skolkowo, das den Kampf gegen die Krise und die Vorbereitungen auf die Winterolympiade 2014 abgelöst hat.

Der Zustand der Gesellschaft und die in ihr vorherrschende Geisteshaltung bilden ein wesentliches Hindernis für gesellschaftliches Engagement und jegliche Form von Solidarität. Die Bevölkerung des Landes ist sehr anpassungsfähig; sie stellt sich auf die Entscheidungen der politischen Instanzen ein, auch wenn sie ihnen kaum vertraut. Gewohnheit und die Angst, das, was man hat, zu verlieren, bremsen das Engagement der Einzelnen und verstärken den Prozess wechselseitiger Demotivierung. Die Anpassungsbereitschaft beinhaltet auch die Bereitschaft, die eigenen Bedürfnisse bis zu einem gewissen Grad zu beschränken.

Charakteristisch für die Gesellschaft in Russland heute sind nicht Partizipation, sondern Stigmatisierung und Selbstverteidigung auf der einen und Rituale einer symbolischen Vereinigung mit Figuren der Über-Macht auf der anderen Seite. »Der entscheidende Faktor im sozialen und politischen Leben heute ist Anpassung«, schreibt der bekannte Soziologe Boris Dubin.<sup>7</sup> Er stellt die geringe Beteiligung der Einwohner Russlands an gesellschaftlichen Organisationen fest und charakterisiert den Zustand der heutigen Gesellschaft als »Regime der Vereinzelung«, geprägt von der Aushöhlung gesellschaftlicher Institutionen und wachsendem Paternalismus.<sup>8</sup> Zielgerichtet nutzt die Staatsmacht Strategien der Vereinzelung, in erster Linie mediale, und regiert nicht im Namen von Macht und Autorität, sondern kalkuliert mit der Schwäche und Verantwortungslosigkeit der Gesellschaft. Die überwältigende Mehrheit der Bürger befindet sich nach Dubin in einem Zustand der »Lähmung«.

Die Gesellschaft wird von den zentralen Werten der kollektiven Identität zusammengehalten: der Vorstellung von der gemeinsamen heldenhaften Vergangenheit und von der Staatsmacht, die für alle sorgt. Doch die kollektive Symbolik ist lediglich deklarativ, die Menschen sind nicht bereit, für ihre Verteidigung etwas zu opfern. Nach der Meinung von Soziologen lassen sie sich in erster Linie von »sekundären« Werten wie Familie und Freunde leiten, und genau in diesem Bereich gibt es tatsächlich Solidarität. Zugleich fehlen Werte aus einem Zwischenbereich, die mit Öffentlichkeit und mit der Differenzierung von Interessen zu tun haben, zwei Grundpfeilern der Zivilgesellschaft.<sup>9</sup> Die Gründe hierfür liegen nicht zuletzt in der wenig entwickelten Urbanisierung und der daraus folgenden weitgehend patriarchalischen, vormodernen Lebensweise in Russland. Denn Zweidrittel der Bevölkerung wohnen auf dem Land und in Kleinstädten, haben nur begrenzten Zugang zu Massenmedien, einen niedrigen Lebensstandard und sind in hohem Maß von jeglicher Art »Entscheidungsträgern« abhängig.<sup>10</sup>

Die Figur des Präsidenten (bzw. des Ministerpräsidenten) steht symbolisch für das Ganze und ist allgemeiner symbolischer Vermittler der meisten öffentlichen Handlungen in dessen Rahmen. Es gibt in der Gesellschaft kein Wertesystem, das von der Mehrheit der Bürger geteilt und zugleich das Handeln der Staatsmacht bestimmen würde, also keinen Verfassungskonsens. Doch deutlich erkennbar ist der

---

übertragen werden, und die Einführung eines Schulfaches Orthodoxe Religion. Hierzu gehört auch die gerichtliche Verurteilung der Kuratoren A. Jerofejew und Ju. Samodurow für die von der Kirche scharf angegriffene Ausstellung »Verbotene Kunst« im Sacharow-Zentrum 2006 (Plody »zapretnogo iskusstva«, <<http://lenta.ru/story/zapret>>)

7 Dubin, B.: Institut, seti, ritualy, in: Pro et Contra. 2008. Nr. 2–3. S. 24–35; Dubin, B.: Režim razobščeniya, in: Pro et Contra. 2009. Nr. 1. S. 6–19.

8 Dubin, B.: Institut, seti, ritualy, in: Pro et Contra. 2008. Nr. 2–3, S. 24–35, hier: S. 24.

9 Siehe: Gudkov, L./ Dubin, B./ Levinson, A.: Fotorobot rossijskogo obyvatelja, in: Mir Rossii. 2009. Nr. 2. S. 22–33.

10 Ibid. S. 26–27.

von der Führung aufgedrückt und von den Bürgern akzeptierte, durch die Geschichte Russlands tradierte Etatismus.

Die Sowjetideologie zeichnete ein verbindliches offizielles Bild von Vergangenheit und Gegenwart, das mit der Realität nichts zu tun hatte, und propagierte eindeutig nicht zu verwirklichende kommunistische Ziele. Im Zentrum dieses Weltbildes standen Feindbilder, allen voran die des Westens, der USA und Europas. Die Ansätze in der Perestroika, die Vergangenheit im Kontext des »neuen Denkens« und des »gemeinsamen europäischen Hauses« umzuinterpretieren, wurden schnell wieder fallengelassen. Die formale Verkündigung demokratischer Regeln und Institutionen ging mit einem Handeln der Staatsmacht einher, das die Demokratie in den Augen der Bürger diskreditierte.

Auf der Suche nach legitimierenden Ideen wandte sich die Staatsmacht zum einen den klassischen nationalen, patriotischen Bildern zu, darunter der Vorstellung von der besonderen Mission und dem besonderen Platz Russlands in der Welt und der modifizierten Uwarow'schen Triade von Orthodoxie, Autokratie und Volksnähe. Zum anderen griff sie zu den hausgemachten Ideologemen »souveräne Demokratie« und »Energie-Supermacht«. Das Ergebnis war die ideologisch eklektische derzeitige »nationale Idee«, die die Staatsflagge Russlands mit dem imperialen Wappen und der sowjetischen Nationalhymne vereint, demokratische Rhetorik mit Personenkult sowie die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen mit aggressiven außenpolitischen Erklärungen und Aktionen.<sup>11</sup> In den letzten Jahren des Untersuchungszeitraums hat die Staatsmacht zu ihrer Legitimation und mit dem Ziel der Integration der Gesellschaft immer häufiger konkrete Projekte und Ereignisse instrumentalisiert. Hierzu gehören die Vorbereitung auf die Winterolympiade in Sotschi 2014 und auf die Fußballweltmeisterschaft 2018 sowie der Bau des schon genannten wissenschaftlichen und technologischen Innovationszentrums in Skolkowo, flankiert von der entsprechenden Modernisierungsrhetorik. Weder die Gesellschaft noch die Staatsmacht haben eine Antwort auf die beiden Schlüsselfragen, wie Russland seine Vergangenheit sieht und wie es sich seine Zukunft vorstellt.

Wie schon wiederholt in der Geschichte Russlands erfolgte nach einer kurzen Periode der Reformen und Modernisierung die Rückkehr zum Traditionalismus und zum Prinzip der Mobilisierung.<sup>12</sup>

Ohne eine Verantwortlichkeit der Elite, ohne eine politische Nation und mit der institutionellen und kulturellen Last einer totalitären Vergangenheit ist die Modernisierung schwierig; ihr stehen das traditionelle Wertesystem des autoritären Staates und des imperialen Syndroms entgegen. Dabei geht es um die Frage der Identität im zivilisatorischen, kulturellen und nationalen Sinn, um die Frage der gesellschaftlichen Werte und der gesellschaftlichen Moral.<sup>13</sup>

In Russland herrschte länger als irgendwo das unbarmherzigste totalitäre Regime in Europa, das Dutzende Millionen von Menschen auf dem europäischen Kontinent leiden machte. Im Land selbst gibt es keine einzige Familie, die nicht von Repressionen, gewaltsamer Vertreibung, Kollektivierung und Hunger betroffen gewesen wäre und dadurch nicht eine Reihe ihrer Mitglieder verloren hätte. Und doch halten bis heute die meisten Bürger und auch Ministerpräsident Putin Lenin und Stalin für die herausragenden Persönlichkeiten der jüngeren Geschichte; außerdem verstehen sie (mit Putin) den Begriff »Tschekist« (in den 1920er Jahren: Angehöriger des Geheimdienstes) als Ehrentitel und nicht, wie eine Minderheit, als Synonym für »Henker«. Eine der Parlamentsparteien, die Kommunistische Partei der Russländischen Föderation (KPRF), sieht in Lenin und Stalin ihre symbolischen Helden.

11 Siehe dazu insbesondere: Zudin, A.: *Rossija, 1998–2001 gg.: put' k novoj ideologii*, in: «Politija» Nr. 5 (23) Dezember 2001 S. 26–65; Ryženkov, S.: «Mjagkaja diktatura»: *rossijskaja versija*, in: *Neprikosnovennyj zapas (NZ)*. 2008, Nr. 3. S. 65–83.

12 Das Prinzip der Mobilisierung ist integraler Bestandteil totalitärer Regime und beinhaltet die obligatorische Teilnahme der Einzelnen am institutionalisierten und ritualisierten politischen Leben. Neben der erzwungenen ist eine scheinbar freiwillige Teilnahme daran das Ergebnis massierter Propaganda sowie der totalen Kontrolle über Erziehung, Ausbildung und Massenmedien.

13 Siehe: Gudkov, L.: *Obščestvo s ograničenoj vmenjaemost'ju*, in: *Vestnik obščestvennogo mnenija*. 2008. Nr. 1. S. 8–32.

Wie auch die Mehrheit der Gesellschaft ist die Staatsmacht nicht bereit, sich von demokratischen Werten und Regeln leiten zu lassen und eigene Interessen denen der Gesellschaft nachzuordnen, obwohl sie die Notwendigkeit hierzu immer wieder deklariert. Ihre Kommunikation mit der Gesellschaft ist eine Schein-Kommunikation, etwa die immer länger werdenden inszenierten Fernseh-»Dialoge« des Präsidenten und des Ministerpräsidenten mit dem Volk, deren in sämtlichen Regionen eingerichteten Petitionsbüros und deren Präsenz in *social networks* wie Facebook und Twitter. Gleichzeitig werden die realen Forderungen der Bürger, vor allem Proteste mit politischen Implikationen, schon im Vorfeld unterbunden. Per Gesetz wurden öffentliche Aktionen zunehmend erschwert, nicht genehmigte Aktionen werden immer häufiger gewaltsam und mit der Verhaftung von Aktivisten beendet.

Aufs Ganze gesehen glich das Bürgerengagement bis in letzter Zeit einem Sandkorn im Meer gesellschaftlicher Passivität. Renommierete Meinungsforschungsinstitute erfassen Einzelproteste überhaupt nicht und Befragte, die daran teilgenommen haben, bewegen sich im Rahmen der »üblichen statistischen Abweichung«. Dennoch ist L. Jakobson/ S. Sanowitsch<sup>14</sup> zuzustimmen, dass es sich hier eher um eine komplizierte und widersprüchliche Entwicklung handelt als um einen hoffnungslosen Niedergang.

Bei aufmerksamer Beobachtung lassen sich im gesamten Untersuchungszeitraum Ansätze von Bürgerengagement in verschiedenen Sphären und verschiedenen Regionen erkennen. Seit Beginn der Finanzkrise waren sie schon nicht mehr zu übersehen und erreichten einen bisherigen Höhepunkt in der zweiten Hälfte des Jahres 2010.<sup>15</sup>

14 Siehe: Jakobson, L./ Sanovič, S.: Smena modelej rossijskogo tret'ego sektora: faza importozameščeniya, in: Obščestvennye Nauki i Sovremennost' (ONS). 2009. Nr. 4. S. 21–34.

15 Siehe: Karelin, D.: Vyšli na ulicu. <<http://gazeta.ru/social/2010/12/30/3483362.shtml>>.

## 2. Das Ineinandergreifen von Politischem und Nichtpolitischem: NGOs, Staatsmacht und Parteien

### 2.1. Bürgerorganisationen: ihre Entwicklung, ihre Ressourcen und ihr Verhältnis zur Staatsmacht

#### 2.1.1. *Präsident Putins erste Amtszeit: relative Unabhängigkeit der NGOs*

Während der zweiten Amtsperiode von Präsident Wladimir Putin und der darauffolgenden »Tandemokratie« mit Dmitri Medwedew als Präsident ist infolge der Mobilisierung und Politisierung von Bürgerorganisationen eine Situation entstanden, die der Zeit der Liberalisierung des sowjetischen Regimes während der Perestroika gleicht.

Damals hatten die Diskussionen über den neuen politischen Kurs die Gründung neuer politischer Organisationen sowie die Formierung selbständiger Gruppen, Vereinigungen und Bewegungen beschleunigt. Einige dieser Gruppen wurden zu Beginn der Perestroika vom Parteiapparat gefördert, später jedoch bekämpft. Im Zuge der schnellen Ausdifferenzierung der gesamten »nicht-formellen« Bewegung bildeten sich Organisationen heraus, die sich explizit als politisch und in Teilen als »Parteien« verstanden.<sup>16</sup> Die Entwicklung in dieser Periode verlief ungeheuer dynamisch, chaotisch und mosaikartig; sich überschneidende Mitgliedschaften in verschiedenen Gruppen waren gang und gäbe,<sup>17</sup> mit der Zeit gewannen zukünftige Führer von politischen Bewegungen und Gruppen Profil. Kennzeichnend für die gesamte Perestroikazeit war die wachsende Schere zwischen Legitimität und Legalität, zwischen Recht und realer politischer Entwicklung.<sup>18</sup>

Zurzeit beobachten wir vergleichbare Phänomene: das Ineinandergreifen von Politischem und Nichtpolitischem, wenig differenzierte und strukturierte Bürgerbewegungen sowie die Diskrepanz zwischen Legalität und Legitimität. Äußerlich erinnern an den Beginn der Perestroika ebenfalls die Aufrufe von Medwedew zur Modernisierung und zur »Freiheit«, die »besser sei als die Unfreiheit« und die von einigen symbolischen Handlungen flankiert werden, während der Prozess der – wenn auch punktuellen – Verschärfung der autoritären Tendenzen des Regimes kontinuierlich fortschreitet.<sup>19</sup>

Die Unterschiede haben mit der politischen Entwicklung seitdem zu tun. Während der damaligen Liberalisierung kämpften die nicht-formellen Gruppierungen für ihre Freiheitsrechte und für die Veränderung des Systems. Die heutigen legal existierenden gesellschaftlichen Gruppen und die Bürger müssen sowohl ihre Unabhängigkeit vom Staat als auch ihre bereits erkämpften Rechte und Freiheiten, die ihnen zunehmend streitig gemacht werden, verteidigen. Doch während die Staatsmacht damals Schritt für Schritt, wenn auch nicht ohne Widerstand, zurückwich, geht sie heute zielgerichtet gegen die Bürgerbewegungen vor, indem sie erstens deren institutionelle Existenzbedingungen erschwert, zweitens selektiv Gewalt anwendet und drittens eigene Als-ob-Institutionen schafft.

In der Zeit vor der Krise, also Mitte 2008, politisierten sich die gesellschaftlichen Organisationen; um ihre Existenz und ihre Handlungsmöglichkeiten zu erhalten, kamen sie nicht umhin, sich entweder

16 Zu diesem Zeitraum: Delvin, J.: *The Rise of the Russian Democrats: the Causes and Consequences of the Elite Revolution*. Vermont 1995. S. 74–105; Lukin, A.: *The Political Culture of the Russian 'Democrats'*. Oxford. 2000.

17 Mehrfachmitgliedschaft von Einzelpersonen in verschiedenen Organisationen und von Organisationen in verschiedenen Dachorganisationen.

18 Ausführlich zu dieser Periode von der Verfasserin: Michaleva, G.: *Romantičeskij period formirovanija rossijskoj mnogopartijnosti*, in: *Dvadcat' let perestrojke: évoljucija gumanitarnogo znanija v Rossii*. Moskau, 2005. S. 176–193.

19 Dies belegen überzeugend die unter dem Vorwand der Extremismusbekämpfung vorgenommenen Gesetzesänderungen, die die Vollmachten des Inlandsgeheimdienstes FSB erweitern, die Durchführung von Massenaktionen beschränken und Strafverfolgung von aktiven Bürgern ermöglichen.

auf die Seite der Staatsmacht oder auf die der Opposition zu schlagen. Nach dem Ende des Sowjetregimes und der vorläufigen Entscheidung für demokratische Institutionen wurden die gesellschaftlichen Organisationen von der Staatsmacht zuerst wenig beachtet und höchstens als Wählerreservoir oder zur Mobilisierung von Finanzmitteln westlicher Sponsoren benutzt.<sup>20</sup> Gleichzeitig formierten sich Ansätze einer Zivilgesellschaft. Die relativ schwache soziale, kulturelle und ökonomische Basis für die Tätigkeit von NGOs wurde nach L. Jakobson/L. Sanowitsch durch den »Import von Ressourcen, Wissen, Ideen, Fertigkeiten und organisatorischen Entscheidungen« kompensiert.<sup>21</sup> Das wirkte sich auf die Handlungsprioritäten und die Beziehungen innerhalb der zivilgesellschaftlichen Einrichtungen aus. Der Staat begnügte sich mit wohlwollender Nichteinmischung, die ausländischen Finanzgeber spielten die entscheidende Rolle in Sachen Ressourcen und Institutionen des sogenannten dritten Sektors. Menschenrechts-, Frauen und ökologische Organisationen existierten ausschließlich dank westlicher, amerikanischer und europäischer – und hier in erste Linie deutscher – Sponsoren. Im Übrigen arbeiteten diese Sponsoren bis zur Verabschiedung des Parteiengesetzes, das die Unterstützung durch ausländische juristische und physische Personen verbot, auch mit den Parteien zusammen, die sie als »demokratisch« ansahen.

Während der ersten Amtszeit von Präsident Putin war der Versuch der Staatsmacht, 2001 mit einem sogenannten Bürgerforum den Bereich der zivilgesellschaftlichen Organisationen zu regulieren und sich ihrer zur zusätzlichen Legitimation zu bedienen, wenig erfolgreich. Da die Organisationen, vor allem die Menschenrechtsorganisationen, von westlichen Stiftungen unterstützt wurden und vom Staat unabhängig waren, ließen sie sich in keine institutionelle Hierarchie einordnen. Außerdem verfolgte die Staatsmacht in dieser Zeit andere Prioritäten, allen voran die eigene Konsolidierung. Dazu dienten eine erneute Zentralisierung, die Schaffung eines lenkbaren Parlaments und eines ebensolchen Parteiensystems, die Unterwerfung von Wirtschaftsgruppen unter dem Etikett der »Entmachtung der Oligarchen« und die zunehmende Kontrolle der Massenmedien, in erster Linie der zentralen Fernsehsender.

In der zweiten Amtsperiode von Präsident Putin waren diese Aufgaben bereits gelöst. Zudem zeigte die Erfahrung der »Farbrevolutionen« in den unmittelbaren Nachbarstaaten, dass die NGOs zum organisierenden Kern von Massenprotesten werden können, die die Machtpositionen der Eliten bedrohen. Deshalb begann eine aktive und zielgerichtete Politik der »Segregation« gegenüber den NGOs, auch wenn einige Elemente dieser Politik schon vorher praktiziert worden waren, etwa die Bildung von »Gesellschaftskammern« bei den Gouverneuren, die Erschwerung der Arbeit der Menschenrechtsorganisationen oder die Inszenierung von Spionageprozessen.<sup>22</sup>

Parallel hierzu ließ das Interesse westlicher Geldgeber an Investitionen in die Festigung demokratischer Einrichtungen sowie der Zivilgesellschaft in Russland nach. In Auswertung ihrer Arbeit bis dahin waren sowohl die Stiftungen als auch die systematisch unterstützten NGOs mit deren Ergebnissen nicht zufrieden waren; das installierte System der Anreize ließ die Führer und Aktivisten der NGOs eher nach kurzfristigem Nutzen streben, als dass sie den Aufbau stabiler und fest verwurzelter Strukturen vorantrieben.<sup>23</sup> Entstanden war ein regelrechtes »human rights business«, in dem die NGOs sich wie Firmen mit einem verlässlichen kontinuierlichen Einkommen gerierten, die ihren Aktivisten einen akzeptablen Lebensunterhalt sicherten. Andererseits stimulierte die Art der Verteilung der Ressourcen unter den Organisationen nicht solidarische Beziehungen und Aktionen, sondern Konkurrenz und Abschottung.

20 Siehe zu diesem Zeitraum detailliert: Graždane i vlast': problemy i podchody. Moskau, 2001; Šmidt, D.: Kakoe graždanskoe obščestvo suščestvuet v Rossii, in: Pro et Contra. 2006. Nr. 1. S. 6–24.

21 Jakobson, L./ Sanovič, S.: Smena modelej rossijskogo tret'ego sektora: faza importozameščeniya, in: Obščestvennye Nauki i Sovremennost' (ONS). 2009. Nr. 4. S. 21–34, hier: S. 26.

22 Petrov, N.: Obščestvennaja palata: dlja vlasti ili dlja obščestva?, in: Pro et Contra. 2006. Nr. 1. S. 40–58, hier: S. 42–44.

23 Jakobson, L./ Sanovič, S.: Smena modelej rossijskogo tret'ego sektora: faza importozameščeniya, in: Obščestvennye Nauki i Sovremennost' (ONS). 2009. Nr. 4. S. 21–34, hier: S. 27.



### 2.1.2. Präsident Putins zweite Amtszeit: Angriff auf der ganzen Linie

In der zweiten Amtszeit von Präsident Putin startete die Staatsmacht ihre Offensive auf breiter Front.

*Erstens* erschwerten Gesetzesänderungen die Existenzbedingungen von NGOs und schränkten öffentliche Protestmöglichkeiten ein. Das Gesetz zu den gesellschaftlichen Organisationen von 2006 beschränkte vor allem deren Finanzierung durch westliche Stiftungen, d. h. praktisch ihre einzige Geldquelle. Kritiker in Russland und im Ausland wiesen darauf hin, dass dieses Gesetz sowohl der geltenden Verfassung Russlands als auch internationalen Rechtsstandards zur Organisations- und Meinungsfreiheit widerspricht. Das Gesetz beschnitt entscheidend die Autonomie der NGOs und unterstellte sie staatlicher Kontrolle.<sup>24</sup> Damit war es schwieriger geworden, eine NGO registrieren zu lassen als beispielsweise eine kommerzielle Firma mit entsprechender Bilanzbuchhaltung.

Die Bedingungen für Kundgebungen, Demonstrationen und Mahnwachen wurden in der Praxis so beschnitten, dass aus der pflichtgemäßen Anmeldung gewöhnlich ihr Verbot resultierte, besonders in Moskau. Alternativ wurden für Aktionen Orte vorgeschrieben, an denen sie keinerlei Öffentlichkeit erreichen.<sup>25</sup> Von den Verantwortlichen als unerlaubt eingestufte Protestformen wurden gewaltsam unterbunden, die Teilnehmer festgenommen.

*Zweitens* wurden zentral und in den Regionen sogenannte Gesellschaftskammern gegründet, ausgestattet mit dem Exklusivrecht, Zivilgesellschaft zu simulieren.<sup>26</sup> Die Gesellschaftskammern sind »multifunktional« gedacht und sollen je nach Bedarf verschiedene Rollen spielen: als »korrekte« Zivilgesellschaft, als »Ministerium für Bürgerorganisationen«, als kontrollierbares Forum für »öffentliche Politik« oder als zusätzliches Druckmittel auf den Beamtenapparat.<sup>27</sup>

*Drittens* waren die westlichen Sponsoren der NGOs gezwungen, sich entweder mit der Staatsmacht zu arrangieren oder aber auf die Arbeit in Russland ganz zu verzichten; letzteres taten die George Soros Foundation, die Ford Foundation und eine Reihe kleinerer holländischer und kanadischer Stiftungen. Seit Anfang 2000 halbierte sich das Budget von USAID.<sup>28</sup> Gegen Ende der Präsidentschaft von W. Putin verstärkte sich der offene Druck auf die Geberorganisationen. Unter einem formalen Vorwand bei gleichzeitigem Spionagevorwurf musste der British Council seine Tätigkeit einstellen.<sup>29</sup> Verschiedene Organisationen, die im Rahmen von Demokratisierungsprogrammen arbeiteten – so die amerikanischen und deutschen, mit politischen Parteien affilierten Stiftungen sowie amerikanische und europäische Stiftungen zur Unterstützung der Demokratie, die vorrangig mit NGOs zu Menschenrechts-, ökologischen und Frauen-Fragen kooperierten – entzogen regimekritischen Organisationen ihre Unterstützung und verstärkten ihre Zusammenarbeit mit loyalen regimefreundlichen.<sup>30</sup> Die einzige

24 Doklad «Pervyj god primenenija novogo rossijskogo zakonodatel'stva ob NKO: problemy i rekomendacii po izmenenijam», podgotovlen 19 aprelja 2007 g.: Jurij Džibladze (Centr razvitija demokratii i prav čeloveka), Ol'ga Gnezdilova (Mežregional'naja pravozaščitnaja grupp – Voronež/Černozem'e), Dar'ja Miloslavskaja (Al'jans Meždunarodnogo centra nekommerčeskogo prava), Natal'ja Taubina (Fond »Obščestvennyj verdikt«). <<http://www.nkozakon.ru/monitoring/5/>>; Taylor, D.: Law Enforcement and Civil Society in Russia, in: Europe-Asia Studies. Vol. 58, Nr. 2. S. 193–213.

25 In Moskau vorzugsweise das Taras-Schewtschenko-Ufer und der Bolotnaja-Platz.

26 Fein, E.: Potjomkinisches Parlament und Papiertiger, in: Russland-Analysen. 2006. Nr. 87. S. 2–4, <<http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen087.pdf>>.

27 Petrov, N.: Obščestvennaja palata: dlja vlasti ili dlja obščestva?, in: Pro et Contra. 2006. Nr. 1. S. 40–58, hier: S. 51–53.

28 Jakobson, L./ Sanovič, S.: Smena modelej rossijskogo tret'ego sektora: faza importozameščeniya, in: Obščestvennye Nauki i Sovremennost' (ONS). 2009. Nr. 4. S. 21–34, hier: S. 27.

29 Später wurde diese Entscheidung erfolgreich vor Gericht angefochten, es war um Steuerforderungen gegangen, siehe: O bor'be Britanskogo soveta s rossijskimi vlastjami, <<http://lenta.ru/story/council/>>.

30 So zogen beispielsweise die Hans-Seidel-Stiftung und die Konrad-Adenauer-Stiftung die Zusammenarbeit mit der Regierungspartei »Einiges Russland« vor; Fachleute sind der Auffassung, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung sogar die aggressive kremltreue Bewegung »Die Unsrigen«, die sich auf die aggressive Verunglimpfung von Oppositionellen und Menschenrechtlern spezialisiert hat, finanziell unterstützt hat.

ernstzunehmende russländische Geldquelle, nämlich die JUKOS-Unterstützungsprogramme für die Zivilgesellschaft, darunter das in verschiedenen Regionen eingerichtete Diskussionsforum »Offene Politik«, war schon früher versiegt.

Für die weggefallenen »Importe« gab es in zweierlei Weise »Ersatz«. Zum einen traten großzügig ausgestattete nicht-kommerzielle Einrichtungen der russländischen Wirtschaft auf den Plan, die gemäß den Forderungen der staatlichen Instanzen ihre »gesellschaftliche Verantwortung« wahrnehmen wollte. Dies geschah in erster Linie auf regionaler und kommunaler Ebene, motiviert von dem Bestreben nach einem guten Verhältnis zur entsprechenden Führung und nicht selten auch auf deren Druck hin. Die sensiblen Bereiche des Schutzes von politischen und Menschenrechten fanden dabei in der Regel keine Sponsoren.<sup>31</sup>

Zum anderen begann der Staat erheblich Summen für alle Arten von NGOs bereitzustellen, um sie als Bündnispartner für die Lösung sozialer Probleme zu gewinnen. Bei den Summen handelte es sich 2007 um 50 und 2008 um 63 Millionen US-Dollar,<sup>32</sup> und die Gesellschaftskammern wurden zum riesigen Verteiler dieser Finanzmittel. Zuschüsse erhielten ausschließlich loyale Organisationen, z. B. die »Unsrigen« oder die »Junge Garde« von »Einiges Russland«, oder aber explizit unpolitische Zusammenschlüsse. Dieses gesellschaftliche Subsystem fiel wie alle anderen Systeme in erheblichem Umfang der Korruption anheim.<sup>33</sup>

Im Ergebnis musste eine bedeutende Anzahl von Menschenrechts- und Bürgerrechtsorganisationen ihre Arbeit einstellen oder einfrieren. Damit zerfielen Kommunikationsnetze, die über Jahre aufgebaut worden waren, ging erworbene Erfahrung verloren und verstummte weitgehend die Stimme regierungsunabhängiger NGOs, besonders in den Regionen.

*Viertens* wurde eine Verleumdungskampagne gegen die einflussreichsten Menschenrechtsorganisationen eingeleitet, die mit den alten sowjetischen Vorwürfen der Finanzierung aus dem Westen und der Spionage arbeitete. Letzterer wurde im Frühjahr 2007 als direkte Anschuldigung gegen die Moskauer Helsinki-Gruppe erhoben, im Herbst desselben Jahres geriet die Vereinigung »Golos«, die mit westlicher Hilfe öffentliche Wahlbeobachtungen organisiert, unter Druck. In dieser Kampagne setzte die Führung die schon erwähnten kremltreuen Organisationen ein. Das betraf unter anderen Aktionen im Herbst 2009 gegen den Journalisten Alexander Podrabinek, der gegen die von Kriegsveteranen geforderte Umbenennung eines »Antisowetskaja« genannten Schaschlikrestaurants aufgetreten war,<sup>34</sup> oder um die Behinderung der »Strategie 31«, d. h. unangemeldeter Aktionen der regimiekritischen Opposition in den Jahren 2009 und 2010 an jedem kalendarischen 31. zum Zweck der Verteidigung des Verfassungsartikels 31 (mehr hierzu weiter unten).

*Fünftens* häuften sich gewaltsames Vorgehen gegen Menschenrechtler und über Menschenrechte schreibende Journalisten sowie Gerichtsverfahren gegen Personen, die staatliche Willkür anprangerten; auch außergerichtliche Verfolgung und anonyme Gewalt bürgerten sich ein. Genannt seien hier u. a. die Morde im Jahr 2009 an der für die Gesellschaft Memorial arbeitenden Menschenrechtlerin Natalja Estemirowa in Tschetschenien, am Rechtsanwalt Stanislaw Markelow und an der Journalistin Anastasia Baburowa in Moskau<sup>35</sup> sowie 2010 der Überfall auf aktive Verteidiger des Waldgebiets von Chimki und die Misshandlung des Gewerkschafters des Ford-Werkes Alexei Etmanow<sup>36</sup>.

31 Siehe: Poliščuk, L. I.: *Biznesmeny i filantropy*, in: *Pro et Contra*. 2006. Nr. 10. S. 59–73.

32 Jakobson L./ Sanovič, S.: *Smena modelej rossijskogo tret'ego sektora: faza importozameščeniya*, in: *Obščestvennye Nauki i Sovremennost'* (ONS). 2009. Nr. 4. S. 21–34, hier: S. 31.

33 »Abgaben« betrugen nach Auskunft von Empfängern im Jahr 2008 ein Drittel der genehmigten Summe (persönliche Information der Verfasserin seitens der Vertreterin einer begünstigten Frauenorganisation).

34 Vgl. Sendung des Rundfunksender *Ècho Moskv*y mit A. Podrabinek am 6.10.2009, <<http://www.echo.msk.ru/programs/razvorot/625544-echo/comments.phtml>>.

35 Ausführlich: <<http://www.hro.org/taxonomy/term/234>>

36 Ausführlich: <<http://www.kasparov.ru/material.php?id=491D98B35C961>>.

Die Menschenrechts- und die ökologischen Organisationen sind Initiativen aus der Mitte der Gesellschaft zur Einflussnahme auf den Staat; ihre früher als nicht explizit politisch angesehene Tätigkeit nimmt unter autoritären Bedingungen zunehmend politische Züge an. Von der Staatsmacht werden sie inzwischen als politische Opponenten eingestuft.<sup>37</sup> Ihre schwieriger gewordenen Existenzbedingungen haben diese Organisationen genötigt, ihr Verhältnis zu den oppositionellen politischen Parteien zu überdenken.

## 2.2. Oppositionelle Parteien, Bürgerorganisationen und ihre wechselseitigen Beziehungen

### 2.2.1. *Der faktische Ausschluss oppositioneller Parteien aus dem Parteiensystem*

Noch 2003 hatten sich die Gesellschaft »Memorial«, die Moskauer Helsinki-Gruppe und die Vereinigung »Golos« mit anderen Menschenrechts- sowie ökologischen Gruppen gegen die institutionelle Zusammenarbeit mit Parteien entschieden, und zwar aus der Furcht heraus, von diesen instrumentalisiert zu werden. Ihre durchaus engen Kontakte waren ausschließlich individuelle. Zugleich kooperierten die Menschenrechtler mit staatlichen Einrichtungen, arbeiteten in den einschlägigen Menschenrechtskommissionen beim Präsidenten, beim Parlament und beim Menschenrechtsbeauftragten mit und beteiligten sich aktiv am sogenannten Bürgerforum, dem ersten Versuch des Kreml, eine ihm untergeordnete »Vertikale der Zivilgesellschaft« zu schaffen.

In der zweiten Amtszeit von Präsident Putin wurden die Gruppen praktisch von der Staatsmacht zu direkt politischem Handeln genötigt, wozu sie ihrer Natur und Funktion nach nicht in der Lage sind und weshalb sie politische Partner brauchen, die über eine vertikale Struktur und verschiedenste Ressourcen verfügen.

Zeitgleich verlor ein Teil der politischen Organisationen, die sich Parteien nennen und wie solche agieren, den Parteistatus und bildeten eine neue Schicht politischer NGOs. Dies war das Resultat von Gesetzesänderungen zum Parteiengesetz und zu den Wahlgesetzen, die die Existenzbedingungen der Parteien verschärften. Sie waren von der Kremladministration konzipiert, wurden von der Mehrheit des Parlaments »durchgewinkt« und nützen einer einzigen Partei, der nach den Worten des stellvertretenden Präsidentenamtsleiters und Architekten des derzeitigen politischen Systems in Russland, Wjatscheslaw Surkow, der »dominierende« Systemstatus gebühre;<sup>38</sup> alle anderen waren damit zur Bedeutungslosigkeit verurteilt.<sup>39</sup> Entstanden war so ein vollständig lenkbares Parteiensystem.

Im Dezember 2006 verabschiedete die Duma weitere Verschärfungen, die die Gründung neuer kremlunabhängiger Parteien praktisch unmöglich machten.<sup>40</sup> Parteien müssen inzwischen Bedingungen erfüllen, denen de facto nur staatliche Einrichtungen mit einem kontinuierlich arbeitenden Beamtenapparat entsprechen können. Damit verminderte sich die Zahl der eingetragenen Parteien, die auch zu Wahlen antreten dürfen. Außer »Einiges Russland« und den vom Kreml als »Doubles« oder »Spoiler« bestimmten Parteien »Gerechte Sache« und »Patrioten Russlands« – dazu ausersehen, einer anderen Partei einen Teil ihrer Klientel »abzujagen« – überlebten nur diejenigen, die die entsprechenden Papiere vorlegen und eine feste Mitgliederbasis nachweisen konnten. Doch auch dafür war die Billigung »von oben« erforderlich, denn die Anforderungen vollständig erfüllen konnte keine der Bürgerorganisationen. Die Mitglieder oppositioneller Parteien brauchten eine gewissen Mut und Überzeugung, wenn sie unter solchen Bedingungen an ihrer Identität als Partei festhielten.

37 Siehe: Pravozaščitnoe dviženie segodnja: problemy i perspektivy. Moskau, 2005.

38 Surkow forderte von »Einiges Russland«, die Vorherrschaft der Partei für die nächsten 15 Jahre sicherzustellen, siehe: <<http://lenta.ru/news/2006/02/27/dominate/>>.

39 Siehe dazu: Gel'man, V.: Transformacija rossijskoj partijnoj sistemy: monopolizacija političeskogo rynka, in: Rossijskie ėlity v uslovijach konsolidacii vlasti. Perm'. 2006. S. 27–47.

40 St. 5272, in: SZRF. 2004. Nr. 52.



Ende 2006 bestanden 19 Parteien die Überprüfung durch die Zentrale Wahlkommission, 16 entsprachen angeblich nicht den gesetzlichen Anforderungen;<sup>41</sup> 2007 blieben noch 14 Parteien übrig und 2008 nur noch sieben. Alle nicht mehr registrierten Parteien gaben an, dass das Prüfverfahren nicht den föderalen Gesetzen entsprochen hatte und nicht korrekt durchgeführt worden war. »Das war keine Überprüfung, sondern der Versuch, den staatlichen Auftrag zur Liquidierung unliebsamer Parteien zu erfüllen«, erklärte Wiktor Tscherepkow, der ehemalige Bürgermeister von Wladiwostok und Führer von »Freiheit und Volksmacht«.<sup>42</sup>

Am bequemsten für die herrschende Gruppe scheint ein begrenztes und in vieler Hinsicht Pseudo-Mehrparteien-System zu sein, in dem die überwiegende Mehrheit der Parteien die Politik der Staatsmacht unterstützt, während die im Rahmen des Systems agierenden oppositionellen Parteien auf unterschiedliche Weise aus dem Feld einer legalen Politik herausgedrängt werden und die regimekritische Opposition marginalisiert wird. Das »Zementieren« des Parteiensystems begünstigte das Aufkommen einer radikalen regimekritischen Opposition, die mit den Staat unterminierenden Strategien arbeitet und ihre Anhänger zu Massenprotesten mobilisiert.

Ungeachtet der Erklärungen von Präsident Medwedew zur notwendigen Liberalisierung des Systems sind in seiner Amtszeit nur minimale Schritte zur Abschwächung des Drucks unternommen worden, den die herrschende Gruppe auf die Institutionen der Zivilgesellschaft sowie das Wahl- und das Parteiensystem ausübt.<sup>43</sup>

Folgen der verschärften Gesetzgebung und der künstlich verkleinerten Anzahl der Parteien sind:

- Radikalisierung der liberalen und der linken regimekritischen Opposition aus politischen Bewegungen und Gruppierungen, Annäherung ihrer Positionen, Zusammenschlüsse. Beispiele: gemeinsame Aktionen im Rahmen der »Strategie 31« sowie bei anderen Protestkundgebungen; Vereinigung der Gruppierungen »Anderes Russland« und »Nationalversammlung«.
- Schwächung der oppositionellen Parteien innerhalb des Systems wie KPRF und »Jabloko« und ihre Verdrängung vom Schauplatz der Politik durch administrativen Druck (Verhinderung der Wahlbeteiligung) oder das Anhängen von Strafverfahren; wobei die KPRF zur mittelfristigen Bewahrung der Vorteile einer Parlamentspartei einerseits zu Kompromissen gezwungen war, andererseits aber manche ihrer Positionen zuspitzte, etwa die Apologetik Stalins.
- Entstehung pseudo-oppositioneller Parteien, die sich als Opposition bezeichnen, während sie den Präsidenten und den Kurs der Regierung in der Praxis und oft auch in ihren Verlautbarungen unterstützen (die sog. Liberal-demokratische Partei Russlands LDPR, »Gerechtes Russland«).
- Förderung bzw. Neugründung künstlicher Gebilde ohne präzise Programmatik oder festgelegte ideologische Richtung, die entweder als Spoiler dienen (»Russlands Patrioten«) oder bestimmten politischen Führern zugeordnet sind, die sich ebenfalls als oppositionell ausgeben (»Gerechte Sache«).

2007 wurde das Wahlsystem zur Staatsduma abgeändert, von einem Grabenwahlsystem, das ohne Verrechnung Direktwahl und Listenwahl kombiniert, hin zu einer Verhältniswahl nach Parteilisten. In den unterschiedlich verfassten Regionen wurde die Direktwahl von einem Grabenwahlsystem abgelöst oder eine reine Listenwahl installiert. 2010 wurde begonnen, Entsprechendes auch bei den lokalen Selbstverwaltungen einzuführen. Parteien, die bereits eine Parlamentsfraktion haben, werden automatisch für die Wahlen auf sämtlichen Ebenen registriert. Nicht in der Duma vertretene Parteien müssen eine vor-

41 V Rossii tol'ko 19 partij dopustjat do vyborov, in: Podrobnosti.ua, <<http://www.podrobnosti.ua/power/elections/2006/10/26/361333.html>>.

42 Magomedova M. Prinuditel'naja likvidacija, in: Novye izvestija. 12.01.2007.

43 Zu diesen minimalen Schritten gehören die Senkung der erforderlicher Mitgliederzahl bei der Registrierung als Partei von 50.000 auf 45.000 mit einem bestimmtem Verteilungsschlüssel für die Regionen, sowie ein garantierter Dumasitz für Parteien, die in ihren Wahlergebnissen über der alten Sperrklausel von 5 %, aber unter der neuen von 7 % der abgegebenen Stimmen liegen.

geschriebene Anzahl an Unterschriften beibringen, die regelmäßig in Teilen als »ungültig« qualifiziert werden; jede »verfehlte« Wahl schwächt diese Parteien weiter.

Entgegen den Deklarationen führender Politiker gibt es bei wichtigen Wahlen nicht mehr Wettbewerb, sondern weniger, was der Gesetzgebung und der systematischen Instrumentalisierung des Staatsapparats für die Regierungspartei und ihre Kandidaten geschuldet ist. Dies lässt sich deutlich an den Moskauer Stadtdumawahlen von 2009 ablesen; den 32 Vertretern von »Einiges Russland« stehen als Opposition lediglich drei Kommunisten gegenüber.

### 2.2.2. Die systemkritische Opposition: Überblick

Auf die Verweigerung der Registrierung als Partei reagierten die Gruppen höchst unterschiedlich; einige entschieden sich für die Anfechtung der Entscheidung vor der Zentralen Wahlkommission und vor Gericht, die Mehrheit ging in anderen Parteien auf. Am konsequentesten handelte die Republikanische Partei, auf deren Wiederbelebung der unabhängige Dumaabgeordnete Wladimir Ryshkow große Hoffnungen setzte, weil er gern der Führer der demokratischen Opposition geworden wäre; er zog vor Gericht. Nachdem er den Prozess vor dem Obersten Gerichtshof der RF verloren hatte, zog er vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg, der in seinem Sinne entschied, der Partei wurde aber trotzdem weiterhin die Registrierung verweigert. Alle Versuche, bis Ende 2011 eine neue oppositionellen Partei zu gründen und eintragen zu lassen, scheiterten bisher.

In verschiedenen Segmenten des politischen Spektrums war mittlerweile eine Reihe von Organisationen und Bewegungen entstanden, die bei »normal« funktionierenden und sogar noch bei eingeschränkt demokratischen Institutionen an Wahlen teilnehmen, politische Alternativen ausarbeiten und sich um Machtpositionen bewerben, mit anderen Worten, die die Funktionen von Parteien ausfüllen würden. Stattdessen wandelten sie sich zur regimekritischen Opposition und konzentrierten sich auf Protestveranstaltungen und häufig ungenehmigte Widerstandsaktionen gegen das Regime. Sie figurieren im Folgenden als »politische NGOs«. Sie alle zeichnen sich durch die Dominanz eines Führers sowie die geringe Bedeutung der übrigen Mitglieder aus und sind in den Regionen kaum präsent. Vergleichbar der Situation in der Perestroika sind die Führer mit ihren Gruppen in einem ständigen Prozess der Vereinigung und der Spaltung und gründen fast jährlich neue Bewegungen, Parteien oder Koalitionen mit weitgehend denselben Teilnehmern und sich überschneidender Mitgliedschaft.

In diesem Feld agieren auch relativ gemäßigte und in früheren Zeiten politisch arrivierte Führer mit der ihnen verbliebenen stabilen Anhängerschaft, z. B. Wladimir Ryshkow, Boris Nemzow oder Michail Kasjanow.

Im Folgenden werden die bekanntesten Gruppierungen mit ihrem Ort innerhalb des politischen Spektrums aufgeführt.

#### a) Liberale und Demokraten

Die *Republikanische Partei* von Wladimir Ryshkow (ehemaliger Duma-Sprecher und einer der Führer des damaligen Regierungsblocks »Unser Haus Russland«), die ihre Parteienregistrierung verlor und seit 2008 offiziell nicht mehr existiert.

Die *Sozialdemokratische Partei Russlands*, die nach dem Verlust der Parteienregistrierung einige Zeit als Initiativgruppe von Michail Gorbatschow, Wladimir Ryshkow und dem Milliardär Alexander Lebedew zur Gründung einer neuen Sozialdemokratische Partei weiterexistierte.<sup>44</sup>

Die *Demokratische Volksunion Russlands* des ehemaligen Premierministers Michail Kasjanow, gegründet als Nachfolgerin der Demokratischen Partei Russlands, trotz verschiedener Anträge nicht als Partei registriert.<sup>45</sup> Im Jahr 2010 ließen die Aktivitäten Kasjanows deutlich nach.

44 Die Gruppe verhandelte gleichzeitig über eine mögliche Vereinigung mit »Jabloko«.

45 2009 und 2010 forderte Kasjanow verschiedentlich »Jabloko« zur »Vereinigung der liberalen Kräfte« auf.

Die *Vereinigte Bürgerfront* von Garri Kasparow, eine eingetragene gesellschaftliche Organisation. Im Jahr 2010 nahmen die Aktivitäten Kasparows, der vorher an den verschiedensten Koalitionen und Protestveranstaltungen beteiligt war, merklich ab.

Die Koalition »Für ein Russland ohne Willkür und Korruption« wurde 2010 in eine Partei mit demselben Namen und dem Zusatz »Partei der Volksfreiheit« (PARNAS) überführt. Sie wird von Wladimir Ryshkow, Michail Kasjanow, Boris Nemzow und Wladimir Milow<sup>46</sup>, einem weiteren ehemaligen Regierungsmitglied, geführt.

Die Führer und Mitglieder dieser Parteien waren an wechselnden Koalitionen innerhalb dieses Spektrums von Gruppierungen beteiligt und sind es teilweise formal immer noch; die wegen ihrer Aktivitäten im Jahr 2010 erwähnenswerte Koalition »Solidarität« wird im Kapitel zum »Allrussischen Bürgerkongress« (WGK) diskutiert. In dieses Spektrum gehören auch eine Reihe von Jugendbewegungen ohne feste Mitgliedschaft, u. a. »Verteidigung«, »Ja« und »AntiFa«.

#### b) der linke Flügel

Mehrere mit der KPRF konkurrierende *Kommunistische Parteien*, denen ihre Registrierung aberkannt wurde, u. a. die kommunistische Arbeiterpartei Russlands (RKRP) und die Kommunistische Partei Russlands (RKP).

Die *Avantgarde der Roten Jugend*<sup>47</sup> von Sergei Udaltow, 1999 als Jugendbewegung initiiert und fester Bestandteil sämtlicher Protestaktionen in Moskau, sowie die 2008 ebenfalls von ihm gegründete Bewegung *Linksfront*<sup>48</sup>, aus der heraus sich 2010 die als Partei deklarierte, aber nicht registrierte *Rotfront* rekrutierte.

Die *Nationalbolschewistische Partei* des Schriftstellers Eduard Limonow, 1993 gegründet und seither wiederholt gerichtlich verboten, zum letzten Mal 2007. Anders als die »Liberalen« ließ die NBP in ihren Aktionen nicht nach, sondern initiierte 2009 die regelmäßigen Protestaktionen auf dem Moskauer Triumphplatz im Rahmen der sogenannten »Strategie 31« und gehört zu den aktivsten Gruppen bei Straßenaktionen. Im Sommer 2010 kündigte Limonow die Gründung der Partei »Das andere Russland« an.

#### c) der national-patriotische Flügel

Hier entstanden 2009 eine Reihe von – letztlich erfolglosen – Initiativen zur Parteigründung bzw. zur Erneuerung der Registrierung früherer Parteien. Von den Gruppen selbst war nichts zu vernehmen, sie beteiligten sich an keinen öffentlichen Aktionen und Veranstaltungen. Die bekanntesten Gruppierungen sind:

»Großes Russland«, gemäßigt nationalistisch, gegründet von Dmitri Rogosin und Andrei Saweljew 2007 sowie einer Reihe von Mitgliedern der »Bewegung gegen illegale Einwanderung« (DPNI).

»Rodina – Gesunder Menschenverstand«, 2009 von Michail Deljagin als Versuch der Neuinkarnation von »Rodina« gegründet.

Zu den nationalistischen und nationalpatriotischen Organisationen, die keine genuin politischen Ziele verfolgen und keinen Parteistatus anstreben, gehören die »Slawische Bruderschaft« und die »Eurasische Jugendunion«.

### 2.2.3. Wechselwirkungen innerhalb der systemkritischen Gruppierungen

Im Wechselspiel der gesellschaftlichen Gruppen und oppositionellen Parteien lassen sich einige Prozesse mit ganz unterschiedlichen Zielrichtungen beobachten.

46 Milow verließ die Partei im Jahr 2011 und gründete eine eigene Organisation, die »Demokratische Wahl«.

47 Gegründet 1999 als Jugendflügel der linksradikalen Bewegung »Werkstätiges Russland« von W. Anpilow. Website des AKM: <<http://www.akm1917.org/doc/index.htm>>.

48 Website der Bewegung: <<http://www.leftfront.ru/48F784C4B937D/>>.

1) Zwischen 2004 und 2006 versuchten die Menschenrechtsorganisationen eine eigene Partei zu gründen, scheiterten jedoch an der verschärften Gesetzgebung, die u. a. eine Mindestmitgliederzahl von 50.000 vorsah. Relativ weit kamen die »Einige Volkspartei der Soldatenmütter«, »Grünes Russland« und die Menschenrechts-Initiative von Lew Ponomarjow. Bereits 2006 traten einige der Gruppen dieser Richtung – Soldatenmütter, »Ökologen« und Menschenrechtler – »Jabloko« als eigenständige Fraktionen bei.

2) Es entwickelte sich eine neue Art von breiten Koalitionen zwischen Menschenrechtsorganisationen, Parteien, politischen Organisationen und/oder bekannten Politikern. Eine Reihe einflussreicher NGOs, darunter die Moskauer Helsinkigruppe und die Vereinigung »Golos«, gründeten nach dem gemeinsamen Versuch, die Ergebnisse der Dumawahlen von 2003 gerichtlich anzufechten, die nicht-offizielle Vereinigung »Für das Recht auf eine Wahl« und riefen im Dezember 2004 den »Allrussischen Bürgerkongress« zusammen. Dessen »politisches Projekt« sollte das 2006 initiierte »Andere Russland« werden und sowohl liberale als auch linke Oppositionelle zusammenschließen. Mit etwa denselben Beteiligten gründete sich Anfang 2008 die »Nationalversammlung« und zerfiel ebenso schnell wie ihre beiden Vorgängervereinigungen. Ebenfalls 2008 wurde von denselben liberalen Organisationen die Vereinigung »Solidarität«<sup>49</sup> gegründet, gemeinsam mit einer kleinen Gruppe ehemaliger »Jabloko«-Mitglieder sowie mit ehemaligen Anhängern der »Union der rechten Kräfte« (SPS)<sup>50</sup>, nach deren Umwandlung in die kremltreue »Gerechte Sache«.

3) Bemühungen von Vertretern der NGOs, die »Vereinigung der demokratischen Opposition« mithilfe des »Komitees 2008« und später des »Allrussischen Bürgerkongresses« voranzubringen, schlugen fehl und endeten mit der Auflösung der beiden Zusammenschlüsse, da einige Führer (Garri Kasparow, Lew Ponomarjow) sie für eigene politische Projekte einzuspannen suchten.

4) Verschiedene Parteien suchten Bündnispartner in den NGOs und nutzten deren Netzwerke in Moskau und in den Regionen für die Organisierung von Protestveranstaltungen wie Märschen zur Verteidigung der Meinungs- und Redefreiheit und antifaschistischen Märschen, Kundgebungen oder Mahnwachen. Die KPRF und »Jabloko« hatten dies schon 2004 als strategische Aufgabe definiert. Die SPS engagierte sich in diese Richtung erst 2006, indem sie antifaschistische und Menschenrechts-Veranstaltungen finanzierte und 2007 und 2008 an den »Märschen der Nicht-Einverstandenen« teilnahm. Speziell »Jabloko« wurde zum stabilen Fundament vorrangig für Bürgerproteste, etwa gegen den Bau von Gasprom-City mitten in Sankt Petersburg, zur Verteidigung des Waldgebiets bei Chimki oder des Naturschutzgebiets von Utrisch am Schwarzen Meer; zum anderen für die Aktivitäten einer Reihe neuer Organisationen, die spezifische Gruppenrechte verteidigen, u. a. der »Rat zur Konsolidierung der Frauenbewegung« und das »Komitee für Bürgerkontrolle« für Probleme mit den Wohnungsverwaltungen.

Diese widersprüchlichen, wenig transparenten und nur gering institutionalisierten Prozesse erinnern an die massenhaften »Dach«-Bewegungen in der Zeit der Liberalisierung von 1987 bis in die 1990er Jahre. Wie damals spielen in den weitgehend informellen Wechselbeziehungen die Positionen der Führer die entscheidende Rolle. Wie damals sind Konflikte und Spaltungen unausweichlich, weil die einzelnen Akteure unterschiedliche Interessen haben und das Feld institutionell nicht geregelt ist. Wie damals findet eine zunehmende Politisierung statt, umso mehr und radikaler, je größer der Druck seitens der Staatsmacht ist.

Im Weiteren werden zwei für dieses Thema signifikante Fälle genauer untersucht werden: die Entwicklung der Ereignisse hin zur Gründung des »Allrussischen Bürgerkongresses« und um ihn herum sowie die politische Evolution der ökologischen Bewegung. Im ersten Fall endeten die anfänglichen Erfolge und großen Hoffnungen in einem vollständigen Fiasko. Der zweite zeugt von dem erfolgreichen Umgang mit der widersprüchlichen Situation mithilfe von Kompromissen und vom Beginn relativ effektiver Wechselbeziehungen zwischen einer Partei und gesellschaftlichen Organisationen.

49 Website von »Solidarität«: <<http://www.rusolidarnost.ru/>>.

50 »Union der rechten Kräfte« = russ. »Sojus prawych sil«, abgekürzt SPS; der Begriff »rechts«, russ. prawyj, steht häufig für liberal-konservativ und kann zugleich richtig, der Wahrheit entsprechend, von russ. prawda, heißen.



## 2.3. Fallstudie: der »Allrussische Bürgerkongress« (WGK) und sein Umfeld<sup>51</sup>

### 2.3.1. Kurzer historischer Abriss

Der »Allrussische Bürgerkongress« (Wserossiiski grashdanski kongress; WGK) entstand als informelle Vereinigung von politischen gesellschaftlichen Organisationen, Parteien und einzelnen Politikern. Ihm vorausgegangen war die 2004 gegründete informelle Assoziation »Für das Recht auf eine Wahl«, die eine gerichtliche Anfechtung der Wahlen zur Staatsduma von 2003 vorbereitete. Im ersten Schritt tauschten die Assoziation »Golos«, die sich auf die faire Durchführung von Wahlen konzentrierte, und die Demokratische Partei Russlands »Jabloko« die Protokolle ihrer Wahlbeobachter aus, um Klagen vor einzelnen Regionalgerichten auszuarbeiten. Auf inoffiziellm Weg erhielten sie auch die Protokolle der »Union der rechten Kräfte« SPS.<sup>52</sup>

Einige Zeit später wurde das Aufgabenfeld ausgeweitet; jetzt ging es darum, auch die Instrumentalisierung der Ressourcen der Exekutiven für Wahlkampfszwecke anzuprangern und alle Verstöße nicht nur am Tag der Stimmabgabe, sondern während des gesamten Wahlkampfs zu dokumentieren. Einbezogen wurde auch die Politik der Massenmedien. Der Assoziation traten die Führer der bekannten Menschenrechtsorganisationen Moskauer Helsinki Gruppe, INDEM (Informatik für die Demokratie) und Transparency International in Russland bei.

Die Initiatoren dieser Assoziation waren konkrete Einzelpersonen mit bestimmten institutionellen Ressourcen wie Geld, einer Organisation mit nützlicher Infrastruktur oder eigenen Kontaktnetzen. Andere hatten nichts außer der eigenen Erfahrung oder handelten ohne Auftrag oder sogar im Widerspruch zur Position ihrer Organisation. Entscheidend waren die persönlichen Kontakte.

Ebenfalls 2004 wurde auf Initiative von Garri Kasparow das informelle »Komitee 2008« gegründet, dem bekannte demokratische Politiker mit politischem Gewicht beitraten; ihr Ziel war, noch vor den Dumawahlen 2007 die »demokratischen Kräfte zu einigen« und zu den Präsidentenwahlen 2008 mit einem eigenen demokratischen Kandidaten anzutreten. Zum Komitee gehörten eine Reihe bekannter Journalisten, Personen des öffentlichen Lebens und Menschenrechtler. Boris Nemzow und Boris Nadeshdin vertraten die SPS, Sergei Iwanenko und Sergei Mitrochin die Partei »Jabloko«; zu den ungebundenen Politikern gehörten Irina Chakamada und Wladimir Ryshkow.

Mitglieder in beiden Vereinigungen waren Georgi Satarow, Vorsitzender von INDEM, und Ljudmila Alexejewa, Vorsitzende der Moskauer Helsinki Gruppe; doppelte Mitgliedschaft galt auch für »Jabloko«- und SPS-Vertreter. Diese Art der Überschneidungen ermöglichte ein relativ gut abgestimmtes Vorgehen. Das Komitee übernahm die Finanzierung für die Vorbereitung der Klage vor dem Obersten Gerichtshof der RF.

Als 2004 die Gouverneurswahlen abgeschafft wurden, entstand in der Assoziation der Plan, alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte gegen den Abbau demokratischer Institutionen und gegen die Beschneidung der Rechte und Freiheiten der Bürger in einer einzigen Organisation zusammenzuschließen: dem »Allrussischen Bürgerkongress« (WGK). Damit mutierte die Assoziation praktisch zur Vorbereitungsgruppe des WGK. Die Finanzierung besorgten INDEM und die Moskauer Helsinki Gruppe. Ein großer Teil der organisatorischen Arbeit wurde von »Jabloko« geleistet, der einzigen Partei im Gründungsgremium des Kongresses; SPS-Mitglieder arbeiteten lediglich als Privatpersonen mit. Die KPRF und einige linke Parteien entsandten Beobachter. »Jabloko« bot eine »solide Basis« für die Vertretung des WGK in den Regionen; darüber hinaus lief die Kommunikation über die Moskauer

51 Die Fallstudie zum Allrussischen Bürgerkongress beruht auf der teilnehmenden Beobachtung der Autorin; diese arbeitete bereits in »Für das Recht auf eine Wahl« und war später Mitglied des Exekutivkomitees des WGK sowie des Expertenrats seiner »Nachfolgeorganisation«, des Allrussischen Bürgernetzwerks.

52 Die Ergebnisse der damaligen Arbeit begründeten die Klage vor dem Obersten Gerichtshof der RF und die Anrufung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Straßburg, zur Anhörung angenommen (kommuniziert) erst Ende 2010.

Helsinki-Gruppe, weshalb in den Regionen vor allem Menschenrechtsorganisationen hinzukamen. Es versteht sich von selbst, dass das Delegationsprinzip und eine repräsentative Vertretung dieser Struktur nicht angemessen waren.

Die erste Vollversammlung des WGK fand 2004 am 12. Dezember, also am Verfassungstag statt und setzte damit ein Zeichen, dass es ihm um die Verteidigung der verfassungsmäßigen Rechte ging. Die von der Arbeitsgruppe vorgelegten Anträge wurden per Akklamation angenommen.

Diese erste Vollversammlung geriet zum »Defilée« prominenter Politiker, die sämtlich von der »unerlässlichen Vereinigung der Demokraten« redeten, wobei die konkreten Vorstellungen einer solchen Vereinigung weit auseinanderklafften. Als Co-Vorsitzende wurden, wie geplant, Ljudmila Alexejewa und Georgi Satarow und – zur unangenehmen Überraschung der Initiatoren, durch einen Vorschlag aus dem Saal in letzter Minute – Garri Kasparow per Akklamation bestimmt.

Die wichtigste explizit festgelegte Aufgabe des WGK war die Verteidigung der in der Verfassung garantierten Rechte und Freiheiten, d. h. freie Wahlen, freies Wort, unabhängige Gerichte, horizontale und vertikale Gewaltenteilung, unabhängige Massenmedien und die im 2. Kapitel festgeschriebenen Menschenrechte. Deshalb war der Zusammenschluss von demokratischen Parteien, Menschenrechtsorganisationen und Meinungsführern so unverzichtbar.

Die Vollversammlung hatte eine große, allerdings meist negativ oder skeptisch gefärbte Medienresonanz.

Nach der Vollversammlung fuhr die Arbeitsgruppe in fast unveränderter Zusammensetzung mit ihrer Arbeit fort; ihre Mitglieder entwickelten enge Arbeitsbeziehungen untereinander. Die beiden Gremien, der Aufsichtsrat und das Exekutivkomitee, tagten selten und entschieden wenig. Die Mitarbeit im Exekutivkomitee geschah auf eigenen Wunsch, wodurch das Komitee unausgewogen und nicht entscheidungsfähig war. Die Aufgabe, in den Regionen analoge Organisationsstrukturen aufzubauen, erwies sich als nicht lösbar. Entweder waren die Menschenrechtsgruppen dort durchweg zu wenig zahlreich oder mehrere Personen konkurrierten um die Rolle des Regionalvertreters des WGK.

Die Arbeit des WGK bestand vor allem in der Organisation von Diskussionsklubs, auch in den Regionen, von Pressekonferenzen und von Veranstaltungen der einzelnen Gruppen, zu denen die anderen eingeladen wurden. Erfolglos blieben die Versuche, wechselseitig akzeptable Entscheidungs- oder Delegationsverfahren zu entwickeln. Entscheidungen wurden nach wie vor ohne Abstimmung informell getroffen.

Im Herbst 2005 begann die Vorbereitung der zweiten Vollversammlung. Unmittelbar vor dieser kam zu den sie mittragenden Organisationen noch die SPS hinzu. Parallel zur Vorbereitung lief der Wahlkampf für die Moskauer Stadtduma, zu der »Jabloko« kandidierte und SPS-Mitglieder in die Parteiliste mit aufnahm – ein Vorgang, der ohne die Arbeit im WGK nicht denkbar gewesen wäre und der sich denn auch nicht wiederholte.

Zu den mitdiskutierenden Politikern gesellte sich auch Michail Kasjanow, ehemals Ministerpräsident (unter Putin), der die Unterstützung »der Zivilgesellschaft« für seine präsidentiellen Ambitionen suchte.

Für die Inhalte der Diskussionen spielten einerseits die Verschärfung der politischen Situation und sowie die erfolglosen Bemühungen einiger politischer Akteure dieses politischen Spektrums, eigene Organisationen aufzubauen, eine Rolle; andererseits sorgte die Annäherung von »Jabloko« und SPS, die hierfür keine Mediatoren benötigten, bei einigen Führern des WGK für Irritationen, die es gern gewesen wären.

Dadurch spitzte sich der Konflikt zwischen den Ko-Vorsitzenden und den Parteien, vor allem mit »Jabloko« zu. Die Vertreter aus den Regionen verstanden kaum, worum es ging. Auf der 2. Vollversammlung (2005) wurde die Struktur abgeändert, einziges Führungsorgan war jetzt das Exekutivkomitee, wobei die Mitglieder ihre Stimme an andere Personen delegieren konnten; das spielte später eine wichtige Rolle. Die neuen Vorsitzenden waren die alten.

Zwischen der zweiten und der dritten Vollversammlung setzten sich die Konflikte fort; zugleich wurde auf Initiative von Kasjanow und Kasparow die Koalition »Das andere Russland« gegründet, die als informelle Vereinigung der systemkritischen Opposition als das eigentliche »politische Projekt« des WGK gedacht war. Auf der ersten Konferenz dieser Koalition, die zeitgleich mit der internationalen »G 8« tagte,<sup>53</sup> umfasste diese Opposition Organisationen und Politiker von der National-bolschewistischen Partei NBP und der Avantgarde der »Roten Jugend« bis hin zu Kasparows »Vereinigter Bürgerfront« und Kasjanows »National-demokratischer Union«, während die Moskauer Helsinki-Gruppe die organisatorische Basis bildete. Einige Mitglieder von »Jabloko« und der SPS beteiligten sich als Privatpersonen.

Für die beiden »Systemparteien« »Jabloko« und SPS, die beide zum WGK gehörten, war diese Wendung der Ereignisse nicht akzeptabel. Zur dritten Vollversammlung des WGK 2006 forderte »Das andere Russland« den Boykott der Dumawahlen von 2007, jedoch Teilnahme an den Präsidentenwahlen von 2008. Der Kandidat sollte aus den Reihen von »Das andere Russland« kommen, dessen Führer, einschließlich Satarow, sich darauf konzentrierten, »Jabloko« und SPS des Kuhhandels mit dem Kreml zu beschuldigen.

Dieser Konflikt spitzte sich weiter zu. Die SPS war gegen die Einladung der linksradikalen Führer Eduard Limonow und Wiktor Anpilow (von der radikalkommunistischen Organisation »Werk tätiges Russland«) zur Vollversammlung des WGK. »Jabloko« forderte korrektes Vorgehen und stellte auch in den Beschlüssen der WGK-Leitungsorgane die Vertrauensfrage an die Ko-Vorsitzenden im Exekutivkomitee. Damit war die dritte Vollversammlung gefährdet. Dank der Verhandlungen von Alexander Ausan, Wissenschaftler und Vorsitzender der »Verbrauchervereinigung«, mit der Leitung von »Jabloko« und Grigori Jawlinski wurde ein Kompromiss gefunden, und zwar im Übergang zu einer individuellen Mitgliedschaft im WGK, der Kandidatur Alexander Ausans als vierter Ko-Vorsitzender und einer öffentlichen Entschuldigung Satarows an die Adresse von »Jabloko«.

Nachdem das Exekutivkomitee des WGK Limonow die Beteiligung freigestellt hatte, kündigte die SPS ihre Teilnahme an der Vollversammlung auf. »Jabloko« wurde von den stellvertretenden Vorsitzenden und der Autorin vertreten. Grigori Jawlinski nahm bewusst nicht teil, trat aber am Vorabend beim Kongress der Menschenrechtler auf, der sich personell erheblich mit dem WGK überschneidet. Auf der Vollversammlung sprachen die Politiker Kasjanow, Ryshkow und Chakamada für »Das andere Russland« und forderten, sich auf einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten zu einigen.

Außer den zu bestehenden Konflikten, die scharf und öffentlich ausgetragen wurden, gab es zwei weitere. Der eine drehte sich um die Position von Kasparow, der in der Politik den Russen und den Russischsprachigen als angeblich benachteiligter Bevölkerungsgruppe deklarativ eine Präferenz einräumen wollte, wofür er von den Menschenrechtlern des offenen Nationalismus beschuldigt wurde. Der zweite entzündete sich zwischen den Menschenrechtsorganisationen und Limonow sowie seiner Umgebung anlässlich des provozierenden Verhaltens seiner Leibwächter. All dies wurde von den Massenmedien entsprechend skeptisch berichtet und negativ bewertet.

Da der WGK keine verbindlich arbeitende Struktur hatte, war er letztlich nichts als eine weitere informelle Vereinigung mit unklaren Entscheidungswegen. Er wurde in »Allgemeines Bürgernetzwerk« umbenannt, mit Ljudmila Alexejewa als einziger Vorsitzenden. Mitte 2007 hatte das Netzwerk etwa 100 individuelle Mitglieder. Ohne explizit auszutreten stellten die Parteienvertreter ihre Arbeit im Exekutivkomitee praktisch ein, während die Treffen des Expertenrats immer seltener wurden und lediglich der wechselseitigen Information dienten, bis sie Anfang 2009 ebenfalls eingestellt wurden.

Im Dezember 2010 gab es den Versuch der Wiederbelebung des WGK auf einem weiteren Allrussischen Bürgerforum, das Alexejewa und Satarow angestoßen hatten. Seine Mitglieder sollten ausschließlich den Menschenrechtsorganisationen angehören, während die Politiker (Ryshkow, Kasjanow, Nemzow und andere Vertreter von »Solidarität«) als Gäste eingeladen waren. Man ging davon aus, dass auf dem

53 Es wurden gezielt Treffen mit G8-Teilnehmern gesucht.

Forum die Ablösung von Wjatscheslaw Surkow, dem »politischen Dirigenten« des Kreml, zuständig für Parteien, Wahlen und die »Politik als ganze«, gefordert werden würde, was aber nicht geschah. Eine neue Organisation wurde dieses Mal nicht gegründet.

### 2.3.2. *Die Hauptakteure des Allrussischen Bürgerkongresses – Parteien, Politiker und NGOs: Ziele und Strategien*

Die drei am AKB beteiligten Gruppen, d. h. die Parteien, die zur systemkritischen Opposition gehörenden Politiker mit ihren eigenen politischen Vereinigungen und die Menschenrechts-NGOs verfolgten mit diesem Projekt unterschiedliche Ziele und hatten unterschiedliche Interessen. Ebenso unterschiedlich waren die Interessen der Schlüsselfiguren im Vorstand und in der Arbeitsgruppe.

#### *Ziele und Strategien der Parteien*

Für die Parteien war es wichtig, die Kontakte mit den Menschenrechtsorganisationen zu festigen, deren Kommunikationsnetze zu nutzen, neue Mitglieder zu gewinnen und so die eigene Position zu stärken.

»Jabloko« verfolgte in dieser Frage einen bewussten und konsequenten Kurs. Schon auf der ersten Vollversammlung hatte Grigori Jawlinski die Teilnehmer aufgerufen, sich auf der Basis von »Jabloko« zusammenzuschließen. Bereits vor der zweiten Vollversammlung kandidierten Vertreter/innen von »Grünes Russland«, den Soldatenmüttern und SPS auf der Liste von »Jabloko« für die Moskauer Stadtduma. Nach der zweiten Vollversammlung begann »Jabloko«, die Fraktionen »Grünes Russland« (unter Führung von Alexei Jablokow), Soldatenmütter, Menschenrechtler sowie eine Gender- und eine Jugendfraktion zu bilden und änderte dementsprechend auf dem 8. Parteitag im Juni 2006 ihren Namen in Vereinigte demokratische Partei Russlands (RODP) »Jabloko«. Die Gender- sowie die Jugendfraktion rekrutierten sich hauptsächlich aus den ursprünglichen Parteimitgliedern. »Grünes Russland« und die Menschenrechtler repräsentierten zwei nicht zu Ende geführte, jedoch organisatorisch bereits weiter fortgeschrittene Parteigründungsprojekte. Die Soldatenmütter bestanden zum großen Teil aus der Moskauer Organisation unter der Führung von Swetlana Kusnezowa, während der andere Flügel unter der Führung von Walentina Melnikowa sich für die damals noch existierende Republikanische Partei von Wladimir Ryshkow entschied. Die Basis für die späteren Fraktionen entstand nicht zuletzt in den Arbeitsbeziehungen im Rahmen des WGK. Die Menschenrechtlerfraktion führten mit Juli Rybakow und Sergei Kowaljow zwei Ikonen der Bewegung.<sup>54</sup> Mitglieder der Moskauer Helsinki-Gruppe und anderer Menschenrechtsorganisationen (u. a. Waleri Borschtschew, Andrei Babuschkin) waren »Jabloko« schon vorher beigetreten.

Die Tätigkeit in der Arbeitsgruppe und im Exekutivkomitee des WGK erleichterte die Verhandlungen zwischen »Jabloko« und SPS zur schon genannten Liste für die Moskauer Stadtduma sowie später, als SPS im Dezember 2006 ihre Position änderte (s.u.), zum Übertritt eines erheblichen Teils von SPS-Mitgliedern zu »Jabloko«. Auch das vor den Moskauer Stadtduma-Wahlen von 2005 zur Unterstützung der »Jabloko«-Liste gegründete »Gesellschaftliche Komitee« ging auf Kontakte aus der WGK-Arbeit zurück.

Nach der Gründung von »Das andere Russland« und nach den immer häufiger erhobenen Anschuldigungen, »Jabloko« träfe Arrangements mit dem Kreml, ging es der Partei in erster Linie darum zu verhindern, dass der WGK sich ganz dem »Anderen Russland« zuordnete. »Jabloko« distanzierte sich von dieser Koalition, die eine Parteigründung anstrebte, weil 1. die Nationalisten dort eine starke Position hatten, 2. sie von den »geflohenen Oligarchen« Leonid Newslin, Boris Beresowski und anderen finanziert und kontrolliert wurde und 3. keine überzeugende Strategie hatte, vor allem aber keine klare Einschätzung der Politik der 1990er Jahre sowie der Gründe für die Diskreditierung der Demokratie und der Demokraten in der Augen der Bevölkerungsmehrheit.

54 2010 hatte »Jabloko« zusätzlich noch die Fraktionen der Unternehmer und der pensionierten Militärangehörigen. Letztere kamen aus der Organisation »Pensionäre Russlands«, die aus den nicht in die Partei »Gerechtes Russland« eingetretenen Resten der Rentnerpartei bestand.



Nachdem »Jabloko« verschiedene Strategien, u. a. den Austritt aus dem WGK, erwogen hatte, entschloss sich die Partei, den Konflikt zu minimieren, um den WGK und die Position der Co-Vorsitzenden so weit wie möglich zu schwächen. Das geschah genau durch den schon erwähnten Übergang des WGK zu individueller Mitgliedschaft. Im Übrigen nutzte »Jabloko« die Netze, Kontakte und Medienanlässe, die der WGK bot, um die eigenen Ressourcen und die eigene Stabilität in der schwieriger werdenden Situation zu stärken. Solange der WGK als Konglomerat von Organisationen existierte, bildete »Jabloko« die Basis dafür, dass er handlungsfähig war. Im Aktionskomitee waren von 100 Mitgliedern allein 40 »Jabloko«-Vertreter vor allem aus verschiedenen Leitungsorganen.

Die SPS distanzierte sich anfangs vom WGK, obwohl ihre Vertreter B. Nadeshdin und Michail Schneider eine wichtige Rolle in der Arbeitsgruppe und später in den Gremien spielten. Schneider war einer der Sekretäre des WGK und verantwortete bis zum Schluss den Versand von Informationen. Später, d. h. nach der Wahl von Nikita Belych zum Vorsitzenden des Politsowjet der SPS, trat diese dem WGK als Partei bei, um ihre Ressourcenbasis maximal auszuweiten. Parallel dazu begann die SPS 2005 Veranstaltungen der Menschenrechtler zu unterstützen, womit sie versuchte, sich auf einem traditionell von »Jabloko« beackerten Feld zu positionieren; gleichzeitig verhandelte sie mit »Jabloko« über Möglichkeiten einer Vereinigung. Es wäre von der SPS her gesehen nicht einsichtig gewesen, auf einen möglichen Zugewinn an Einfluss im WGK zu verzichten. Für die Absage an die Teilnahme an der dritten Vollversammlung war die veränderte Position der Parteiführung und vor allem von Anatoli Tschubais verantwortlich, der die Partei als Ressource erhalten wollte und mit dem Einverständnis der Präsidialadministration ihre finanzielle Basis vergrößerte. Dafür war die Distanzierung von »Jabloko« und dem WGK erforderlich, zumal dieser zum Eckpfeiler für »Das andere Russland« zu werden drohte. Nachdem die SPS sich später selbst aufgelöst hatte, wurde 2008 das von den eigenen Führern so charakterisierte »Kremlprojekt«, die Partei »Gerechte Sache«, ins Leben gerufen.<sup>55</sup>

Die KPRF, die zur ersten Vollversammlung des WGK ihre Beobachter geschickt hatte, u. a. den Vorsitzenden des Moskauer Stadtparteikomitees, Alexander Ulas, hielt sich aus dem WGK heraus. Die Gründe sind offenbar darin zu suchen, dass die Partei sich aus einer Mitarbeit keine Vorteile und möglicherweise sogar Nachteile versprach. Als Parlamentspartei mit einer großen und weitverzweigten Organisation brauchte sie keine neuen Mitglieder zu rekrutieren oder neue Netzwerke zu erschließen. Im Übrigen war die Mehrzahl der Menschenrechtler und ihrer Organisationen sowie der Demokraten der ersten Welle, ganz abgesehen von den Mitgliedern der SPS, den Kommunisten gegenüber dezidiert negativ eingestellt. Die explizite Anti-Putin-Haltung der Mehrheit hätte möglicherweise den schwierigen Beziehungen der KPRF zum Kreml schaden können.

Aus dem linken Spektrum arbeitete lediglich der Führer der Kommunistischen Partei Russlands – KPdSU, Alexei Prigarin, im Exekutivkomitee mit.

Das Verhältnis zur National-bolschewistischen Partei NBP war ständiges Thema im WGK. Vor der ersten Vollversammlung war mehrheitlich beschlossen worden, Limonow nicht einzuladen, obwohl dieser selber hartnäckig und wiederholt um eine Einladung bat. Vor der 3. Vollversammlung, als bereits »Das andere Russland« existierte, nahmen dessen Mitglieder eine andere Haltung ein. Im Exekutivkomitee, wo praktisch »Jabloko« und SPS die Abstimmungsergebnisse bestimmten, gab es keine einheitliche Meinung. Die SPS erklärte eine Teilnahme von W. Anpilow und von E. Limonow für unvereinbar mit ihrer eigenen. Die Vertreter von »Jabloko« stimmten gegen die Einladung an Anpilow und enthielten sich in der Frage Limonow. Im Ergebnis nahmen dieser und die NBP an der dritten Vollversammlung teil, was von vielen Menschenrechtlern, vor allem von ihrer Jugendbewegung (Andrei Jurow), sehr negativ kommentiert wurde.

#### *Ziele und Strategien bekannter Politiker/innen*

Einzelne aus der demokratischen Bewegung bekannte Politiker und Politikerinnen unternahmen die Gründung neuer Parteien (Irina Chakamada, Garri Kasparow, Michail Kasjanow) oder versuchten

<sup>55</sup> Vgl. die Homepage der Partei: <<http://pravoedelo.ru/>>

bereits existierende zu erhalten (Wladimir Ryshkow). Auch Politiker aus der »zweiten Reihe«, die sich auf verschiedene Weise und erfolglos anderen Führern angeschlossen hatten (Wladimir Lyssenko, Iwan Starikow), betrachteten den WGK als bedeutsames Forum und wichtige Ressource.

Die größte Bedeutung hatte der Erhalt des WGK mit einem passenden Zuschnitt für G. Kasparow, der seine Präsidentenambitionen nicht verhehlte. Dieselben Ziele verfolgte seit der zweiten Vollversammlung M. Kasjanow.

Ständige Themen all dieser Politiker waren:

- die Notwendigkeit der Vereinigung sämtlicher demokratischen Kräfte und der Schaffung einer neuen Partei mit neuen Führern;
- die Notwendigkeit der Unterstützung dieser neuen Partei durch die »Zivilgesellschaft«, in diesem Fall den WGK;
- die Notwendigkeit, einen gemeinsamen Kandidaten aller demokratischen Kräfte für die Präsidentenwahl aufzustellen.

In einer solchen Konstruktion sahen Politiker ohne zugehörige Partei ihre eigene bedeutende Rolle und ihre politische Zukunft. Ihre Hauptkonkurrenten und Ziele ihrer Kritik waren deshalb »Jabloko« und die SPS, die sich im politischen Feld halten konnten und deshalb eine derartige Konstruktion ablehnten. Außerdem hatten sich die politischen Akzente vom ursprünglichen Aufruf, eine vereinigte Partei zu gründen, die sich an den Dumawahlen beteiligen könnte, hin zum Boykott dieser Wahlen zugunsten einer Beteiligung an den Präsidentenwahlen verschoben.

#### *Ziele und Strategien der Menschenrechtsorganisationen*

Die Bürgergruppen im WGK waren Menschenrechtsorganisationen, wobei die Moskauer Helsinkigruppe mit ihren größeren Möglichkeiten die führende Rolle spielte. Unter der Führung von L. Alexejewa war sie für die laufende Arbeit sowie einige Projekte des WGK, darunter eine eigene Homepage, zuständig. Die Assoziation »Golos« brachte sich ebenfalls organisatorisch und finanziell ein, vor allem im Projekt der Diskussionsklubs. Außerdem gehörte die große Bewegung »Für die Menschenrechte« von L. Ponomarjow zum WGK.

Da in den ersten Jahren die Frage der Mitgliedschaft und der Gremienstruktur nicht klar definiert war, ließ sich nicht zwischen individuellen und kollektiven Mitgliedern unterscheiden. Stillschweigend wurde aus der Mitarbeit führender Vertreter einer Organisation die Zugehörigkeit aller ihrer Mitglieder zum WGK abgeleitet. Aus diesem Grund wurde der WGK als große Organisation gesehen. Einzig die führenden Vertreter der Gesellschaft Memorial, Arseni Roginski und Alexander Daniel, betonten ihre ausschließlich individuelle Mitgliedschaft.

Die Vertreter der NGOs im WGK begriffen diesen als Unterstützung für die eigenen Ziele und als Chance, an der Formierung einer demokratischen Opposition mit politischem Einfluss teilzunehmen. Allerdings unterschieden sich die Motive der »Hauptspieler« und des »Fußvolks« erheblich voneinander. Für die Teilnehmer aus den Regionen bot die Arbeit der Vollversammlungen die Möglichkeit, auf Kosten der Organisatoren nach Moskau zu kommen und bekannte Politiker und Personen der Öffentlichkeit »live« zu erleben.

Für die Führer der NGOs, vor allem der gewichtigen Menschenrechtsorganisationen, erfüllte die Arbeit im AKB mit den in ihm ebenfalls vertretenen Parteien

- eine Schutzfunktion in einer größeren Organisation mit bekannten Führern, angesichts des sich verschärfenden Drucks des Staates mit dem schon genannten neuen Gesetz zu den NGOs von 2005;
- die Möglichkeit, potentiell auf politische Entscheidungen innerhalb des demokratischen Spektrums Einfluss nehmen und ggf. andere Akteure zu bestimmten Entscheidungen drängen zu können;
- die Intention, selber im politischen Spiel mitzuspielen;

- den Wunsch, von der Staatsmacht als politisch Handelnder bemerkt zu werden.

#### *Anatomie des inneren Konflikts und Zerfall des WGK*

Nach einem Jahr des Bestehens und einer Reihe von nichtangemeldeten Aktionen wie den »Märschen der Nichteinverstandenen« begann 2006/07 die Koalition »Das andere Russland« zu zerfallen. Neben Kasjanow und Ryshkow kündigte auch eine Reihe von Menschenrechtlern die Mitarbeit auf.

Vor den Dumawahlen von 2007 und während der Vorbereitung zu den Präsidentenwahlen verschärften sich die Konflikte innerhalb der Führungen des WGK und des »Anderen Russland«. Sie waren zum einen in der Konkurrenz zwischen Kasjanow und Kasparow um die Rolle des »einen demokratischen Kandidaten« begründet, zum anderen in den Versuchen von Kasparow, den WGK als seine Hausmacht zu nutzen. 2010 wird »Das andere Russland« von Limonow »usurpiert«, der mit dieser Organisation eine gleichnamige Partei gründen will.

Schon 2007–2008 war ja eine Reanimierung dieser Konstruktion unter neuem Namen versucht worden. Doch diese »Nationalversammlung« von Kasparow und Limonow, ihren »rechten« und »linken« Initiatoren, war aufgrund wesentlicher Unterschiede in den Zielen, der Organisationsstruktur und den Ressourcen der beteiligten Akteure von vornherein zum Scheitern verurteilt. Der Beitritt einiger Mitglieder von »Jabloko« und SPS verschärfte die inneren Konflikte, so dass nach nur wenigen Sitzungen die Tätigkeit der »Nationalversammlung« praktisch eingestellt wurde.

Im Dezember 2008 wurde von praktisch denselben Organisationen und handelnden Personen mit »Solidarität« eine weitere Organisation »zum Zusammenschluss der Demokraten« gegründet. Daran beteiligten sich die »Vereinigte Bürgerfront« von G. Kasparow, ein Teil der bereits aufgelösten SPS vorrangig aus Moskau, ein Teil der Petersburger »Jabloko«-Mitglieder und einige aus den Regionen sowie eine Reihe Vertreter von Menschenrechtsorganisationen, darunter auch Ponomarjow. Aushängeschilder der Organisation waren Nemzow, Kasparow, Maxim Resnik (Vorsitzender der Petersburger Parteiorganisation von »Jabloko«) und später der aus »Jabloko« ausgeschlossene Führer der Jugendorganisation, Ilja Jaschin, der sich durch seine Rolle bei nichtgenehmigten Aktionen hervorgetan hatte. »Solidarität« weigerte sich, mit dem Regime zusammenzuarbeiten und sich an Wahlen zu beteiligen. Doch bereits im Frühjahr 2009 kandidierte Nemzow zur Bürgermeisterwahl in Sotschi und im Herbst versuchten, wenn auch erfolglos, verschiedene »Solidarität«-Mitglieder, sich als Kandidaten für die Moskauer Stadtduma registrieren zu lassen. 2010 erklärte die Organisation ihre Absicht, sich als Partei eintragen zu lassen.

Die Beziehungen zwischen »Solidarität« und »Jabloko« wurden ständig gespannter, denn die »Solidarität«-Führer fuhren scharfe Angriffe gegen »Jabloko«, beschuldigten die Partei der Kungelei mit dem Kreml und mit Lushkow sowie des Opportunismus. Im Dezember 2009 untersagte der »Jabloko«-Parteitag den Parteimitgliedern die gleichzeitige Mitgliedschaft in »anderen politischen Organisationen«. Daraufhin trat die überwiegende Mehrheit der »Jabloko«-Mitglieder, darunter die Petersburger Parteiorganisation, aus »Solidarität« aus, während ein kleinerer Teil sich für letztere entschied. 2010 begann in »Solidarität« ein Prozess der Spaltung und gegenseitiger Ausschlüsse.

Ihre Vertreter nahmen regelmäßig an den unangemeldeten Aktionen der »Strategie 31« auf dem Moskauer Triumphplatz teil, die in der Regel mit Festnahmen endeten. Darüber hinaus waren sie an allen großen politischen Aktionen wie den Massenversammlungen in Kaliningrad oder der Verteidigung des Waldgebiets von Chimki beteiligt.

Das Beispiel »Solidarität« zeigt deutlich, dass

- die Losung vom »Zusammenschluss aller Demokraten« von Führern und Organisationen, die über keine stabile Mitgliedschaft und Wählerschaft verfügen, zur Maximierung des eigenen politischen Einflusses benutzt wird;
- diese Führer ständig als Spalter auftreten und andere Organisationen mit den oben genannten Ressourcen zu schwächen versuchen;

- die jeweilige neue Organisation zerfällt oder »einschläft«, wenn diese Strategie keine schnellen Erfolge bringt, und umgehend neue Projekte ausgedacht werden;
- den gesellschaftlichen und auch den Menschenrechtsorganisationen hierbei die Rolle von Statisten oder untergeordneten (evtl. sogar manipulierten) Akteuren zukommt;
- die Zusammenarbeit zwischen den registrierten Parteien und den politischen NGOs ein hohes Konfliktpotential birgt, weil es um potentielle Wählerschaften geht, wobei sie objektiv den NGOs nützt, nicht aber den Parteien (u. a. wegen wiederholter Aufrufe der politischen NGOs zum Wahlboykott).

## 2.4. Fallstudie: Die grüne Bewegung

Die Ökologiebewegung war zu Beginn der Transformationsperiode der erste und effektivste Tätigkeitsbereich der informellen Gruppen, aus denen schnell gesellschaftliche Protestbewegungen wurde. Unter Bedingungen, unter denen es kein politisches Handeln außerhalb der Kommunistischen Partei gab, waren diese Bewegungen de facto politisch: Sie formulierten Forderungen an die Politik im Zentrum und in den Regionen und arbeiteten strategisch mit öffentlichem Druck. Naturschutz- und ökologische Gruppen wurden zu Pionieren der Veranstaltung öffentlicher Proteste und der Konsolidierung gesellschaftlicher Gruppen.<sup>56</sup>

1990 gehörte die Mehrheit der ökologischen Organisationen zu den Gegnern der KPdSU und schloss sich demokratischen Koalitionen an. Sie unterstützten die neugegründete Wählergemeinschaft »Demokratisches Russland« bei den Wahlen, während die demokratischen Kandidaten ökologische Fragen in ihre Programmatik aufnahmen.

In dieser Zeit politisierten sich alle gesellschaftlichen Organisationen einschließlich der ökologischen. Um ihre Existenz und ihre Handlungsmöglichkeiten zu sichern, mussten sie sich zwischen der Unterstützung der Staatsmacht oder der Opposition entscheiden.

Nach den ersten halbfreien Wahlen der Jahre 1989 und 1990 begann ein Prozess der Differenzierung: Eine Reihe von Organisationen und aktiven Kämpfern entschied sich für eine im engeren Sinn politische Tätigkeit, während der andere Teil der Bewegung sich auf die Ökologie konzentrierte. Zu jedem neuen Wahlzyklus tauchten Wählervereinigungen auf, die die Stimmen der ökologisch interessierten Wähler für sich gewinnen wollten. Ein bekannter Vertreter der Ökologiebewegung, Sergei Sabelin, formulierte es so: Jeweils zwei Jahre vor den nächsten anstehenden Wahlen »ließ sich in den ökologischen Informationsnetzen eine Welle politischer Zuspitzungen beobachten, die jedes Mal in den Aufruf mündete, endlich eine Grüne Partei zu gründen«.<sup>57</sup> Doch ungeachtet verschiedenster Versuche gelang dies nicht. Parallel hierzu existierte kontinuierlich eine Anzahl ökologischer Organisationen, die vorrangig mit Mitteln westlicher Geldgeber arbeiteten. In den letzten zehn Jahren veränderte sich mit der Abwendung der herrschenden Politik von der Ökologie auch die Ökologiebewegung.

In den frühen 2000er Jahren fanden wichtige Veranstaltungen von und mit den »Ökologen« statt: die Allrussische Sonderkonferenz zum Naturschutz, der Erste Kongress der Menschenrechtler, das Allrussische Bürgerforum und die Allrussische Konferenz »Grüne Bewegung und Zivilgesellschaft«. Immer ging es darum, die zersplitterte Ökologiebewegung zu konsolidieren; dies führte 2004 zu einer Diskussion über die politische Verfasstheit der Grünen Bewegung sowie 2005 zu Versuchen, eine Partei zu gründen.

Einen wichtigen Impuls für die Konsolidierung der grünen Organisationen gab die Abkehr der Regierungspolitik von ökologischen Anliegen, unter anderem durch den zielstrebigsten Abbau des institutionellen Naturschutzes und den Verzicht auf aktiven und effektiven Umweltschutz. Bereits im Jahr 2000 entstand die Koalition »Ökologie und Menschenrechte«, in deren Arbeit Alexander Nikitin eine Schlüsselrolle

56 Šubin, A.: *Ėkologičeskoe dviženie v SSSR i vyšedšich iz nego stranach*, in: *Ėkologičeskie organizacii na territorii byvšego SSSR*. Spravočnik. Moskau – RAU-Press, 1992. S. 5–12, hier: S. 5.

57 Zabelin, S.: *Osobennosti rossijskich zelenych*, in: *NZ*, 2006, Nr. 2, S. 134–137, hier: S. 135.



spielt; 2001 formierte sich der »Runde Tisch ökologischer NGOs in Russland«, der die Anstrengungen bündeln und temporäre Koalitionen bilden wollte. Seine gleichberechtigten Vorsitzenden waren Iwan Barischpol, Vorsitzender der Allrussischen Naturschutzgesellschaft, Sergei Baranowski, Präsident des Russländischen Grünkreuzes, und Alexei Jablokow.

Mit vereinten Anstrengungen wird gegen den Import von Atommüll nach Russland und für ein Referendum in dieser Frage gekämpft. Mit Erklärungen an die Adresse des Präsidenten, der Regierung, der gesellschaftlichen Organisationen und der Bürger selbst soll ein Bewusstsein für die mit dem Atommüll verbundene Gefahr für alle Menschen im Land geweckt werden.

Augenfällig wurde die Notwendigkeit einer stabileren politischen Basis: 2004 unterschrieben die Führer von 66 ökologischen Organisationen das Memorandum »Wir brauchen eine richtige grüne Partei!«. Hierzu gehörten sowohl lokale Organisationen wie »Grüner Don«, »Tetscha« aus Tscheljabinsk oder »Dront« aus Nishni Nowgorod als auch internationale Verbände wie der WWF und eine Anzahl von Untergruppen der bereits existierenden Sozial-ökologischen Union und der Partei der Grünen Russlands.

In dem Memorandum hieß es: »...unter den gegebenen Bedingungen reichen die Mittel der gesellschaftlichen ökologischen Organisationen zur Lösung der Umweltprobleme Russlands nicht aus«. Die Unterzeichner bedauerten, dass es ihnen nicht gelungen war, der Abkehr von ökologischen Fragen Einhalt zu gebieten und die ökologischen Rechte der Bürger zu verteidigen, da die Staatsmacht die öffentliche Meinung in diesen Fragen in der Regel ignoriere. Zu den Grundpfeilern der Plattform für die neu zu gründende Partei – Union der Grünen Russlands (Allrussische Partei der Grünen) – gehören die Garantie der ökologischen Sicherheit des Einzelnen, der Gesellschaft und des Staates sowie die Entwicklung von Demokratie, Selbstverwaltung und Zivilgesellschaft.<sup>58</sup>

Zur selben Zeit wurde die ökologische Problematik in ernstzunehmender Weise von der späteren Vereinigten Demokratischen Partei Russlands (RODP) »Jabloko«<sup>59</sup> in ihre programmatischen Erklärungen integriert; ihre »Grundlagen der Politik des Staates 2003–2005« von 2003 enthielten ein eigenes Kapitel zum Umweltschutz.<sup>60</sup> Solange die Partei in der Duma vertreten war, brachte die »Jabloko«-Fraktion eine Reihe lebenswichtiger Gesetze zum Umweltschutz ein, darunter das Gesetz zur staatlichen ökologischen Expertise.<sup>61</sup> Neben der Gesetzgebung verfolgte die Partei konkrete Angelegenheiten und erreichte z. B. 1999, dass der Oberste Gerichtshof 13 Verfügungen der Regierung aufhob, die das Abholzen der »grünen Zonen« um die großen Städte herum genehmigten.<sup>62</sup>

Im seit 1957 teilweise radioaktiv verseuchten Gebiet von Tscheljabinsk<sup>63</sup> führten die auch von der Presse kommentierten Aktionen von »Jabloko« dazu, dass sich die Gerichte mit der Umsiedlung der Menschen aus den besonders betroffenen Dörfern Musljumowo und Tatarskaja Karabolka befassen. Mit seinem »Überfall« auf das Atommülllager im Bergwerks- und Chemiekombinat Shelesnogorsk erreichte das damalige »Jabloko«-Führungsmitglied Sergei Mitrochin, dass dieses gefährliche Objekt endlich systematisch bewacht wird. Einschlägige Aktionen fanden auch in anderen Regionen statt. »Jabloko« war ein selbstverständlicher Bündnispartner der ökologischen Organisationen und arbeitete eng mit ihnen zusammen, etwa bei Energieprojekten und überhaupt bei praktischen Aktionen.

58 Zelenoe dviženie i graždanskoe obščestvo: dokumenty 2000–2004 gg. Moskau – Tovariščestvo naučnych izdanij KMK, 2004. S. 284.

59 Programma Rossijskoj demokratičeskoj partii «JaBLOKO». Moskau – «Ėpicentr», 2003. S. 13–14.

60 Ibid. S. 192–213.

61 Siehe: Frakcija «JaBLOKO» v Gosudarstvennoj Dume (2000–2003 gg.) Moskau – «Ėpicentr», 2003. S. 133–135.

62 Programma Rossijskoj demokratičeskoj partii «JaBLOKO». Moskau – «Ėpicentr», 2003. S. 198.

63 Explosion in der Uranaufbereitungsanlage »Majak« im Gebiet Tscheljabinsk, bei der über 300.000 Menschen (auch in den Nachbargebieten Swerdlowsk und Tjumen) schädlicher radioaktiver Strahlung ausgesetzt waren. Bis heute sind die Bewohner einiger der radioaktiv versuchten Gegenden nicht evakuiert und leiden an Strahlenschäden. – Am Standort »Majak« sollte in den letzten Jahren Atommüll aus Deutschland (Rossendorf) gelagert werden, bis die deutsche Regierung 2010 gegen den Export entschied. Vorausgegangen waren Proteste in Deutschland und in Russland, dort u. a. seitens der grünen Bewegung und der RODP »Jabloko«.

Abb. 1: Mahnwache von »Jabloko« vor der deutschen Botschaft in Moskau gegen den Import von deutschem Atom Müll aus Rossendorf in die Uranaufbereitungsanlage »Majak« im Gebiet Tscheljabinsk



Quelle: Pressedienst der Vereinigten Demokratischen Partei Russlands »Jabloko«

Das Ende der »Jabloko«-Vertretung in der Staatsduma schränkte die Einflussmöglichkeiten der Partei zwar ein; dafür begann eine intensive Zusammenarbeit mit dem politisierten Teil der Ökologiebewegung. Sie wurde von der offiziellen Politik der Auflösung demokratischer Einrichtungen befeuert, die sowohl die Partei als auch die gesellschaftlichen Organisationen betraf. Den in der Putin-Ära wachsenden Druck spürten auch die »Ökologen«. Maßnahmen wie die Beschneidung der Finanzen, öffentlicher Druck, Spionagevorwürfe und sogar Gerichtsverfahren trafen sogar in erster Linie ökologische Organisationen. Die

Bedrohung ihrer Existenzbedingungen nötigte sie, ihr Verhältnis zu den oppositionellen politischen Parteien zu revidieren.

Zwischen 2004 und 2006 bemühte sich Vereinigung »Grünes Russland« um die Gründung einer eigenen Partei. Immerhin hatten die Aufforderungen an die bereits existierenden Parteien, »grüner zu werden«, keine wirklichen Ergebnisse gezeitigt, so dass verstärkt auf eine demokratische Grüne Partei gesetzt wurde. 2005 fand der Gründungskongress der Partei »Grünes Russland« unter maßgeblichem Einfluss von A. Jablokow statt. Längst nicht alle Grünen waren zum Beitritt bereit; eine Mitarbeit in einer liberaldemokratischen Partei war für die Traditionalisten, Nationalisten und Anarchisten unter ihnen nicht annehmbar.

Wie schon bei den vorangegangenen Versuchen einer Parteigründung wurde auch hier deutlich, dass die Politisierung der Ökologiebewegung zwei grundverschiedene Strömungen mit jeweils einer überzeugten Anhängerschaft hervorgebracht hat: eine linke, von Sozialdemokraten bis zu Anarchisten, und eine rechte, ausgesprochen traditionalistisch ausgerichtete.<sup>64</sup> Einige Zeit bemühte sich »Grünes Russland« um den Aufbau einer stabilen Mitgliederbasis und einer eigenen Struktur, doch die Kräfte reichten nicht aus, um die Anforderungen des verschärften Parteiengesetzes und der Wahlgesetzgebung zu erfüllen. Darauf hin sprach sich ein Teil der projektierten Partei für die Annäherung an »Jabloko« aus, mit dessen Vertretern A. Jablokow bereits im Exekutivkomitee des WGK intensiv zusammenarbeitete. Zur selben Zeit bot die damalige Industriepartei (später aufgelöst) dem »Grünen Russland« Platz unter ihrem Dach an.

Ein anderer Teil der Aktivisten von »Grünes Russland« war für die Umwandlung in eine »überparteiliche gesellschaftliche Organisation«; die Mehrheit der regionalen Vertreter befürwortete dagegen eine Parteigründung. Am Ende ging ein Teil der Mitglieder mit einer vereinbarten relativen Autonomie innerhalb der Partei zu »Jabloko« (2006) und verblieb zugleich in der breiten grünen Bewegung, die am strategischen Ziel einer selbständigen grünen Partei festhielt.<sup>65</sup>

Die Satzungs- und die Namensänderung von »Jabloko« vom Juni 2006 (seitdem: Vereinigte Demokratische Partei Russlands »Jabloko«) ermöglichte die Bildung einer Fraktion »Grünes Russ-

64 Samover, N.: Missija nevyvolnima?, in: NZ, 2006, Nr. 2, S. 145–146, hier: S. 146.

65 Jablokov, A.: Vremja zelenych v Rossii, in: NZ, 2006 Nr. 2. S. 138–144, hier: S. 142.

land« innerhalb der Partei. Von den damals fünf eingerichteten Fraktionen konnte »Grünes Russland« aufgrund ihrer Mitgliederzahl und ihrer eigenen politischen Plattform als Protopartei angesehen werden.

Im Verlauf der Jahre ist »Grünes Russland« ein organischer Teil der Partei geworden; seine Vertreter finden sich auf Leitungsebene im Politischen Komitee und im Büro, drei Grüne sind Vorsitzende von »Jabloko«-Regionalorganisationen, einige weitere wurden als »Jabloko«-Kandidaten in lokale Vertretungsorgane gewählt, z. B. Dmitri Rybakow in den Stadtsowjet von Petrosawodsk in Karelien.

Wichtiger noch ist jedoch das größere Gewicht des grünen Elements in den Erklärungen, Forderungen und Beschlüssen von »Jabloko« wie auch in der praktischen Tätigkeit. Zugleich hat sich die Schlüsselstellung der Fraktion innerhalb der gesamten grünen Bewegung gefestigt. Organisationen und Vertreter, die sich damals der Fraktion nicht anschlossen, arbeiten heute mit »Jabloko« sowohl in der parteieigenen Ökologiekommission als auch bei konkreten Projekten zusammen.

Nach wie vor ist ein Teil der Organisationen der Grünen Bewegung aus objektiven Gründen – wie die internationalen Organisationen Greenpeace, WWF oder die Internationale sozialökologische Union – oder aus subjektiven – wie die links oder anarchistisch beeinflussten »Verteidiger des Regenbogens« oder »Sturm« – nicht bereit, »Jabloko« beizutreten oder auch nur einen affilierten Status anzunehmen, ungeachtet ihrer punktuellen Zusammenarbeit.

Andererseits treten Umwelt-Aktivisten, die früher ihre Parteiunabhängigkeit betonten, immer häufiger der Partei bei und nehmen führende Positionen in regionalen und lokalen Umweltorganisationen wie der »Umweltwache für den Nordkaukasus« oder der »Ökologischen Baikalwelle« ein. Deren Aktionen sind für »Jabloko« wichtig und charakterisieren das Profil der Partei.<sup>66</sup>

Im Augenblick erscheint die vor dem Eintritt in »Jabloko« von den Umweltschützern formulierte Perspektive, unter günstigeren Umständen weiter die Gründung einer eigenen grünen Partei zu verfolgen, wenig wahrscheinlich. Eher umgekehrt und vergleichbar den europäischen grünen Parteien entwickelt »Jabloko« typische Merkmale einer Weltanschauungspartei, die aktiv mit den gesellschaftlichen Bewegungen und Bürgerinitiativen und hier in erster Linie mit den Umweltschutzgruppen kooperiert.

66 Hierzu z. B. die Materialien der Pressekonferenz zu den Ergebnissen der »öffentlichen Inspektion« der Paläste von Putin und dem Gouverneur des Krasnodarer Gebiets, Tkatschew, durch die »Umweltwache für den Nordkaukasus«; vier Aktivisten wurden festgenommen und bis zu 10 Tagen in Gewahrsam gehalten. <<http://www.yabloko.ru/regnews/Moscow/2011/03/10>>

### 3. Die Staatsmacht: zentrale Strategien im Umgang mit NGOs und der Bürgerbewegung

Unter Präsident Medwedew sieht die Staatsmacht in den NGOs nach wie vor ein Wählerpotential und unterstützt sie organisatorisch und materiell. Diese Tendenz wird eher stärker und sogar formal gefasst, etwa in offiziellen Verträgen der herrschenden Partei »Einiges Russland« nicht nur mit althergebrachten Interessengruppen wie den Gesellschaften der Weltkriegsveteranen, der Invaliden, der Afghanistanveteranen usw., sondern auch mit nationalen Landsmannschaften und neuen NGOs wie den Organisationen des großen, mittleren und kleinen Unternehmertums (Russländischer Verband der Industriellen und Unternehmer RSPP, »Delowaja Rossija« [Unternehmerisches Russland] und OPORa [Vereinigung der Unternehmerorganisationen Russlands]). Inzwischen hat sich diese Zusammenarbeit auch außerhalb der Wahlen verstetigt.

Eine zweite Tendenz besteht in der Weiterführung des korporativen Prinzips gesellschaftlicher Beziehungen nach sowjetischem Vorbild. »Einiges Russland« unterhält enge Beziehungen zur Föderation der Unabhängigen Gewerkschaften Russlands (FNPR), die im Vergleich mit den freien und den Jugendgewerkschaften das Feld dominiert.

Eine dritte Tendenz besteht in der Gründung »von oben« von Jugend-Massenbewegungen, die gleich mehrere Aufgaben haben:

- Mobilisierung für Präventivaktionen gegen eine mögliche »orange Gefahr«;
- Demonstration massenhafter Unterstützung für den Präsidenten und seinen Nachfolger, also für das herrschende Tandem;
- Prophylaxe bezüglich zunehmender oppositioneller Stimmungen in der Jugend.

Neben Bewegungen auf der föderalen Ebene, speziell »Die Unsrigen«, die »Junge Garde« von »Einiges Russland« und »Neue Menschen«, wurden auch regionale Bewegungen gegründet, z. B. »Wir sind von hier« im Gebiet Moskau (ohne die Stadt). Diese Bewegungen betrachteten sich als »antifaschistisch« und nannten folglich die Opposition faschistisch.

Das Gefährliche dieses Projekts erkannte die Staatsmacht selbst bereits zum Jahreswechsel 2007/08, nachdem die Bewegungen zunehmend gewaltbereit auftraten und unkontrollierbar agierten. Außerdem war die beschworene »orange Gefahr« ganz offensichtlich übertrieben worden. Die Gelder für »Die Unsrigen« wurden gekappt und die Organisation praktisch eingefroren. Gleichzeitig wurde ihr Führer Wassili Jakimenko zum Vorsitzenden des Staatskomitees für Jugendbelange ernannt.

2009, auf der Höhe der Kampagne gegen die »Verfälschung der Geschichte«, die in Wirklichkeit der Restalinisierung diene, wurde die Jugendbewegung reanimiert und erneut instrumentalisiert, und zwar in der Verfolgung von Journalisten (Alexander Podrabinek), Menschenrechtlern (Ljudmila Aleksejewa) und verschiedenen politischen Akteuren wie Michail Kasjanow, Garri Kasparow, Boris Nemzow und Eduard Limonow. Es kam zu Massenversammlungen mit mehreren Zehntausend Personen, mit denen die o.g. Organisationen auf oppositionelle Protestaktionen, u. a. die »Strategie 31«, antworteten. Sie erhielten und erhalten Unterstützung von »ganz oben«; das »Sommerlager« der kremltreuen Jugend am Seliger-See im Waldai wird regelmäßig nicht nur von hochrangigen Regierungsbeamten, sondern auch von den beiden »Tandem«mitgliedern besucht. In seinem Begrüßungstelegramm an den Kongress der »Jungen Garde« von 2010 betonte Putin:

Mit ihren begabten, gut ausgebildeten und kreativen Mitgliedern ist die Junge Garde zu einer der einflussreichsten gesellschaftlichen Jugendbewegungen geworden. Aufrichtige Wertschätzung verdient euer Bestreben, mit konkretem Handeln und nützlichen Initiativen zur Lösung



der wichtigsten nationalen Aufgaben beizutragen sowie die Rechte und Interessen der Bürger, besonders der älteren Generation, zu verteidigen.<sup>67</sup>

Die Staatsmacht stützte sich also bewusst auf von ihr lenkbare Organisationen, die verschiedene gesellschaftliche Gruppen repräsentieren. Die Steuerbarkeit der bereits existierenden wie auch neu zu schaffender Organisationen soll von der »Steuerungsvertikale« der Gesellschaftskammern im Zentrum und in den Regionen erleichtert werden. Für das Verhältnis zu NGOs oppositioneller Färbung, die in Teilen ebenfalls in diesen Kammern mitarbeiten, spielen neben den gesetzlichen Einschränkungen folgende Strategien eine Rolle:

- Druck und gerichtliches Vorgehen gegen die Führer dieser Vereinigungen mit »unpolitischen« Anschuldigungen wie Steuerhinterziehung, Bestechungsversuchen, Verleumdung oder Randalieren;
- Gewaltanwendung bis hin zu Mord an Vertretern von Bürgerinitiativen, Bürgerrechtlern und Journalisten: Mord an N. Estemirowa in Tschetschenien im Sommer 2009, am Rechtsanwalt Stanislaw Markelow und an der Journalistin Anatasia Baburowa Anfang 2009 in Moskau; grausame Überfälle auf die Journalisten Michail Beketow und Oleg Kaschin sowie den Ökologen Konstantin Fetissow im Jahr 2010;
- systematische Anschuldigungen in den populärsten Massenmedien, vor allem im föderalen Fernsehen, gegen Führer und Bewegungen, dass sie vom Westen oder von den im Ausland lebenden Oligarchen abhängig seien und nichts für die Gesellschaft Wichtiges zustande brächten.

In den kleineren Printmedien, im Internet und im Rundfunk können Oppositionelle zu Wort kommen; von Zeit zu Zeit werden auch Kundgebungen erlaubt. Unter Präsident Medwedew differenziert sich die Stoßrichtung und verstärkt sich die Widersprüchlichkeit der Politik gegenüber Bürgerinitiativen und oppositionellen NGOs.

Einerseits wurde ein dem Präsidenten unterstellter Rat für Menschenrechte und zur Förderung zivilgesellschaftlicher Institutionen gegründet, in dem solch scharfe Kritikerinnen der Regierung wie Ljudmila Aleksejewa (Moskauer Helsinki-Gruppe), Ida Kuklina (Soldatenmütter) oder Irina Jasina (Schlüsselfigur des ehemaligen JUKOS-Projekts »Offene Politik«) mitarbeiten. Eine Arbeitsgruppe dieses Rates entwirft Änderungen zum NGO-Gesetz. Abgemildert wurden ebenfalls das Parteiengesetz und die Wahlgesetzgebung.

In einer Reihe von Fällen hat die Staatsmacht auf Forderungen der Öffentlichkeit und auf Protestformen reagiert: Nach Kundgebungen mit vielen tausend Teilnehmern wurde der Gouverneur von Kaliningrad, Georgi Boos, seines Amtes enthoben, wurde der Bau der »Gasprom City« im historischen Zentrum von St. Petersburg eingestellt und wurde zumindest auf Zeit der Bau der Trasse Moskau–St. Petersburg durch das Waldgebiet von Chimki<sup>68</sup> unterbrochen, um öffentliche Anhörungen zu ermöglichen. Nach der Absetzung des Moskauer Bürgermeisters Juri Lushkow wurden 2010 sogar die beiden folgenden Kundgebungen der »Strategie 31« auf dem Triumphplatz genehmigt.

Gleichzeitig würdigt das Tandem selbst die Opposition regelmäßig öffentlich herab und verschärft sich der Propagandatone auf den beiden zentralen Fernsehkanälen. Bei großen Veranstaltungen, selbst bei genehmigten, wurden immer wieder führende Teilnehmer festgenommen.<sup>69</sup> Gesetzesänderungen und neue Gesetze wie die Novelle zum FSB-Gesetz und das Polizeigesetz enthielten weitere Einschränkungen von Rechten und Freiheiten.

Mit der Einführung der Listenwahl auf Regions- und teilweise auf kommunaler Ebene entstanden günstigere Bedingungen für die herrschende Partei und ungünstigere für die Opposition. 2010 waren nur

67 Vgl. die Homepage der Partei »Einiges Russland«: <<http://er.ru/index.shtml>>.

68 Die Anhörungen wurden von der Stadtverwaltung von Chimki inszeniert und hatten die zu erwartenden Ergebnisse: Dem Bau der Trasse entsprechend dem geplanten Verlauf durch das Waldgebiet wurde zugestimmt.

69 Z. B. Boris Nemzow, Ilja Jaschin, Eduard Limonow und weitere nach der genehmigten Kundgebung am 31. Dezember 2010.

fünf von 83 Gouverneuren nicht Mitglieder von »Einiges Russland«. Neuerdings kann sie als stärkste Partei im jeweiligen Regionalparlament direkt dem Präsidenten Kandidaten für die Ernennung zum Gouverneur vorschlagen. Die Mitgliedschaft im Föderationsrat setzt jetzt das Mandat eines Regional- oder kommunalen Parlaments voraus, was die Position der Partei der Staatsmacht weiter konsolidiert.

Abb. 2: Protestmarsch gegen den Bau von »Gasprom City« in St. Petersburg. Der Text auf dem Banner lautet: »Marsch für die Bewahrung Petersburgs«; Zweiter von links: Grigori Jawlinski.



Quelle: Pressedienst der Vereinigten Demokratischen Partei Russlands  
»Jabloko«



## 4. Neue Formen von Bürgerengagement

Auf die konsequent antisoziale Politik des Staates im Untersuchungszeitraum – ungeachtet wachsender Staatseinnahmen – antwortet die Gesellschaft mit vermehrten Straßenprotesten, die allmählich systematischen Charakter annehmen und große Menschenmengen in Bewegung setzen.

Zu Beginn stellte die Verteuerung der kommunalen Dienstleistungen eins der Hauptthemen dar. Weitere Aktionen thematisieren Angriffe auf die Rechte einzelner Bürgergruppen, darunter Menschen in Betriebswohnheimen, betrogene Anteilseigner an Wohnbauprojekten<sup>70</sup> oder Menschen in Wohngebieten, denen durch verdichtende Bauweise Licht und Luft genommen wird. Außerdem geht es um den Erhalt von historischen Denkmälern und von Grünflächen in der Stadt.

E. Belokurowa/ D. Worobjow nennen diese Art von lokalen Protesten eine »Problematisierung« der politischen Entscheidungen von lokalen »Regimen«.<sup>71</sup> E. Lechtman bezeichnet sie als »städtische« Bewegungen.<sup>72</sup> Manche dieser anfänglich lokalen Proteste haben sich später nach dem Dominoprinzip auch in andere Regionen und in manchen Fällen sogar in viele Regionen weiter verbreitet.<sup>73</sup>

Unter Präsident Medwedew verbinden solche Protestaktionen immer öfter lokale mit politischen Forderungen. Die Aktivisten der städtischen Bewegungen reflektieren ihre Rolle in den gesellschaftlichen Prozessen, suchen Kontakte zu anderen Bewegungen und interessieren sich für ein breiteres Spektrum gesellschaftlicher Fragen einschließlich der Ökologie. In dem Zusammenhang radikalisierten sich ihre politischen Forderungen; dazu gehören die Kritik an »Einiges Russland« und die Forderung nach Absetzung sowie strafrechtlicher Verantwortlichkeit des entsprechenden Bürgermeisters oder Gouverneurs und selbst der Regierung und des Präsidenten.

### 4.1. Die Hauptetappen und die Besonderheit der Entwicklung

Den erste Aufschwung bürgerlichen Engagements stellten im wesentlichen die spontanen Aktionen von Rentnern und Rentnerinnen dar, die in großer Zahl gegen die gesetzlich verfügte Umwandlung von kostenlosen staatlichen Dienstleistungen in Geldzuwendungen zum Jahreswechsel 2004–2005 protestierten. In den darauffolgenden Jahren prägten bis zum Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise vor allem lokale, punktuelle und in der Regel spontane Aktionen zur Verteidigung existentieller Interessen das Bild. Die involvierten Gruppen suchten ebenso den Kontakt zu politischen Parteien und Organisationen, von denen sie unterstützt wurden, wie den untereinander.

Mit spontanen Aktionen, die den Protesten der späten 1980er Jahre ähneln, reagierten die Bürger auf Ereignisse und Verwaltungsentscheidungen von lokaler oder auch nationaler Reichweite, etwa auf konkrete Vorhaben der schon genannten Bebauungsverdichtung in den Städten, den Verlust von Einlagen in bestimmten Banken oder das Importverbot für Autos mit rechtsseitiger Lenkung im Fernen Osten.

In den Regionen bürgerten sich Methoden ein, die in Tschetschenien entwickelt wurden: die Anwendung von Gewalt durch Spezialeinheiten und die Einrichtung von »Filtrationspunkten«. In solchen Punkten

70 Betrogene Anteilseigner haben Raten zum Erwerb von Wohneigentum an einen privaten Bauinvestor gezahlt, der dann gar nichts oder nur Rudimente des Projekts realisiert; die Gelder sind verloren. Der Staat sieht hier weder konkret noch allgemein Anlass, tätig zu werden.

71 Siehe Belokurova, E./ Vorob'ev, D.: Obščestvennoe učastie na lokal'nom urovne v sovremennoj Rossii, in: NZ. 2010, Nr. 2. S. 83–91.

72 Lechtman, A.: Gorodskie dviženija v 2009 godu: ot lokal'nych akcij k obščegorodskim kampanijam. <<http://www.ikd.ru/node/12336>>.

73 Beispiele hierfür sind die von Moskau ausgegangene Bewegung der »Blauen Eimerchen«, mit der gegen die Verkehrsbehinderungen durch extensiv mit Blaulichtern ausgestattete Autos von Staatsbeamten protestiert wird, oder die in Wladiwostok entstandene Bewegung TIGR gegen das Importverbot für Autos mit dem Lenkrad vorne rechts (v. a. aus Japan).

wurden z. B. in der Stadt Blagoweschtschensk nach Massenprotesten zu kommunalen Preiserhöhungen über 1.000 Personen festgehalten und von den Sondereinsatzkräften OMON des Baschkortostaner Innenministeriums misshandelt; das waren 2,5 % der Bevölkerung des Landkreises.<sup>74</sup>

Zugleich entstanden neue Formen der Mobilisierung und der Gestaltung von Aktionen, etwa mithilfe von Internet-Blogs und häufig als kurze demonstrative Flash-mobs, denen es nicht um die Einbeziehung der Menschen auf der Straße, sondern um die Aufmerksamkeit der Journalisten geht. Zunehmend beteiligen sich junge Leute an solchen Aktionen, Zulauf registrieren die politisierten Jugendbewegungen.<sup>75</sup>

In den Jahren 2007 und 2008 ließen sich neue Tendenzen der Selbstorganisation und wechselseitigen Unterstützung beobachten. Die Bürgerinitiativen traten miteinander über ihre Homepages in Informationsaustausch und organisierten auch Solidaritätsaktionen mit Initiativen in anderen Gebieten, etwa im Fall von verdichtenden oder anderen bürgerfeindlichen Baumaßnahmen oder Beseitigung von Grüngürteln. Am bekanntesten wurden die Protestaktionen gegen Bebauungsverdichtung und verfügte Umsiedlungen in Moskau (Stadtteil Butowo, Marschall-Birjusow-Straße). Solche Proteste erhielten von E. Belokurova/ D. Worobjow den Namen NIMBY (*not in my backyard*).<sup>76</sup> Über den lokalen Rahmen hinaus unterstützt wurde ebenfalls die Verteidigung des Bitzew-Parks sowie der Waldschutzgebiete »Elchinsel« und Ismailowo (alle Moskau).

Die Zusammenarbeit der Initiativen mit Parteien folgt pragmatischen Gesichtspunkten: Sie nehmen Unterstützung von allen an, unabhängig von deren Position, vorausgesetzt, die Hilfe ist effektiv. In Moskau wurde z. B. 2008 unter der Beteiligung der Partei »Jabloko« ein Koordinierungskomitee von Initiativen gegründet, zu dem auch Sergei Udaltow von AKM/Linksfront gehört. Nach anfänglichen 40 Initiativen waren es ein Jahr später schon etwa 100. In vergleichbarer Form arbeitete die nicht-formelle »Wohnungsinitiative«, an der sich Vertreter von »Solidarität« und AKM beteiligten.<sup>77</sup>

Es fällt auf, dass das größte Engagement in Sachen Bebauungsverdichtung, Grünflächen, Eigentum an Garagen oder kommunalen Dienstleistungstarifen aus Wohngebieten mit einem sehr hohen Lebensstandard kommt. In den großen Städten, den Zentren der Modernisierung der Wirtschaft und des human capital,<sup>78</sup> entwickeln und konsolidieren sich Strukturen der Zivilgesellschaft.

Großes Gewicht innerhalb der seit 2008 zunehmend systematischer organisierten Straßenproteste haben Aktionen mit ökologischen Themen zu jeweils konkreten Anlässen auf regionaler oder kommunaler Ebene: die Bebauung von ausgewiesenen Naturschutzgebieten, das Abholzen von Reliktwäldern mit raren Baumarten, von Parks und Grünzonen in den Städten, die Verschmutzung von Seen und Flüssen, die Teilnahme von Beamten des Staatsapparats an der ungesetzlichen Jagd auf seltene Tiere.<sup>79</sup>

Die Webseite des Instituts »Kollektives Handeln« (IKD)<sup>80</sup> enthält die sorgfältigste Dokumentation aktiven Bürgerengagements; sie stellt die größte Zunahme an Initiativen im städtischen Bereich und auch im Umweltbereich fest. 2009–2010 galten sehr viele Aktionsserien in vielen Regionen des Landes dem Schutz des Utrisch-Naturschutzgebiets und des Baikal-Sees sowie dem Import von radioaktivem Müll. Doch auch in anderen Gegenden gingen die Menschen immer häufiger gegen die Missachtung ihrer ökologischen Interessen seitens der offiziellen Politik auf die Straße, manchmal hunderte und zuweilen auch

74 Luchterhandt, O.: Jagdszenen in Russlands Provinz: Der Fall »Blagoveščensk« in der Republik Baschkortostan, in: WGO – Monatshefte für Osteuropäisches Recht 4-2005, S. 254–266.

75 Siegert, J.: Politische Jugendorganisationen und Jugendbewegungen in Russland, in: Russland-Analysen 2005, Nr. 83. S. 2–5, <<http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen083.pdf>>.

76 Belokurova, E./ Vorob'ev, D.: Obščestvennoe učastie na lokal'nom urovne v sovremennoj Rossii, in: NZ. 2010, Nr. 2. S. 83–91, hier: S. 89.

77 Information hierzu z. B. auf der Homepage: <<http://www.kasparov.ru/>>.

78 Siehe: Zubarevič, N. A.: Goroda kak centry modernizacii ékonomiki i čelovečeskogo kapitala, in: ONS. 2010. Nr. 5 S. 5–19.

79 Vorožekina, T.; Samozaščita kak pervyj šag k solidarnosti., in: Pro et contra. 2008. Nr. 2–3. S. 6–23.

80 <<http://www.ikd.ru>>.

tausende; ihre Aktionen nahmen politische Züge an. Als Beispiel können die Massenkundgebungen im Sommer 2010 im Schwarzmeer-Kurort Tuapse gegen den Bau eines Hafenterminals für den Umschlag von chemischem Dünger<sup>81</sup> sowie in Abakan gegen den Bau einer Siliziumfabrik<sup>82</sup> dienen.

Wir haben es hier mit einem ganz neuen Phänomen zu tun: Erstens verbinden sich die Anstrengungen unterschiedlicher Gruppen zu wechselseitiger Hilfe in kritischen Situationen. Zweitens geben die Gruppen ihre spezifischen Erfahrungen im Kampf für ihre Rechte in der Auseinandersetzung mit den Staatsorganen untereinander weiter. Drittens mobilisieren positive Beispiele und Erfolge nach dem Schneeballprinzip andere aktive Bürger. Den Parteien bzw. politischen Organisationen kommen hierbei eigene Aufgaben zu: Sie helfen Bürgerinitiativen bei der Formulierung ihrer Forderungen und stellen ihre organisatorischen und politischen Möglichkeiten in den Dienst der Unterstützung und Verteidigung dieser Bürgerinteressen, bei öffentlichen Aktionen ebenso wie in den Massenmedien. Sie bieten den Bürgergruppen die Chance zur Festigung ihrer Zusammenschlüsse, ein Forum und die Einbindung in größere Kommunikationszusammenhänge. Ob den Parteien aus diesen Kontakten neue Wähler erwachsen, wenn der administrative Druck und der Umfang der Fälschungen bei den Wahlen einmal nachlassen sollten, bleibt eine offene Frage.

#### 4.2. Bürgerengagement während der Wirtschaftskrise

Der Beginn der Krise mobilisierte bei vielen Politologen und auch Journalisten die Erwartung von Massenprotesten, denen die Staatsmacht nur mit institutionellen Maßnahmen begegnen könnte und die letztlich zu einer Liberalisierung des Systems führen müssten; andere – eher die Soziologen – äußerten sich skeptisch hierzu.<sup>83</sup>

Während der Krise setzten sich einerseits die bereits beschriebenen Tendenzen fort und entwickelten sich andererseits neue Aktionsformen, die bereits eine Reaktion auf die Krise darstellten.

Die Tendenzen, die sich fortsetzten, waren folgende:

- verstärkte Nutzung der Möglichkeiten der Blogosphäre für die Selbstorganisation und zur Knüpfung horizontaler Kontakte zwischen verschiedenen Protestgruppen;
- Protestaktionen mit Theaterelementen, etwa die als »Hochzeiten« maskierten verbotenen Autokorsos der Bewegung TIGR in Wladiwostok und szenische Flash-mobs in Moskau;
- Radikalisierung und Politisierung von Forderungen in einigen – allerdings nicht sehr vielen – Regionen (Kaliningrad, Pazifikküstenregion).
- Aktivierung von Bürgerinitiativen, deren Anliegen nicht direkt mit der Krise zusammenhingen, in den beiden Hauptstädten und den Millionenstädten (Kampf gegen Bebauungsverdichtung, Abriss von Architekturdenkmälern, Beseitigung von Grünanlagen, »Volksgaragen« genannte teure Mammutparkhäuser in Moskau; Bewegung der betrogenen Anteilseigner an Wohnbauten);
- intensive Zusammenarbeit der Menschenrechtsorganisationen und der oppositionellen demokratischen Organisationen;
- Belebung der Zusammenarbeit von oppositionellen Parteien und Bürgerinitiativen, deren Vertreter bereits begonnen hatten, direkt politisch zu agieren, etwa als Kandidaten bei den Wahlen zu lokalen und regionalen Vertretungen.

Neue Tendenzen als Reaktion auf die Krise waren u. a.:

81 <<http://www.ikd.ru/node/14091>>, 28.07.2010.

82 <<http://www.ikd.ru/node/13789>>, 28.07.2010.

83 Vgl. beispielsweise die Rundtisch-Diskussionen des Carnegie Centres und des Instituts für aktuelle Entwicklung INSOR (Medwedews »brain-trust«, unter Leitung von I. Ju. Jurgens) oder die Materialien der von Memorial, der Moskauer Helsinki-Gruppe und anderen NGOs veranstalteten Chodorkowski-Lesungen.



- Initiativgruppen von Bürgern, die direkt von der Krise betroffen waren, beispielsweise bei Krediten vorrangig in ausländischen Währungen;
- punktuelle Proteste, bei denen Fernstraßen blockiert oder mit Blockaden gedroht wurde, die von den jeweiligen politischen Führungen, einschließlich der obersten in Person von Putin, nicht ignoriert wurden (»Pikaljowo-Effekt«).<sup>84</sup>

Die Lage der NGOs und ihr Engagement in diesem Rahmen änderten sich nicht prinzipiell, es verschlechterte sich jedoch ihre finanzielle Situation. Das lag auch an gekürzten Zuwendungen und geringerer Unterstützung aus Wirtschaftskreisen. Gleichzeitig wuchs allerdings die Zahl der Freiwilligen und auch die Nachfrage nach Dienstleistungen der NGOs wie etwa nach Beratungen.<sup>85</sup> Die Zukunft sowohl der eigenen jeweiligen NGO als auch des gesamten NGO-Sektors wurde von NGO-Führern eher pessimistisch eingeschätzt. Man erwartete ein weiteres Sinken der Zuwendungen bei steigenden Ausgaben, also eine insgesamt zurückgefahrne Finanzierung des gesamten Sektors, zurückgehende Mitarbeiterzahlen bei den einzelnen NGOs wie im gesamten Sektor, eine abnehmende Zahl von NGOs, ein Schrumpfen ihres Tätigkeitsumfangs sowie weiter zunehmende Staatskontrolle. Die NGOs waren ihrerseits bereit, sich auf »paternalistische«, das heißt eher kontrollierende als gewährende und regulierende Beziehungen seitens der Staatsmacht einzulassen. Diese war der entscheidende Faktor, der die Entwicklung der NGOs auch in der Situation der Krise beeinflusste, zentral, regional und lokal. Die genannte Bereitschaft der NGOs resultierte aus der Einsicht, dass in der Krisensituation der Staat praktisch der einzige verbleibende stakeholder (Treuhänder) war, der noch über Mittel zur Unterstützung des NGO-Sektors verfügte.

### Verteidigung der Rechte der Bürger

Wesentlich interessanter war die Entwicklung neuer Formen von Bürgerengagement, für die im Unterschied zu den NGOs kein formaler Status, d. h. keine Registrierung beim Justizministerium erforderlich war oder die ihn prinzipiell nicht anstrebten. Die Fragen, die in diesem Zusammenhang interessieren, sind folgende:

- Mit welcher Dynamik entwickelte sich Bürgerengagement im Verlauf der Krise?
- Wie unterscheiden sich verschiedene Formen nach Intensität und geografischer Verteilung?
- In welchem Umfang beeinflussen Parteien und politische Gruppen die Organisation, die Formen und die Ergebnisse der Tätigkeit der Bürgergruppen?

Berücksichtigen kann man in diesem Fall lediglich die öffentlichen und offenen Proteste, die in der Regel ohne Genehmigung stattfanden, wenn sie denn nicht von den »politischen Partnern« der Bürgergruppen organisiert waren.

Die hier verwendeten Daten stammen von der Webseite des Instituts »Kollektives Handeln« (»Kollektiwnoje deistwie« = IKD)<sup>86</sup>, auch wenn sie nicht vollständig sind und zudem andere Akzente setzen, weil die Vertreter des Instituts sich offen der Linken zuordnen; dessen ungeachtet handelt es sich hier um die detaillierteste Dokumentation von Bürgeraktionen. Die Art der Beteiligung politischer Parteien an Bürgeraktionen wurde anhand der Webseiten der KPRF und der Partei »Jabloko« mit Methoden der Inhaltsanalyse untersucht.

Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden hier lediglich Bürgeraktionen zu sogenannten städtischen Problemen und der damit verbundenen ökologischen Problematik untersucht. Dazu gehören vor allem die steigenden Tarife der Wohnungsverwaltungsgesellschaften, die Bebauungsverdichtung, Umwelt- und Denkmalschutz, steigende Tarife bei kommunalen Dienstleistungen, Verkehrsprobleme und Betrug bei Besitzanteilen an Wohnbauvorhaben. In beiden Schwerpunkten engagieren sich sowohl die KPRF, die Partei »Jabloko« als auch liberale und linke politische Gruppen und Bewegungen. Da die oppo-

84 Straßenblockaden sind eigentlich eine lediglich vergessene Protestform aus den frühen 1990er Jahren.

85 <<http://www.zircon.ru>>.

86 <<http://www.ikd.ru/>>.

sitionellen Parteien ein genuines Interesse daran haben, ihre Beteiligung an aktiven Bürgerinitiativen auf ihren Webseiten vorzustellen, kann man eine gewisse Vollständigkeit der Information unterstellen.<sup>87</sup>

Ein neues und in dieser Form vorher nicht beobachtetes Bürgerengagement entzündet sich an Fragen des Wohnens und des Wohneigentums.<sup>88</sup> Besonders in den großen Städten kann seit Anfang 2009 von einer regelrechten Welle gesprochen werden und in Moskau geradezu von einer Lawine.

Landesweit sind 324 Aktionen in allerdings nur 37 Regionen belegt, von denen 134 auf Moskau entfallen, 25 auf Samara, 18 auf St. Petersburg und weitere auf Jekaterinburg, Ufa, Kaliningrad und Nischni Nowgorod. Im Moskauer Gebiet dominierten die Proteste betrogener Anteilseigner an Wohneigentum, in St. Petersburg richtete sich der Kampf gegen die Bebauungsverdichtung und für den Erhalt des architektonischen Gesichts der Stadt (Hauptthema blieb weiter der Bau des Gasprom-Wolkenkratzers), in Imeretien am Schwarzen Meer ging es gegen die Aufhebung von Parzellegebieten im Zuge der Errichtung von Olympiaanlagen, in Samara gegen Bebauungsverdichtung. In anderen Regionen richteten sich Aktionen gegen die Preiserhöhungen bei kommunalen Dienstleistungen, gegen die Einschränkung der Rechte von Wohnheimbewohnern, für den Erhalt von Grünanlagen und gegen die weitere Verschlechterung des ökologischen Status quo der jeweiligen Stadt. Überwiegend handelte es sich bei den Protesten um unangemeldete Kundgebungen und sogenannte »spontane Versammlungen«, also ebenfalls Kundgebungen. Zu den radikaleren Formen gehörten Hungerstreiks, in der Regel seitens betrogener Anteilseigner oder aus ihren Wohnungen ausgewiesener Bürger (13 Fälle), und Fernstraßensperrungen (12 Fälle). Mehrfach versuchten Einwohner von Machatschkala aus Protest gegen abgeschalteten Strom ein Umspannwerk zu besetzen.

Die Aktionen fanden mit wenigen Ausnahmen in regionalen Zentren statt; die Ausnahmen betreffen große Städte wie Magnitogorsk oder Bijsk in Gebieten mit relativ hohem Lebensstandard. Im Ganzen galt jedoch für die Regionen, dass auch häufigere Aktionen kein merkliches politisches Gewicht hatten, da sie unterschiedliche Ziele verfolgten (Ausnahme: Moskauer Gebiet) und die Protestgruppen nicht miteinander vernetzt waren.

### **Zur Interaktion von Parteien und Bürgerinitiativen**

Nach Angaben des IKD nahmen an solchen Aktionen die KPRF und verschiedene linke Bewegungen teil bzw. waren anwesend, außerdem »Jabloko« und in Einzelfällen die Liberal-demokratische Partei Russlands, »Gerechtes Russland« und die »Patrioten Russlands«.

Interessant ist die Situation in Moskau, wo nach Angaben des IKD in dieser Zeit die meisten Protestaktionen stattfanden. Von 134 waren 37 gegen die Bebauungsverdichtung gerichtet, 22 zum Schutz betrogener Anteilseigner, 11 zur Verteidigung von Garagenbesitzern, 8 gegen den Abriss von Architekturdenkmälern, 10 zur Verteidigung von Grünanlagen und gegen den Bau von wohnviertelnahen Müllverbrennungsanlagen, 8 zugunsten der Rechte von Wohnheim-Bewohnern; 7 Aktionen thematisierten den sogenannten erneuerten Generalplan der Umgestaltung Moskaus. Landesweite Bekanntheit erlangten die Aktionen zur Verteidigung des Waldes von Butowo. Vergleichbare »Serienaktionen« organisierten u. a. die Bewohner der Nekrassow-Straße und forderten ihre Umsiedlung aus der ökologisch belasteten Umgebung eines Fernheizkraftwerks; Aktionen »in Serie« organisierten auch die Eigentümer der zum Abbruch bestimmten Garagen an der 15. Parkstraße, die vom Umbau ihrer Häuser bedrohten Einwohner des Stadtteils Krylatskoje sowie die Gegner der Bebauungsverdichtung der Wawilowstr. 48, wo an der Stelle des genossenschaftseigenen Sportplatzes ein Bürogebäude gebaut werden soll. Bei spontanen und geplanten Versammlungen und Kundgebungen kam es immer häufiger zum Einreißen ungesetzlich errichteter Bauzäune und manchmal zu Straßensperren. Nach Angaben des

87 Mit dem Instrument der Inhaltsanalyse habe ich alle Informationen über Aktionen nach geografischer Lage, Siedlungstypen, Formen und beteiligten bzw. sie organisierenden Parteien und politischen Gruppierungen erfasst, und zwar vergleichend für zwei Zeitabschnitte: die akute Krise zwischen dem 1. Sept. 2008 und dem 31. Aug. 2009 sowie ihren bedingten Abschwung zwischen dem 1. Sept. 2009 und dem 31. Aug. 2010.

88 Bei diesem Thema muss man berücksichtigen, dass das Institut offenbar nicht alle Aktionen dokumentiert hat, es scheint, dass ihre Zahl in St. Petersburg wesentlich höher war. Dasselbe könnte auch für die übrigen Städte gelten.



IKD griffen in 17 Fällen die Spezialeinsatzkräfte OMON ein und in 6 weiteren gingen (Waffen tragende) private Wachdienste gewaltsam gegen die Protestierenden vor.

Am sichtbarsten sind »Jabloko« und AKM/Linksfront von Udalzow an solchen Protestaktionen beteiligt, wobei eine erhebliche Anzahl von Aktionen mit »Jabloko« vom IKD nicht dokumentiert wurde, selbst dann nicht, wenn sie direkt von »Jabloko« organisiert waren. Bestenfalls wurde die Anwesenheit des »Abgeordneten der Moskauer Stadtduma«, Sergei Mitrochin, jedoch ohne Hinweis auf seine Funktion als Parteivorsitzender von »Jabloko« (seit Sommer 2008) erwähnt (48 Fälle).

Die Homepage von »Jabloko« verzeichnet von September 2008 bis August 2009 75 gemeinsame Aktionen mit Bürgerinitiativen, die in den Massenmedien sehr wohl kommentiert wurden. Die überwiegende Zahl betraf die Bebauungsverdichtung, die »Volksgaragen«, Grünanlagen, Parks, Wälder und Architekturdenkmäler.<sup>89</sup> Ein bedeutender Erfolg war neben der Einstellung von über 100 Bauprojekten die Entschließung der Moskauer Stadtregierung Nr. 174 zur Absage an eine Bebauungsverdichtung in der Stadt.<sup>90</sup> Außerdem gelang es mit gemeinsamen Aktionen von Bürgerinitiativen und »Jabloko«, den geplanten Bau von sechs Müllverbrennungsanlagen auf dem Stadtgebiet zu stoppen.<sup>91</sup>

Vergleicht man hiermit die Aktivitäten der KPRF in demselben Zeitraum<sup>92</sup>, fällt als erstes auf, dass ein Großteil ihrer Aktionen klassische Monatsveranstaltungen waren: im Jahr 2008 gegen steigende Preise (September), zur Verteidigung der Sowjetmacht (Oktober), zum Thema der »Stalin'schen« Verfassung von 1936 (Dezember); 2009 gegen Preis- und Gebührenerhöhungen sowie gesetzloses Handeln der Regierung (Februar), für die Absetzung der Regierung (Mai) und zusätzlich Aktionen zu kommunistischen Feiertagen und wichtigen Daten (u. a. 1. Mai und 7. November). An Aktionen, deren Forderungen auf den Schutz der Rechte in der Arbeitssphäre oder gegen Gebührenerhöhungen und städtebauliche Willkür abzielten, nahmen auch Bürgerprotestgruppen mit entsprechenden Forderungen teil. Außerhalb ihrer regelmäßigen Monatsdemonstrationen beteiligte sich die KPRF an 106 Aktionen in 55 Regionen, wobei Moskau nicht besonders hervorsticht. Wieweit die Partei hier selbst der Organisator war, lässt sich anhand ihrer Webseite nicht klar erkennen.<sup>93</sup> Die vorherrschende Aktionsform waren Kundgebungen, daneben 36 Mahnwachen.

Vergleicht man die konkreten Beziehungen der beiden Oppositionsparteien »Jabloko« und KPRF zu den Bürgerinitiativen, fällt ihr sehr unterschiedlicher Zugang und Umgang auf. Die Kommunisten vertrauen auf traditionelle ideologisch geprägte Aktionsformen, zu der Bürger hinzukommen, wenn die Interessen übereinstimmen. Wo immer sie sich für den Erhalt von Kulturdenkmälern einsetzten, ging es vorrangig um Lenin-Denkmäler (z. B. in St. Petersburg, wo das Denkmal vor dem Finnischen Bahnhof durch eine Explosion beschädigt worden war, außerdem in Tula, in Belgorod und anderen Orten) und im Gebiet Pensa um ein Marx-Denkmal.

Mit ihren Aktionen verfolgt die KPRF das Ziel, ihre Opposition zum politischen System zu festigen und zu demonstrieren, dass es eine kommunistische Alternative zu ihm gibt. Die Bürgerinitiativen werden für dieses Ziel eingespannt.

Die Partei »Jabloko« klinkt sich in bereits existierende oder gerade entstehende Formen des Bürgerprotestes ein, akzeptiert dessen Erfordernisse und bemüht sich darum, der Protestbewegung zu helfen und sie zu stabilisieren.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die eingangs erwähnten Hoffnungen auf eine »Protestwelle des Volkes« als Folge der Krise sich nicht bestätigt haben. Und dennoch sollte man das gewachsene

89 Siehe: <<http://www.mosyabloko.ru/archives/date/2009/08>>.

90 Gorod, udobnyj dlja žizni. M. – RODP «JaBLOKO», 2009. S. 40.

91 Siehe Mitrochin, S.: Moskve nužny peremeny! M. – RODP «JaBLOKO», 2010. S. 57.

92 <<http://www.kprf.ru/>>.

93 In einer beträchtlichen Zahl der erfassten Fälle ist die KPRF überhaupt nicht erwähnt, in anderen wird die Teilnahme eines KPRF-Vertreter oder eine spätere Erklärung (z. B. förmliche Anfrage eines KPRF-Abgeordneten an offizieller Stelle) angegeben.

Engagement von Gruppen registrieren, in denen Soziologen und Politologen die Keime einer sogenannten Mittelklasse in Moskau und den großen Städten sehen, sowie deren Bereitschaft, mit der Opposition zur Verteidigung ihrer Rechte und Interessen zusammenzuarbeiten.

#### 4.3. Nach der Krise: die Politisierung des Protestes und die Reaktion der Staatsmacht

Die Hauptentwicklungstendenzen nach dem – relativ betrachteten – Ende der Krise im Jahr 2010 lassen sich folgendermaßen charakterisieren: Die Zahl der Protestaktionen nimmt weiterhin zu, wobei viele als Serien geplant werden und politischere Formen annehmen; die Protestierenden entwickeln neue Strategien, es kommt häufiger zu Gewaltanwendung während der Aktionen, auch seitens der Bürger.

Die Reaktionen der verantwortlichen staatlichen Instanzen sind sehr heterogen und demonstrieren das Fehlen einer Strategie gegenüber Zivilgesellschaft und Opposition wie auch zur Frage der Weiterentwicklung des Landes insgesamt.

Die Aktionen mit dem größten Echo, die von den politischen Instanzen nicht ignoriert werden konnten, waren:

- Massenkundgebungen mit Tausenden von Teilnehmern in Kaliningrad, die die Absetzung des Gouverneurs Georgi Boos forderten, der daraufhin vom Präsidenten im August 2010 nicht mehr in die Liste der zur erneuten Ernennung anstehenden Amtsträger aufgenommen wurde;
- der fortgesetzte vielseitige Kampf, u. a. mit nicht genehmigten Aktionen, gegen den Bau des Gasprom-Wolkenkratzers im Zentrum von St. Petersburg, der zum Verzicht auf dieses Vorhaben führte;
- der Kampf gegen die Baumfällaktionen im Waldgebiet von Chimki für den Bau der Fernstraße Moskau – St. Petersburg, worauf der Präsident am 25. August 2010 den Baustopp verfügte, der jedoch Ende des Jahres wieder aufgehoben wurde.

An allen diesen Kampagnen waren unterschiedliche politische Kräfte beteiligt. In Kaliningrad setzten sich alle Parteien ein, von der KPRF bis zu den »Patrioten Russlands«, »Jabloko« und »Solidarität«, mit Ausnahme von »Einiges Russland«. Gegen den Gasprom-Wolkenkratzer kämpften neben Bürgerorganisationen und Initiativen »Jabloko«, »Solidarität«, AntiFa, NBP und andere. Für das Waldgebiet von Chimki kämpften nicht nur Umweltschützer, sondern auch »Jabloko« und die AKM/Linksfront von Udaltsov, und unmittelbar vor der Entscheidung wurde eine Kundgebung mit »Gerechte Sache« und der »Bewegung gegen illegale Einwanderung« (DPNI) angekündigt; selbst »Einiges Russland« sprach sich am Vorabend der Präsidentenentscheidung für den Stopp der Abholzung aus.

Zu den weniger bekannten Ereignissen gehören der von der Moskauer Stadtführung im Winter 2010 verfügte Abrissstopp für angeblich ungenehmigt gebaute Häuser in der Datschensiedlung »Retschnik« sowie erhebliche Ausgleichszahlungen an die Familien umgekommener Bergleute nach dem Bergwerksunglück von Meshdureschensk. Im letzteren Fall wurden die Forderungen und im erstgenannten die Aktionen von verschiedenen politischen Kräften unterstützt.

Ungeachtet des Nachgebens in Einzelfällen haben die staatlichen Instanzen die Regelungen verschärft und Protestäußerungen fast unmöglich gemacht; die Verschärfung betraf sowohl den formellen Rahmen als auch die Praxis von Polizei und OMON. Die Ergänzungen zum FSB-Gesetz wurden fast unbemerkt verabschiedet, obwohl Menschenrechtler und »Jabloko« eine Kampagne gegen sie führten. Dasselbe gilt für verschärfte Gesetze, die es praktisch unmöglich machen, in Protestaktionen das eigene Auto zu benutzen, womit auf den »automobilen Protest« der Gruppe »Blaue Eimerchen« reagiert wurde.

Das Auftreten der Miliz und die Urteile gegen Aktivisten werden zunehmend härter; gewaltsame Maßnahmen trafen bereits die Teilnehmer der »Strategie 31«. Von Geldstrafen sind die Richter inzwischen zu Formen des Gewahrsams (möglich bis zu 15 Tagen) übergegangen, oft genug unter absurden Vorwänden.<sup>94</sup>

Je stärker der Druck, umso aktiver widersetzt sich die Gesellschaft. Eine Rolle spielten in der jüngeren Vergangenheit auch Skandale, die den Ruf des Innenministeriums beschädigten, etwa der Fall des amoklaufenden Polizisten Denis Jewsjukow, der in einem Laden mehrere Menschen erschoss, oder die Internet-Veröffentlichungen des Polizisten Alexei Dymowski und seiner »Nachfolger«. Dymowski enthüllte in Blogs Interna zu zahlreichen Gesetzesverletzungen und zur Korruption im Innenministerium und wandte sich mit einer offenen Videobotschaft an Ministerpräsident Putin und an Russlands Polizeioffiziere. Überhaupt wird das Vorgehen der Polizei kontinuierlich in der Blogosphäre diskutiert. Berücksichtigt man außerdem die zum 1. April 2011 in Kraft getretene Polizeireform, dann wundert man sich kaum noch über das fast unkalkulierbare und oft völlig inadäquate Verhalten der Polizisten bei Massenprotesten.

Neu sind im Jahr 2010 die sich häufenden gewaltsamen Aktionen von Bürgerseite, z. B. der Überfall auf die Stadtverwaltung von Chimki durch die AntiFa oder die Zusammenstöße mit den OMON bei einer Gleisblockade in Meshduretschensk, die Prügeleien zwischen Einwohnern und Polizei in Imeretien und Ausschreitungen von Fußballfans auf dem Moskauer Manegeplatz.

Weiterhin verstärkt sich die Tendenz, Aktionen in der Blogosphäre vorzubereiten; Flash-mobs und kreative Aktionen werden populär; Aktionskonzepte arbeiten mit einer bestimmte Symbolik und dem Prinzip der Serie. Am bekanntesten ist die von Ljudmila Alexejewa und Eduard Limonow initiierte »Strategie 31« zur Verteidigung des Verfassungsartikels 31 mit ihren Kundgebungen, die von Ende 2009 bis November 2010 verboten waren und dennoch an jedem 31. Kalendertag auf dem Moskauer Triumphplatz und in anderen Städten durchgeführt wurden. Erwähnung verdienen auch der »Tag des Zorns« von Sergei Udaltow, an dem der politischen Führung und in erster Linie dem [ehemaligen] Moskauer Bürgermeister Juri Lushkow die »schwarze Karte« gezeigt wurde, sowie die vielsagenden Orangen bei Aktionen in Kaliningrad und die blauen Kindereimerchen in den Aktionen gegen inflationäre Blaulichtfahrten von Staatsbeamteten.

Immer häufiger treten die Teilnehmer an Bürgeraktionen nicht nur mit begrenzten lokalen Forderungen zur Wohnsituation oder zu ökologischen Problemen auf, sondern mit politischen Losungen. So forderten die regelmäßig bei Moskau demonstrierenden betrogenen Anteilseigner an Wohneigentum im Mai 2010 »Das Moskauer Gebiet ohne [Gouverneur] Gromow!«. In Jekaterinburg forderten im April 2010 bei Kundgebungen gegen Verteuerung der kommunalen Dienstleistungen die Versammelten die Ablösung des Bürgermeisters. Im Oktober trugen Teilnehmer einer Kundgebung in Irkutsk die Losung »Den Bürgermeister hinter Gitter!«. In Klin bei Moskau las man im September die Losungen »In der Verwaltung sitzen Diebe!« und »Postrigan, den Landrat des Kliner Landkreises, vor Gericht!«. Nicht verschont von der Kritik wurde die herrschende Partei; im Mai hieß es in Ust-Katschka im Gebiet Perm: »Einiges Russland – einig gegen alle!« und in Archangelsk im März: »Einheitsfront gegen Einiges Russland!«.

Die Analyse der Webseiten liefert also konkrete Belege für dafür, dass sich das Protestverhalten der Bürger zu Fragen der Ökologie und der Wohnsituation zwischen September 2009 und August 2010 in wesentlichen Punkten verändert hat; dies betrifft die Zahl der Teilnehmer, die Protestformen, die territoriale Verteilung und die Reaktionen »von oben«.

Erstens hat die Anzahl von Aktionen zugenommen, verzeichnet wurden im genannten Zeitraum 425. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein Teil von ihnen nicht etwa singuläre Kundgebungen oder Mahnwachen waren, sondern gesellschaftliche Kampagnen in verschiedensten Regionen, die bereits eine eigene Geschichte hartnäckigen Widerstands haben. Die Zahl der Aktionen zur Ökologie wuchs auf 150 und erhielt die größte Resonanz in der Gesellschaft. Zu den schon genannten »städtischen« Themen

94 Beispielsweise der Gewahrsam der »Solidarität«-Vertreter Lew Ponomarjow oder besonders M. Schneider im August 2010, für das Tragen der Fahne Russlands über den Arbat.

kamen Proteste gegen unbewohnbare Behausungen und gegen das Abschalten von heißem Wasser und Strom. Das Thema Bebauungsverdichtung verlor jedoch aufgrund der geringeren Bautätigkeit während der Krise an Bedeutung.

Weitere Regionen wurden von den Protesten erfasst, Aktionen wurden in 50 Regionen dokumentiert und nicht mehr nur in den regionalen Zentren, sondern auch in kleinen und mittleren Städten. Gegen Preiserhöhungen bei kommunalen Dienstleistungen und für den Erhalt von Wohnrechten gab es Kundgebungen und Mahnwachen unter anderem in Nowokujbyschewsk im Gebiet Samara, in Sterlitamak in Tatarstan, in Surgut und der Siedlung Solnetschny im Gebiet Tjumen, in Angarsk und Listwjanka im Irkutsker Gebiet, in Boksitogorsk im Leningrader Gebiet, in Atschinsk im Krasnojarsker Land, in Nowoaltaisk im Gebiet Altai und in der Stadt Schachty im Rostower Gebiet. Die meisten Proteste verzeichneten neben Moskau und St. Petersburg das Moskauer Gebiet, die Gebiete Rostow, Swerdlowsk, Irkutsk, Nowosibirsk, Samara, Astrachan und das Krasnojarsker Land.

Aktionen betrogener Anteilseigner an Wohneigentum gab es wiederholt in Samara, Krasnodar, Barnaul, Omsk, Woronesh, Tjumen, Jaroslawl, Tscheljabinsk und Wolgograd. Am zielgerichtetsten und mit ständig neuen Aktionsformen kämpften sie im Rostower und im Moskauer Gebiet. In Rostow schlossen sich die Leidensgenossen aus Stadt und Gebiet zusammen und organisierten 15 Aktionen, darunter Mahnwachen, Kundgebungen, Umzüge, Straßentheater und Autoralleys. Noch aktiver, einfallsreicher und härter als vorher wurden in ihrem Widerstand die Vertreter aus dem Moskauer Gebiet, die ihre Aktionen nicht lokal begrenzten, sondern mit ihnen auch direkt in die Stadt gingen, in gleichen T-Shirts über den Roten Platz spazierten, sich an den Zaun der Duma und des Föderationsrates anschweißen ließen oder Straßen absperrten.

Ungeachtet der sich ausdifferenzierenden Widerstandsformen dominieren Kundgebungen (120) und Mahnwachen (89), gegenüber etwa 10 Spontanversammlungen sowie Hungerstreiks, Theateraktionen, Zeltstädten, Autoralleys, Fahrradrennen und »Belagerungen« von lokalen Verwaltungen wie auch von Privathäusern von Bürgermeistern. Außerdem wurden öffentlich in Massenaktionen Forderungen an verschiedene Adressaten, von Bürgermeistern bis zur Regierung, übergeben, wurden Baustellen »überfallen«, Bauzäune abgeräumt und Baustellen blockiert und Prügeleien mit den privaten Wachdiensten und der Polizei nicht gescheut. Die Anwohner der Imeretischen Niederung, deren Häuser olympischen Bauvorhaben weichen sollen, verteidigen diese, indem sie einen Monat lang in den Hungerstreik gehen, sich vor die Bulldozer legen und mit den privaten Wachdiensten anlegen. Dasselbe gilt für den organisierten Widerstand gegen den Abriss von Häusern in der Siedlung Retschnik in Moskau; die Bewohner bauen Barrikaden und drohen damit, sich selbst anzuzünden oder Waffen einzusetzen.

Auffällig ist die wachsende Zahl von Fällen, in denen die Bürger durchaus gewaltbereit sind, noch dazu in großen Gruppen. Gestiegen ist insgesamt die Zahl der Festnahmen und Misshandlungen durch die Polizei, was früher eher für Moskau galt, und der Überfälle unbekannter Personen auf Aktivisten; genannt werden sollen hier nur die Fälle der Redakteurin der St. Petersburger Zeitschrift »Vorsitzender einer Eigentümergenossenschaft«, Swetlana Bekembajewa, der Vorsitzenden des Komitees zur Verteidigung von Parzelleninhabern, Alexandra Ilina, in Ishewsk und das Attentat auf die Menschenrechtlerin Almira Shukowa in Ufa.

Im Juli 2010 ging die Miliz unbarmherzig gegen die Bewohner der Zeltstädte zum Schutz des Waldgebiets von Chimki und des Jaltaer Parks im Gebiet Krasnodar vor, im Mai sogar gegen die Teilnehmer eines Hungerstreiks in Archangelsk gegen die Gebührenerhöhung bei kommunalen Dienstleistungen. Neben der Polizei sind auch die großen Bauunternehmer und die ihnen unterstellten privaten Wachdienste gewaltbereit. Als Reaktion auf die nicht enden wollenden Aktionen in Moskau gegen den Bau des Geschäftskomplexes »ABC des Geschmacks« blockierten dessen Besitzer 300 Anwohner in ihren Hauseingängen und ließen sie nicht heraus.



Verschiedene Aktionsformen werden von ihren Teilnehmern in militärischer Terminologie charakterisiert: »Feldzug zur Verwaltung«, »Verteidigung der Kadaschi«<sup>95</sup> in Moskau, »Belagerung« der Häuser von Verantwortlichen, »Blockaden« von Zugängen zu Verwaltungsgebäuden (u. a. Moskau, Tutajew im Gebiet Jaroslawl).

Da sich bestimmte Aktionen und Kampagnen besonders in Moskau und St. Petersburg regelmäßig wiederholen, lässt sich ihre genaue Zahl nicht feststellen, wohl aber die wachsende Teilnehmerzahl. Während in der vorangegangenen Periode die Teilnehmer nach einigen Dutzend und im besten Fall nach einigen Hundert gezählt wurden, finden sich 2010 durchaus viele hundert und sogar einige tausend zusammen, vor allem bei ökologischen Protestaktionen.

Die Umweltschützer, die sich nicht nur auf ihre eigene, sondern auch auf die Erfahrung ihrer westlichen Kollegen stützen können, nutzen öfter Theateraktionen und haben spezifische Formen wie das Auspflanzen von Baumsetzlingen, die Markierung von Stämmen, das Zuschütten von Baugruben und das Blockieren von Baumfällaktionen entwickelt. Internationalen Aktionen haben sie die Blockade von Eingängen und Gebäuden sowie das Sich-Anschweißen in Handschellen abgesehen. Vieles hiervon wird inzwischen auch von anderen Bewegungen übernommen. Im Oktober 2009 trugen die Opfer von Bränden verkohlte Bretter zur Verwaltung in Samara, die Nowosibirsker Führung erhielt von betrogenen Anteilseignern einen »Backstein des Protestes« und dort wie schon in Moskau wurden die Baugruben der begonnenen Bauprojekte symbolisch wieder zugeschüttet. In Jekaterinburg wurde ein Totenmahl für ein abgerissenes historisches Gebäude abgehalten.

Bei den umweltbezogenen Protesten wird dennoch überwiegend von traditionellen Formen wie Kundgebungen (37) und Mahnwachen (68) berichtet. Hier sieht man deutlicher als bei den Protesten zur Wohnsituation die Entwicklung von kleinen Anfängen wie Mahnwachen von Einzelpersonen über Unterschriftensammlungen und Theateraktionen hin zu Massenkundgebungen und härteren Widerstandsformen.

### **Mobilisierungspotentiale**

Es gibt zwei Typen von Mobilisierung: zum einen von grünen Organisationen initiierte überregionale Aktionen oder Reihen von Aktionen, etwa zum Schutz des Baikalsees und des Naturschutzgebiets Utrisch, gegen die Einfuhr von Atommüll und für den Tierschutz. Die zweite Richtung der Proteste betrifft schädliche Emissionen aus konkreten Produktionsbetrieben oder die Vernichtung von Grünflächen und entsteht »von unten«; sie hat ein erheblich größeres Mobilisierungspotential. In manchen Fällen kommen beide Richtungen zusammen.

In der Nachkrisenzeit gab es Umweltschutzaktionen in 36 Regionen, die sich in ihrer Reichweite erheblich unterschieden. Zum einen handelt es sich um sehr spezielle kleine Mahnwachen und Straßentheateraktionen für den Tierschutz, gepaart mit Protesten gegen Wanderzirkusse und mobile Tierschauen in Moskau, St. Petersburg, Petrosawodsk, Tscheljabinsk und Murmansk. Solche Aktionen werden durchaus bemerkt, vor allem wenn sie mit theatralischen Mitteln arbeiten (in Pelz gekleidete Mädchen in Käfigen, Teilnehmer in Tierkostümen usw.), erregen aber keine gesellschaftliche Aufmerksamkeit und mobilisieren keine weiteren Teilnehmer.

Ein großes Mobilisierungspotential hat der Schutz von Objekten, die als wertvoll für die Allgemeinheit eingeschätzt werden; dasselbe gilt für den Aktionen zu den Themen Import von Atommüll, Bau von konkreten Atomkraftwerken sowie Schutz des Baikalsees und des Utrisch-Gebiets, vor allem in direkt betroffenen Städten und Siedlungen. Entsprechend beteiligten sich im März 2010 an Kundgebungen in Irkutsk für den Schutz des Baikal etwa 3.000 Personen, die »Ökologische Baikalwelle« wird von einer Reihe von Bürgerorganisationen mit eigentlich anderen Zielsetzungen (z. B. TIGR) unterstützt. Im Gebiet Krasnodar gib es ebenfalls viele Aktionen zum Schutz von Utrisch.<sup>96</sup>

95 Gemeint ist die Moskauer Kirche in den Kadaschi im bereits lang andauernden Konflikt zwischen der Gemeinde, der Öffentlichkeit und Bauinvestoren.

96 An diesen Aktionen nahm regelmäßig der Vorsitzende von »Jabloko«, Sergei Mitrochin, teil, organisiert wurden



Ein dritter Themenkomplex für Proteste mit hohem Mobilisierungspotential betrifft die massive Umweltverschmutzung. In Abakan in Chakassien protestierten im Juni 2010 5.000 Personen gegen den Bau einer Siliziumfabrik. In der Siedlung Slawjanka an der Pazifikküste gingen im März 2.000 Menschen gegen eine schädliche Industrieanlage und ihre Emissionen auf die Straße. In Tuapse protestierten zwischen 2.000 und 3.000 Personen auf einer Kundgebung und mit einer unangemeldeter Demonstration bei verschiedenen Aktionen gegen den Bau des Umschlagpunktes für chemischen Dünger. An vielen Aktionen nimmt eine große Zahl von oppositionellen Kräften einschließlich KPRF und »Jabloko« teil. Wie schon erwähnt, geht dies aus der Dokumentation des IKD nicht hervor; die Rolle der Parteien bei der Organisation von Bürgeraktionen wird weiter unten dargestellt.

Nach wie vor fand die Mehrzahl der Umweltschutzaktionen in Moskau statt. An zweiter Stelle stand St. Petersburg, wo es zusätzlich einen gemeinsamen Kampf vieler unterschiedlicher Gruppen gegen den Gasprom-Wolkenkratzer und für den Erhalt der innenstädtischen »grünen Inseln« und der historischen Denkmäler gab. Initiatoren waren in vielen Fällen die Organisationen »Lebendige Stadt«, »Ochtinskaja duga« und »Juntolowo retten«.<sup>97</sup>

Beim Vergleich der Aktionen in Moskau (2009/2010) mit denen in den vorangegangenen 12 Monaten (2008/2009) ist nach Angaben des IKD in den Bereichen Wohnsituation und Ökologie ein gewisser Anstieg (144)<sup>98</sup> bei gleichzeitiger Akzentverschiebung zu verzeichnen. Wie schon erwähnt, wurde die Bebauungsverdichtung während der Krise fast vollständig eingestellt, damit entfielen auch die entsprechenden Aktionen. Stattdessen rückten die betrogenen Anteilseigner (22) sowie der Schutz historischer Gebäude und der natürlichen Umgebung in den Mittelpunkt.

Es fällt auf, dass die Bürger von der Verteidigung persönlicher Interessen zur Verteidigung allgemeiner, nicht nur infrastrukturell, sondern auch national bedeutender Werte und Güter übergehen (Chimki, Utrisch, Baikal, Kadaschi).

### Parteien und Bürgerprotest

In dieser Zeit intensivierte sich auch das Engagement von Parteien und politischen Bewegungen zu Fragen der ökologischen Rechte der Bevölkerung und der Wohnbedingungen. In Moskau setzte sich »Jabloko« neben seinen politischen Kampagnen (gegen die Gesetzesänderungen zum FSB, für eine Berufsarmee; partikular auch für die Rechte pensionierter Armeeangehöriger) weiter für die Rechte der Einwohner der Stadt ein, meistens gemeinsam mit den Betroffenen und mit Bürgerinitiativen: gegen das Bauprojekt der Fa. Fobos und den damit verbundenen Abriss historischer Gebäude im Stadtteil Presnja, gegen die schon erwähnten Bauvorhaben der Fa. »ABC des Geschmacks« und gegen den Abriss des Diakonshauses im Stadtteil »Kadaschi«. Behindert wurden der Abriss von Häusern in der Siedlung »Retschnik« und der Bau von Müllverbrennungsanlagen. Zugleich unterstützte »Jabloko« Bürger in den damit einhergehenden Gerichtsverfahren und wandte sich mit den Bürgerforderungen an die Stadtverwaltung. Zu dieser Zeit beteiligte sich die Partei auch an der Verteidigung des Waldgebiets von Chimki.

14 Aktionen von »Jabloko« behandelten ökologische Themen von lokaler wie auch überregionaler Bedeutung, 38 Aktionen unterstützten die Bürger bei der Lösung sog. »städtischer« Probleme. Dabei geht es immer öfter um die schon beschriebenen nicht-traditionellen Aktionsformen. Die Miliz reagiert hier härter und öfter mit Festnahmen. Allein bei solch unkonventionellen Aktionen wurden acht Mal Teilnehmer festgenommen, in der Regel ganze Gruppen.<sup>99</sup>

---

sie vom »Jabloko«-Mitglied Andrei Rudomacha in der Bewegung »Umweltwacht des Nordkaukasus«; beide Informationen fehlen auf der Webseite des IKD.

97 In diesen Bewegungen arbeiten führende Vertreter der regionalen und der föderalen »Jabloko«-Ebene mit.

98 Da zeitlich andauernde Widerstandsaktionen wie in »Retschnik« oder während der Existenz der Zeltstadt in Chimki jeweils als ein Ereignis gezählt wurden, war der das Protestengagement der Bürger in dieser Zeit erheblich höher als im Jahr zuvor.

99 Die Gesamtzahl der Festnahmen, vor allem durch die Kampagne gegen das FSB-Gesetz, ist um einiges höher.

Abb. 3: Galina Michaleva führt eine einsame Mahnwache vor der Staatsduma gegen die Erweiterung der Vollmachten für den FSB durch, die mit einer Verhaftung (und Geldstrafe) endete. Der Text auf dem Plakat lautet: »Das Gesetz für vorbeugende Maßnahmen gegen den Extremismus – die Tschekisten sind dafür«.



Quelle: Pressedienst der Vereinigten Demokratischen Partei Russlands »Jabloko«

Umweltschutzzaktionen führt »Jabloko« gemeinsam mit anderen Umweltschutzgruppen durch oder schließt sich an. Mit Aktionen zum Thema Wohnsituation reagiert die Partei auf Bedürfnisse der Bürger und ist selbst der Organisator. In der hier zur Debatte stehenden Zeit wurden erste Erfolge der Kampagnen in diesen Fragen sichtbar, auch infolge der geschwächten Position des damaligen Moskauer Bürgermeisters Lushkow. Die Moskauer Stadtregierung hat auf den Bau von 17 sogenannten »Volksgaragen« sowie des Einkaufszentrums »Eurasia« im Stadtteil Tjoply stan verzichtet, den Abriss von

historischen Häusern auf der Klimaschkin-Straße und das Abholzen des Apfelgartens in Birjulewo unterbunden. Nach dem Abrisstopp von Häusern in der Siedlung »Retschnik« erhielt »Jabloko« von deren Bewohnern eine Ehrenurkunde. In den Augen dieser Partei gehören zu den wichtigsten Ergebnissen ihrer Arbeit im Jahr 2010<sup>100</sup> außerdem der Verzicht der Stadtregierung auf sieben Müllverbrennungsanlagen in Moskau und auf den Gasprom-Wolkenkratzer in St. Petersburg.<sup>101</sup>

Währenddessen behielt die KPRF ihre Taktik landesweiter Aktionen mit je einer bestimmten Losung oder zu traditionellen sowjetischen Feiertagen wie dem 23. Februar (Tag der Sowjetarmee), dem 1. Mai, dem 7. November oder Lenins Geburtstag bei. Zu ersterem Typ gehörten Aktionen zur Stümperhaftigkeit des herrschenden Regimes (September 2009), gegen gestiegene Wohnentgelte (Januar 2010) und zur Unterstützung der in der Landwirtschaft Beschäftigten (August 2010).

Jeden Monat verzeichnet die Webseite der KPRF verschiedene überregionale oder landesweite Veranstaltungen, an denen jedoch nicht immer die Kommunisten selbst beteiligt sind. Doch die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit und Wahlkampf des ZK der KPRF fasst ihre regelmäßigen Übersichten über politische Ereignisse nach dem Motto »Die KPRF führt den Protest des Volkes an«<sup>102</sup> und »berechnete« beispielsweise für den November 2009 (außer den Aktionen zum 7. 11.) 110 verschiedenartige Protestaktionen. Für den Januar 2010 kam sie auf 133, eingeschlossen die eigene Aktion der KPRF gegen die hilflose Antikrisenpolitik der Regierung, wachsende Arbeitslosigkeit und verteuerte kommunale Dienstleistungen; weitere Themen waren Bebauungsverdichtung, betrogene Anteilseigner an Wohnungseigentum und der Kampf um Arbeiterrechte; gezählt wurden 60.000 Teilnehmer in 52 Regionen. Im Februar 2010 wurden 300 Aktionen in 76 Regionen mit 140.000 Teilnehmern verzeichnet, von den 100.000 auf den Ehrentag der Roten Armee entfielen; die anderen Themen waren dieselben wie im Januar. Im März 2010 wurden 243 Aktionen in 74 Regionen mit 190.000 Teilnehmern (dieselben Themen wie vorher). Im Mai kamen 600 Aktionen mit 800.000 Teilnehmern zusammen, wobei die meisten am 1. und am

100 Siehe: 20 del »JaBLOKA« v 10 godu: <<http://www.yabloko.ru/news/2010/12/29>>.

101 Siehe hierzu auch den Anhang mit Fotos von Aktionen der Partei »Jabloko« im Jahr 2011.

102 Siehe: Monitoringi protestnoj aktivnosti v ežemesjačnych razdelach sajta KPRF »Akcii protesta«: <<http://kprf.ru/actions/>>.

9. Mai (Tag des Sieges) gezählt wurden; zu den schon genannten ständigen Themen gesellte sich die Unterstützung der Bergleute im Kusbass nach dem Unglück in Meshduretschensk.

Diese Angaben müssen kritisch hinterfragt werden. Sie führen nicht an, welche Aktionen von der KPRF organisiert wurden und nicht einmal, an welchen sie als Partei teilnahm. Zudem wird nur ein kleiner Teil der in den Übersichten gezählten Aktionen auf der Webseite überhaupt einzeln aufgeführt. Außerdem sind einige Aktionen den Kommunisten zugeschrieben worden, mit denen sie wenig zu tun hatten und an denen sie zum Teil nicht einmal teilnahmen (im Februar 2010: Proteste in »Retschnik« und Kundgebungen gegen Atommüll-Importe, die von Umweltschutzgruppen organisiert wurden; im Mai 2010: Proteste im Moskauer Stadtgebiet Kadaschi).

Diese Tendenz wird besonders deutlich, wenn man die Moskauer Beispiele auf der KPRF-Webseite untersucht: Für den infrage kommenden Zeitraum verzeichnet sie lediglich sechs Aktionen zu Wohnsituations- und Umweltfragen, darunter je eine Kundgebung in Otradnoje und Nowo-Peredelkino gegen gestiegene Kommunalkosten und gegen die Regierung Lushkow, Proteste gegen die Einrichtung »neuer Tscherkisow-Märkte« (nach dem der ursprüngliche geschlossen worden war) in Ljublino, zum selben Thema den Hungerstreik der für die lokale Selbstverwaltung kandidierenden Alewtina Darina sowie die Unterstützung betrogener Anteilseigner.

Die Strategien der beiden Oppositionsparteien haben sich also nicht verändert. Für die KPRF steht die traditionelle politische Arbeit im ideologischen Bereich voran; sie beteiligt sich nur sehr wenig an Bürgerprotesten. Als Parlamentspartei mit Zugang zu den Massenmedien und beträchtlichen Ressourcen, einem überlieferten Netz von Anhängern und befreundeten Organisationen hat sie anscheinend weniger Interesse an der Arbeit mit den neuen Bürgerbewegungen. »Jabloko« muss anders vorgehen; die Partei nimmt nicht nur an den Bürgerprotesten teil, sondern kann auf lokaler Ebene auch Erfolge bei der Verteidigung von Bürgerinteressen verzeichnen.

Neben den Oppositionsparteien gibt es noch weitere Organisationen, die aktiv mit Bürgerbewegungen zusammenarbeiten. Ein Spezialist für Proteste zu Wohnsituations- und Umweltfragen und vor allem für radikale Formen wie Blockaden, Straßensperren ist Sergei Udaltow. An den Aktionen zum Schutz des Waldes von Chimki nahmen regelmäßig AntiFa, »Solidarität« und »Linksfront« teil.

Zum Ende des Jahres 2010 zeigen sich Veränderungen in der politischen Entwicklung des Landes in Form eines Übergangs vom Monozentrismus zu einer Art politischer, wenn auch in erheblichem Maß simulierter Differenzierung bei gleichzeitiger Formierung einer gesellschaftlich und politisch aktiven Minderheit.<sup>103</sup> In dieser Situation wachsen unter bestimmten Bedingungen für die Bürgerproteste die Chancen, auch Erfolge zu erringen. Auf nationaler Ebene stehen dafür so große Projekte wie der verhinderte Bau des Gasprom-Wolkenkratzers in St. Petersburg und die praktische Stilllegung des Zellulosewerks am Baikal, auf lokaler etwa der Abrisstopp von Häusern in »Retschnik«, der Baustopp für bestimmte Büro- und Einkaufszentren sowie »Volksgaragen« und der Erhalt umkämpfter historischer Gebäude. Dafür stehen auch das vorläufige Einfrieren neuer Bauprojekte in Moskau und selbst der vorläufige Baustopp für die Fernstraße durch das Waldgebiet von Chimki.

Die Bereitschaft der politischen Instanzen zum Rückzug hängt mit folgenden Faktoren zusammen:

- dem begrenzten Charakter der Forderungen, die nicht auf die Ablösung des politischen Regimes abzielen, wie dies z. B. »Strategie 31« und »Der Tag der Wut« fordern;
- der Möglichkeit, Entscheidungen ohne überwältigende finanzielle Einbußen zu revidieren;
- einer Interessenlage, die den engeren Kreis um das »Tandem« herum nicht direkt tangiert;
- der Intensität und Ausdauer des Bürgerprotestes.

Aus diesen Gründen fallen den Verantwortlichen Entscheidungen zu den »Volksgaragen« und zu den zum Abholzen freigegebenen Parks relativ leicht und ignorieren sie die Proteste zum Schutz des

103 Siehe hierzu: Zudin, A. Ju.: K «soobščestvu élit»? Transformacija političeskogo režima v Rossii, in: ONS, 2010. Nr. 6, S. 63–80.

Waldgebiets bei Chimki oder die Forderungen nach Freilassung von Michail Chodorkowski. Die Staatsmacht hofft offenbar, mit »Almosen« aktive Bürger ruhigzustellen oder den Protesten ihre Spitze zu nehmen oder aber sie gewaltsam zu unterdrücken, um die Situation vor den nächsten föderalen Wahlen nicht zu verkomplizieren. Denn die wachsenden Proteste bedrohen auch die Stabilität der von diesem Regime geschaffenen Vertikale der Macht. Der Machterhalt der Elite setzt die unbestrittene Mehrheit der herrschenden Partei bei den Wahlen von 2011 und maximale Unterstützung für deren Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen 2012 voraus. Je breiter, zahlreicher und verschiedenartiger die Bürgerproteste ausfallen, umso mehr wird die Legitimität der herrschenden Gruppe in Frage gestellt.

#### 4.4. Anatomie der Gewalteskalation bei Bürgerprotesten: zwei Fälle

Im Folgenden werden zwei Ereignisse der letzten Zeit mit großen protestierenden Menschenmengen, großem Polizeieinsatz und der Anwendung von Gewalt analysiert, die jedoch völlig unterschiedlichen Charakter hatten: der Kampf um das Waldgebiet von Chimki einerseits und Ausschreitungen auf dem Manegeplatz in Moskau als Reaktion auf den gewaltsamen Tod eines jungen Fußballfans andererseits.

##### 4.4.1. *Der Kampf um das Waldgebiet von Chimki: Konsolidierung der Bürgerbewegung um ein Ziel von gesellschaftlicher Relevanz*

Der Kampf gegen den Bau der Fernstraße Moskau – St. Petersburg durch das Waldgebiet bei Chimki erstreckte sich über einige Jahre. Er begann mit Protestaktionen von Bürgern des Ortes, die von Umweltorganisationen unterstützt wurden. Die Planungen für diesen Abschnitt der Schnellstraße begannen bereits 2003<sup>104</sup> und wurden 2006 vom Gouverneur des Moskauer Gebiets, Boris Gromow, ungeachtet der Proteste abgesegnet.

Die erste öffentliche Kundgebung fand im Juni 2007 im Tolstoi-Park mit etwa 200 Personen statt. Danach folgten Unterschriftensammlungen unter Petitionen an die politischen Instanzen, Mahnwachen, weitere Kundgebungen und Straßentheateraktionen. Einer der aktivsten Kämpfer gegen das Schlagen einer breiten Schneise durch den Wald war der Chefredakteur der »Prawda von Chimki«, Michail Beketow. Im November 2008 wurde er von Unbekannten überfallen und zum Krüppel geschlagen. Die Führerin der Bewegung »Schützt das Waldgebiet von Chimki«, Jewgenija Tschirikowa, kandidierte 2009 für das Bürgermeisteramt, unterlag jedoch dem damaligen Amtsinhaber, Wladimir Streletschenko. Die Proteste wurden, wie schon gezeigt, von verschiedenen politischen Parteien und Bewegungen sowie von zahlreichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Kulturschaffenden unterstützt.

In der ersten Hälfte des Jahres 2010 spitzte sich der Konflikt dramatisch zu. Es begann eine Phase aktiven Widerstands, über den auch in den Massenmedien berichtet wurde: Bewohner des Ortes und Aktivisten verschiedener Organisationen stoppten die Baumfällaktion; sie bauten ein Zeltdorf auf und behinderten die Arbeiten, indem sie sich u. a. vor die Bulldozer legten. Dabei mussten sie sich nicht nur gegen die Miliz wehren, sondern auch gegen maskierte Hooligans, die das Zeltdorf verwüsteten. Am Abend des 28. Juli versuchte eine Gruppe von Antifaschisten das Bürgermeisterbüro von Chimki zu überfallen. Etwa 300 junge Leute marschierten durch die Stadt, skandierten Losungen zum Schutz des Waldgebiets, bewarfen die Stadtverwaltung mit Steinen und Feuerwerkskörpern (»Bengalos«), zerschlugen vier Scheiben und verschwanden wieder. Kurz nach dem Überfall begann eine Welle von Hausdurchsuchungen und Festnahmen zuerst bei den Journalisten, die über die Aktion berichtet hatten, dann bei den Antifaschisten. Die AntiFa-Aktivisten Maxim Sokolow und Alexei Gaskarow wurden zwei Monate lang mit der Anschuldigung, Unruhen organisiert zu haben, in Untersuchungshaft festgehalten und kamen erst im Oktober nach einer breiten öffentlichen Kampagne mit zusätzlicher Unterstützung von verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Organisationen frei. Für 2011 wird ein reguläres Strafverfahren gegen die beiden erwartet.

104 Vgl. dazu: Bitwa za Chimkinskij les: <<http://lenta.ru/story/himkiforest/>>.



Am 29. Juli 2010 wurde B. Gromow in die Administration des Präsidenten zum Bericht geladen, und Fachleute sahen darin das Ende seiner politischen Karriere. Doch Gromow und der auch schon »totgesagte« Bürgermeister Streltschenko sind immer noch in ihren Ämtern (Mai 2011). Am 22. August fand im Zentrum von Moskau eine Kundgebung zum Schutz des Waldgebiets mit Rock-Größen wie Juri Schewtschuk, Artemi Troitzki, der Gruppe »Barto« und anderen statt. Die Miliz stoppte die Fahrzeuge mit den Lautsprechern, die Organisatoren wurden festgenommen und das angekündigte Rockkonzert mutierte zum »Hauskonzert« mit 3.000 Zuhörern.

Kurz danach verfügte Präsident Medwedew den Baustopp, während Ministerpräsident Putin erklärte, der Bau sei notwendig. Es wurden öffentliche Anhörungen und ein neues Gutachten bestellt. Die Anhörungen verliefen unter der Kontrolle der Stadtverwaltung, die unter den Einwohnern der Stadt die Befürworter der geplanten Trasse zusammenrief. Darauf folgten weitere Kundgebungen und Mahnwachen. Die Umweltschützer reichten eine Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg ein. Am 14. Dezember wurde offiziell bekanntgegeben, dass die Straße wie geplant durch das Waldgebiet geführt wird, wobei die Verantwortung für den Trassenverlauf dem bereits entlassenen Moskauer Bürgermeister Lushkow zugeschrieben wurde.

Dennoch erreichte die Kampagne einige konkrete Ergebnisse. Die Gasleitung, die die Umweltschützer in der Planung des Trassenverlaufs »entdeckt« hatten, wird an anderer Stelle verlegt; die Schneise durch den Wald wird schmaler sein und auf einen Teil der Einrichtungen entlang der Straße verzichten; die Firma »Teplotechnik«, einer der Auftragnehmer des Baus, hat ihre vor Gericht erhobene Forderung von 6,7 Mio. Rubel an die Aktivisten für erlittenen Schaden durch die Vereitelung der Fällarbeiten zurückgezogen.

Das Hauptergebnis ist jedoch, dass offenbar Zusammenschluss und solidarische Aktionen von aktiven Bürgergruppen, Umweltschützern, verschiedenen Parteien und politischen Bewegungen zugunsten eines allgemein anerkannten Ziels möglich sind, ungeachtet des Widerstands »von oben«, von Festnahmen, Gerichtsurteilen und des Einsatzes von »Kämpfern«. Bemerkenswert ist an diesem Beispiel nicht nur der zivile Ungehorsam, sondern auch die Bereitschaft zu einem gewissen Maß an reaktiver Gewaltanwendung. Diese ist die Reaktion auf unverhältnismäßiges und gesetzwidriges Vorgehen der politischen Instanzen. Zugleich wurden von Umweltschützern und der Mehrheit der Teilnehmer nur begrenzte Forderungen erhoben: neben dem Verzicht auf den Bau der Fernstraße auch die Absetzung von Bürgermeister und Gouverneur.

Die Einsicht in die Möglichkeiten der Mobilisierung und die breite gesellschaftliche Resonanz treiben die Aktivisten der Bewegung einerseits zur Vereinigung der Anstrengungen für den Naturschutz,<sup>105</sup> zum anderen zu weiterem politischem Handeln an, unter anderem zur Teilnahme an den föderalen Wahlkämpfen. In jedem Fall bremst die Entscheidung, den Verlauf der Trasse nicht zu ändern, nicht die Welle öffentlicher Proteste, sondern gibt ihr zusätzliche Nahrung.

#### 4.4.2. *Nationalistische Jugendrevolten: Eskalation von Hass und Gewalt*

Zwei Tag nach dem Totschlag an einem jungen Fan des Fußballclubs »Spartak Moskau«, dem aus Kabardino-Balkarien stammenden, »slawisch aussehenden« Jegor Swiridow, während eines Streits mit zwei Personen kaukasischen Aussehens um ein Taxi blockierten Fußballfans am 8. Dezember für eine halbe Stunde den Lenigrader Prospekt. Drei Tage später, am 11. Dezember, veranstalteten sie eine friedliche Trauerfeier und marschierten zum Manegeplatz. Nach Polizeiberichten prügelten sie sich auf dem Weg mit Polizei-Spezialeinheiten, entzündeten Feuerwerkskörper und skandierten »Russland den Russen!«, worauf mehr als 5.000 Personen ihre Arme zum Hitlergruß hochreckten. Die Miliz ließ die Versammlung geschehen, kesselte sie auf dem Platz ein und nahm die aktivsten Teilnehmer fest. Einige Personen von »nichtrussischem« Aussehen wurden heftig misshandelt. Der Tag endete mit Ver-

105 Auf den jüngsten Umweltschutz-Kundgebungen in verschiedenen Regionen wurden immer auch die Forderungen nach Schutz des Waldgebiets von Chimki, des Utrisch-Gebiets und des Baikal mit erhoben.



folgungsjagden auf sogenannte Kaukasier und mit Prügeleien in der Metro in verschiedenen Stadtteilen von Moskau. 30 Personen kamen zu Schaden, 65 wurden festgenommen.

Ins Auge fiel, dass die Miliz überhaupt nicht auf solche Ereignisse vorbereitet war und keine Mittel wie Wasserwerfer u.ä. einsetzte. Ordnungswidrigkeiten gab es auch später noch, u. a. in der Metro, gegen die jedoch nicht eingeschritten wurde. Stattdessen erklärte Innenminister Raschid Nurgalijew entgegen jeglichem Augenschein, dass sich »linksradikale Jugendliche« unter die Fußballfans gemischt, diese »provoziert und zu Massenschlägereien und zum Widerstand angestachelt hätten«.<sup>106</sup>

Schon am nächsten Tag wurde in den Internet-Foren der Fußballfans und der Nationalisten für den 15. Dezember eine neue Aktion angekündigt. Angeblich wollten die Kaukasier, die sich durch die Prügeleien und nationalistischen Parolen in ihrer Ehre angegriffen sahen, an dem Tag ihrerseits eine Veranstaltung beim Einkaufszentrum »Europa« am Kiewer Bahnhof durchführen. Nach Prognosen der Polizei musste man dort mit bis zu 5.000 Personen von beiden Seiten rechnen. Doch letztlich kamen zum von den Spezialkräften umstellten Einkaufszentrum lediglich nationalistische Schüler. Dafür wurden in einer Reihe von Stadtteilen Personen mit »nichtrussischem« Aussehen von Nationalisten und Fußballfans verprügelt. Gleichzeitig nahm die Miliz massenhaft aus dem Kaukasus stammende Personen fest, die sich in manchen Stadtteilen bei Moscheen versammelt hatten.

Die Reaktionen der verantwortlichen Politiker waren unterschiedlich. Putin traf sich mit Freunden des umgekommenen Swiridow und besuchte dessen Grab. »Ihr sollt dies als Angriff auf euch alle begreifen, unabhängig vom Wohnort, der Nationalität oder der Religionszugehörigkeit«, erklärte der Premierminister den Fußballfans. Er deutete an, dass die Aufenthaltsbedingungen in den großen Städten für Zugereiste verschärft werden könnten. Danach teilte der Chef der Innenbehörde von Moskau, Wladimir Kolokolzew, Überlegungen mit, in der Moskauer Miliz eventuell eine Abteilung für den Kampf gegen das Ethnobanditentum einzurichten, von dem die Nationalisten so viel sprachen. Der Präsident schrieb in seinem Twitter-Blog: »Zur Manege: Im Land und in Moskau ist alles unter Kontrolle. Alle, die Scheiße gebaut haben, werden von uns hören. Alle. Da könnt ihr sicher sein.«<sup>107</sup> Anscheinend hatte das Tandem hier Arbeitsteilung verabredet, um bei der Behandlung des seit langem schwelenden Problems nicht allzu auffällig nur die Position einer Seite zu stützen.

Im Verlauf des Tschetschenienkriegs zu Beginn der 2000er Jahre hatte der Kreml sich dafür entschieden, sich auf Meinungsführer aus dem Kaukasus zu stützen, und ihnen sowohl Gewicht als auch wirtschaftliche und politische Instrumente an die Hand gegeben. Die unkontrollierte Migration von Menschen aus dem Nordkaukasus und die Spannungen zwischen ihnen und denen, die sich als ethnische Russen begriffen, wurden von der Führung des Landes gegenüber Kriegshandlungen und Terrorismus für das kleinere Übel gehalten. Im Laufe der Zeit verbanden sich mit Menschen aus dem Kaukasus Assoziationen wie Lesginka-Tanzen auf dem Manegeplatz, Menschenknäuel in Einkaufszentren, »Abzocken« von Handys, wainachische [Oberbegriff für Tschetschenen und Inguschen; d. Übers.] Autorennen oder freches Verhalten gegenüber allen ethnischen Russen. Die »eingeborene« Bevölkerung reagierte darauf mit der Stigmatisierung »nichteingeborener« ethnischer und religiöser Gruppen, besonders aus dem Kaukasus. Die Zugehörigkeit zu einer »nichtrussischen« Gruppe oder Religion bedeutet mangelnden sozialen Schutz und ein latentes Bedrohtsein sowohl seitens staatlicher Einrichtungen als auch seitens der Bürger. Andererseits wächst in einer atomisierten, zunehmend gewaltbereiten Gesellschaft die Bedeutung der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe (Ethnie, Religion, Ideologie, Fangruppe), weil diese möglicherweise Hilfe und Schutz geben kann. Die Jugend wird angesichts einer fehlenden klaren persönlichen und gesellschaftlichen Perspektive aggressiver, und die sozialen Netzwerke mit ihren Überschneidungen (Fußballfans und Nazis) ermöglichen eine schnelle Mobilisierung.

In den letzten Jahren sind Zusammenstöße mit nationalistischem Hintergrund und sehr vielen Beteiligten zu einem ganz gewöhnlichen Phänomen geworden, das zunehmend häufiger und mit größeren

106 Charitonov, S.: Besporjadki na Manežnoj. <<http://www.utro.ru/articles/2010/12/11/943285.shtml>>.

107 <<http://www.newsru.com/russia/13dec2010/medtwitter.html>>.

Gruppen stattfindet. Dabei stehen nicht nur Russen gegen »Nicht-russen«, sondern auch andere ethnische Gruppen gegeneinander. Die Zahl gewaltbereiter nationalistischer Gruppen im Untergrund ist in der jüngsten Zeit gestiegen.

Das Informationszentrum »Sowa« (zu Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Religionen und politischem Radikalismus in der Gesellschaft Russlands) stellt Folgendes heraus:<sup>108</sup> Straftaten aus nationaler Intoleranz (gegen Nicht-russen und Andersgläubige) nehmen zu. Das Innenministerium qualifizierte als solche 2004 130 Straftaten, 2007 – 460, 2009 – 548, darunter auch Fälle von Mord und Totschlag; in der ersten Hälfte 2010 wurden 90 Überfälle aus aggressiver Fremdenfeindlichkeit verzeichnet, 22 Personen starben, 105 wurden verletzt.

Massenhafte Zusammenstöße aus nationalistischen Gründen (Karelien, Stawropol, Moskauer und Rostower Gebiet) häufen sich. Die größten Auseinandersetzungen gab es in Moskau, und nicht erst seit neuestem. Ohne eine Strategie in der Nationalitätenpolitik und ohne eine Integrationsstrategie für Migranten war der Staat nicht in der Lage, nationalistische Gewaltanwendung zu verhindern. Im Gegenteil, nationalistische Stimmungen sind von den führenden politischen Kräften manchmal unbeabsichtigt, manchmal aber auch bewusst provoziert worden. Im staatlichen Gewaltapparat »liebäugelte« man durchaus mit Fangruppen und Hooligans; offener und latenter Nationalismus und Rassismus sind typisch für die Miliz, die Sonderkommandos OMON und den FSB.

Die für den Kampf gegen den Extremismus eingerichteten Milizabteilungen kämpfen gegen die politische Opposition, nicht aber gegen die radikalen Nationalisten. Laissez-faire und die Unfähigkeit der Staatsmacht, nationalistisch motivierte Gewalteskalation zu verhindern, führen zu Spekulationen darüber, ob die Untätigkeit etwa geplant war oder die Provokationen bewusst herbeigeführt wurden, damit im Fall des Falles alle Massenaktionen verboten werden könnten. Es entsteht der Eindruck, dass anders als die Opposition die Fußballfans und die Nationalisten der derzeitigen Führung »sozial nahestehen«.

Der Sachverhalt, dass schnell eine große Zahl aggressiver, in jedem Moment gewaltbereiter junger Leute, die zudem von ihrer Straflosigkeit überzeugt sind, mobilisiert werden kann, birgt ein riesiges zerstörerisches Potential für den Vielvölkerstaat und stellt eine elementare Gefahr für die Gesellschaft als ganze dar.

---

108 <<http://www.sova-center.ru/racism-xenophobia/publications/>>.



## 5. Mögliche Entwicklungsrichtungen der Beziehungen zwischen der Staatsmacht und der Gesellschaft

Im Jahr 2010 befand sich die Staatsmacht in einer schwierigen Entscheidungssituation. Würde sie auf die Forderungen der Bürger mit einer Liberalisierung antworten, drohte ihr ein Verlust an Macht und Einfluss. Würde sie die »Schrauben weiter anziehen«, könnten unkontrollierbare und möglicherweise gewaltsame Proteste die Folge sein. Die erste Variante wurde öffentlich von dem Medwedew zugeordneten Institut für aktuelle Entwicklung (INSOR)<sup>109</sup> propagiert, sie würde eine Rückkehr demokratischer Institutionen und Normen bedeuten; die zweite vertrat die Putin und der Partei »Einiges Russland« nahestehende Agentur für politische und ökonomische Verbindungen<sup>110</sup>; letztere implizierte eine Rückkehr zu altbekannten Mobilisierungsstrategien, deren sich die Staatsmacht auch heute schon zunehmend bedient.

In autoritären und besonders totalitären Regimen bildet die gezielte, von der politischen Führung in Gang gesetzte und kontrollierte Mobilisierung ein unerlässliches Element der Legitimation. Es demonstriert einerseits die Unterstützung der Führung durch das Volk und andererseits die vollständige Kontrolle über die Bürger, unter Bedingungen, unter denen es weder eine demokratische Legitimation durch faire und freie Wahlen noch eine religiöse in Form einer von Gott gegebenen Monarchie gibt.

Mobilisierung »von oben« funktioniert nach dem Prinzip der Radikalisierung und der Ausweitung der Sphären staatlichen Handelns mit dem Ziel möglichst umfassender Kontrolle. Die ideologische Basis hierfür liefert die Verknüpfung des Schutzes vor äußeren Feinden mit der Notwendigkeit, die inneren Feinde, die den äußeren zuarbeiten (Spione), zu bekämpfen. Je autoritärer ein Regime ist, umso weniger begnügt es sich mit der Unterdrückung von Kritik an staatlichem Handeln und von Widerstand aus der Gesellschaft; es fordert organisierte Liebesbeweise gegenüber der Führung und Demonstrationen des Hasses auf die Feinde.

Mit anderen Worten, die Entwicklungslogik eines autoritären Regimes hin zu einem schärferen Autoritarismus mit totalitären Elementen beinhaltet die endgültige Absage an demokratische Institutionen und die maximale Kontrolle des Staates über sämtliche Lebensbereiche.

Doch eine Mobilisierung, bei der es um die endgültige Unterdrückung der Opposition und die ständige Suche nach dem inneren Feind geht, die mit dem unvermeidlichen Kampf gegen den äußeren Feind motiviert wird, hat ihre wesensbedingten Grenzen.<sup>111</sup> Begrenzt sind ebenfalls ihre propagandistischen Wirkungen, weil die Staatsmacht nicht nur militante Erklärungen vortragen kann, sondern auch Verhandlungen im außen- und innenpolitischen Bereich vorzeigen muss, wodurch das »Weltbild« nicht mehr so simpel gezeichnet werden kann. Wesensbedingte Grenzen und innere wie äußere Barrieren werden im Folgenden diskutiert.

Grenzen des Szenariums der Mobilisierung liegen z. B. darin, dass die Elite gar nicht zu seiner Realisierung bereit und in der Lage ist. Unter Bedingungen einer »manuellen Lenkung«<sup>112</sup>, innerer Konflikte auf den unteren Ebenen der herrschenden Gruppe und eines korrumpierten Repressionsapparats sind umfangreiche Repressionen gar nicht durchführbar. Außerdem wäre dazu eine schlichte und nicht widersprüchliche Ideologie erforderlich, die die Repressionen legitimierte. Das Eurasiertum im Verständnis der Publizisten Alexander Dugin und Alexander Prochanow ist für diese Rolle ungeeignet, Kommunismus und Sozialismus sind dafür in Russland nicht mehr vorstellbar. Den russischen Faschismus

109 Vgl. Fußnote 83 in Abschnitt 4.2.

110 Hierzu z. B.: Nužna li mladencam demokratija, in: Novaja Gazeta 27.08.2010, S. 2.

111 Hierzu z. B.: Jurgens, I. Ju. (Hrsg.): Doklad Instituta sovremennogo razvitija: Demokratija: razvitie rossijskoj modeli, Moskau 2008, <[http://www.insor-russia.ru/files/LowResDemocracy\\_Books\\_final.pdf](http://www.insor-russia.ru/files/LowResDemocracy_Books_final.pdf)>.

112 Regieren mit dem Mittel persönlicher Entscheidungen und je individueller Absprachen anstelle von institutionalisierten Verfahren.

hierfür zu instrumentalisieren fürchtet die Staatsmacht möglicherweise, weil dies in einem Vielvölkerstaat, in dem ein Teil der Elite aus Nichtrussen besteht, gefährlich ist.

Allerdings scheinen die Ereignisse vom Dezember 2010 auf dem Manegeplatz diese Annahme nicht unbedingt zu bestätigen.<sup>113</sup> Bemerkenswert ist die Erklärung des stellvertretenden Leiters der Präsidialadministration unter Putin und Medwedew, Wladislaw Surkow, der als »Demiurg« des derzeitigen politischen Systems gilt und in diesem Fall die oppositionellen Gruppen und Bewegungen beschuldigt, den Fußballfans das Vorbild zu liefern: »Man könnte vermuten, das »liberale« Publikum habe sich der Mode nichtgenehmigter Aktionen verschrieben, und die Nazis und Prolos machen es ihnen nach. Der 11. kommt vom 31.«<sup>114</sup>

Versuche, den Eisernen Vorhang wieder ein bisschen vorzuziehen, könnten von dem Teil der (aktiven Mitglieder der) Gesellschaft sehr negativ aufgenommen werden, für die die persönliche Begegnung mit dem Westen, seien es Tourismus-, akademische oder Geschäftskontakte, einen hohen Stellenwert hat; und dieser Teil ist beträchtlich.

Unter den derzeitigen Bedingungen ist es also sehr schwierig, Mobilisierungsszenarien in reiner Form umzusetzen. Was zurzeit stattfindet, ist die Instrumentalisierung formal demokratischer Institutionen und demokratischer Rhetorik zur Legitimierung des Regimes, wobei erstere zugleich ausgehöhlt werden, sich die Kontrolle maximal verschärft und all dies mit Elementen der Mobilisierung verbunden wird.

Gegen die weitere Verschärfung des Regimes gibt es sowohl äußere als auch innere Barrieren. Die äußeren ergeben sich aus den Beziehungen zur internationalen Gemeinschaft: Will man in deren Augen »anständig aussehen«, muss man den Schein von Wahlen, Parteien, NGOs und kritischen Massenmedien aufrechterhalten. Innere Barrieren ergeben sich aus dem komplexen Charakter des Landes, aus den vielen vertikalen und horizontalen Konflikten und extrem unterschiedlichen Zivilisationsniveaus sowie aus den sozialen Konfliktlinien, deren Kreise sich jederzeit erweitern können. Hinzu kommen latente Konflikte innerhalb der Elite.<sup>115</sup>

Die Tatsache, dass informelle Verabredungen die Entscheidungsvorgänge auf allen Ebenen dominieren und festgeschriebene »Spielregeln« fehlen, macht selbst eine mittelfristige Planung fast unmöglich. Für alle Konfliktlinien gibt es lediglich einen dämpfenden Faktor: Putin selbst (plus Medwedew), deren Handeln durch ihre gesellschaftliche Unterstützung legitimiert ist. Wobei »Signale« von oben durchaus nicht eindeutig sind und unterschiedlich aufgefasst und behandelt werden können; genau dies passiert auch, ungeachtet dessen, dass die regionalen und lokalen Bürokratien sie als Handlungsanweisungen verstehen. Die Resultate widersprechen dabei manchmal den Erwartungen.

Die derzeitige Entwicklungslogik des Regimes zielt auf eine fast totale Kontrolle der Massenmedien einschließlich des Internets. Als oppositionell bekannte Journalisten werden aus den wichtigen Medien herausgedrängt. Auf ständig neue Weise wird versucht, das Internet zu kontrollieren. Zugleich ist die vollständige Kontrolle über die Massenmedien unter den derzeitigen Bedingungen der Informationsgesellschaft und angesichts der spezifischen Funktionsweise des Internets eine nicht zu lösende Aufgabe.

Die Hauptanstrengungen der Propaganda richten sich auf die größten Fernsehsender. Gleichzeitig werden oppositionelle Medien mit einem begrenzten Sendegebiet oder kleinen Auflagen (Rundfunk »Moskauer Echo«, »Neue Zeitung«) sowie oppositionelle Internet-Ressourcen geduldet, vermutlich in der Annahme, dass ihr kritisches Potential quantitativ nicht ins Gewicht fällt.

113 Siehe Abschnitt 4.4.2, S. 49/50.

114 Leskov, S./ Sadčikov, A.: Vladislav Surkov: Genii vseгда v men'sinstve, in: Izvestija, 15.01.2010. <<http://www.izvestia.ru/politic/article3149592/>>.

115 Zu Konflikten, die mit der territorialen Gliederung des Landes und der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung zusammenhängen, vgl.: Zacharov, A.: Imperskij federalizm, in: NZ 2008. Nr. 3. S. 65–83; Tiškov, V.A.: Zabyt' o nacii (Postnacionalističeskoe ponimanie nacionalizma), in: Voprosy filosofii. 1998. Nr. 9, S. 3–26.



Doch auch wenn das Internet sich außerhalb der Kontrollzone bewegt, erfordert seine Nutzung eine gewisse Kompetenz und Erfahrung, und selbst dann kann nicht immer zwischen Fakten und ihren Interpretationen, zwischen Wahrheit und Lüge unterschieden werden. Hinzu kommt, dass die Staatsmacht in diesem Bereich inzwischen selbst scheinbar freie und kritische »Quellen« betreibt, z. B. in Form der individuellen und scheinbar persönlichen Präsenz von Politikern in den sozialen Netzwerken.

Prinzipiell wird die Wirksamkeit propagandistischer Beeinflussung durch die unvermeidliche Trägheit der Propagandamaschine gehemmt. Dies schadet der Führung dann, wenn es um kurzfristige Veränderungen in den Zielsetzungen geht; dann entsteht eine schizophrene Sicht auf die Realität. Derzeit kann man von einer überschießenden und mit Drohungen versetzten Aggressivität antiwestlicher Positionen sprechen, so dass denkende Mediennutzer nach alternativen Informationsquellen suchen, die ihr Vertrauen verdienen.

Berücksichtigt man die zunehmende Protestbereitschaft, könnten in der heutigen Situation die Versuche der Staatsmacht, den Druck auf die Bürger zu erhöhen und ihre Aktivitäten zu unterbinden, die weitere Politisierung der Protestbewegungen, eine Radikalisierung ihrer Methoden und die Anwendung von Gewalt nach sich ziehen. All dies erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass die Entwicklung der arabischen Variante (Ägypten, Tunesien, Libyen usw.) folgt.

Andererseits können Schritte in Richtung Liberalisierung, also eine Art »neuer Perestroika«, ebenfalls zu einer Aktivierung der NGOs führen und die Bürger in dem Bemühen stärken, politische Entscheidungen zu beeinflussen. Das könnte für die Staatsmacht gefährlich sein, da sie entsprechend dem Willen der Bürger Positionen aufgeben müssten und Hebel der Macht verlieren würden. Zumindest wäre die Gefahr, dass sie sich nach Aufgabe der Macht vor Gericht verantworten müsste, geringer.

Von den neuen Brennpunkten des Bürgerengagements gehen Versuche zur (nicht formalisierten) Vereinigung aus, indem die Gruppen von der Lösung ihrer jeweiligen lebenswichtigen Fragen zur Konsolidierung und allmählich zur Formulierung politischer Forderungen fortschreiten. Diese Gruppen bedeuten Druck für die Staatsmacht; wenn sich ein Führer findet, entwickeln sie eine Art Struktur. Im Unterschied zu den NGOs, die für die politischen Führungen im Zentrum und in den Regionen keine reale Gefahr mehr darstellen, würde es ohne solche Gruppen keine Voraussetzung für eine Liberalisierung des politischen Kurses geben.<sup>116</sup> Zu den formal innerhalb des Systems agierenden Organisationen, auch den oppositionellen Parteien, haben sie sehr wenig Vertrauen, sind jedoch zum Kontakt bereit, wenn sie konkrete Ergebnisse ihrer Kooperation sehen. Sie sind das eigentliche Reservoir für die Schaffung einer Zivilgesellschaft, einschließlich der oppositionellen Parteien, wenn es denn zur Umsetzung eines Transformationsszenarios (demokratische Modernisierung) kommen sollte, selbst mit Verzögerungen.

Andererseits werden sie bei der Rückkehr zu einem hegemonialen monozentristischen System, das zu seinem Erhalt Gewaltstrategien einsetzen muss, zu den ersten Opfern gehören. Dabei können für das Regime spontane Proteste mit Strategien, die das System unterminieren (nach Art der Vorgänge auf dem Manegeplatz) oder Proteste nach dem Beispiel der Maghrebstaaten zu Beginn des Jahres 2011 zur Hauptgefahr werden. Dann wäre nicht das Regime, sondern das Land als ganzes in Gefahr und könnte zerfallen, wie es mehr als einmal in der Geschichte Russlands passiert ist.

Das günstigste Szenarium wäre eine zweite Liberalisierung des Regimes, nach der ersten vor 20 Jahren. Sie erfordert von der herrschenden Gruppe den politischen Willen und die Bereitschaft, Macht und Privilegien abzugeben und sich auf das Risiko einzulassen, die Macht vollständig und vielleicht auch die persönlichen Freiheit zu verlieren. Das bedeutet die Rückkehr zu echten Wahlen, die Aufhebung der Verbote sowie der Einschränkungen von Bürgerorganisationen und politischem Handeln und eine zweite Welle der Transformation.

116 Siehe: Vorožejkina, T.: *Nadobno godit'*, in: *Novaja gazeta*, 2009, Nr. 5. 21.01.2009.

Dieses Szenarium enthält nur eine geringe Wahrscheinlichkeit, weil es ein größeres Risiko für Putin, Medwedew und den ihnen nahestehenden Kreis beinhaltet. Selbst kleine Schritte in Richtung Liberalisierung, etwa Richtung Freiheit des Wortes oder Wahlen ohne Fälschungen würden unweigerlich eine weitere Veränderung von Institutionen, d. h. weitere Demokratisierung nach sich ziehen. Das ist der Weg der Reformen, die u. a. auch die Rechte der Opposition garantieren müssen. Andernfalls sehen selbst relative konservative Analysten die Gefahr, dass sich die Ereignisse nach ägyptischem oder libyschem Muster entwickeln.

## Anhang: Demonstrationen der Partei »Jabloko« 2011 in Bildern

Abb. 1 und 2: Demonstration gegen die »punktuelle Bebauung« in der Stadt Koroljow im Gebiet Moskau am 25. Juni 2011



»Totschtetschnaja satroika«, die »punktuelle Bebauung«, ist der Neubau von Häusern auf freien Flächen in alten, historisch gewachsenen Stadtteilen, diese Bebauung ist oft mit einer Verminderung der Lebensqualität der alteingesessenen Bewohner verbunden. Slogans auf den Plakaten sind u. a.: »Die käufliche Administration der Stadt Koroljow soll zurücktreten«, »Kindergarten – Freizeit für Kinder – verkauft«, »Freizeit für die Jugend – verkauft«, »Gesunde Lebensweise – verkauft«, »Vorbeugung gegen die Rauschgiftsucht – verkauft«, »Gesundheit der Kinder – verkauft«, »Zukunft der Kinder – verkauft«, »Ein neuer Generalplan, mit einer neuen Administration«, »Bewahren wir den Wald für die Anwohner«, »Nein zu steinernen Dschungeln, ja zu Stadien und Plätzen!«, »Die Höfe für die Kinder!«, »Nein zur punktuellen Bebauung, ja zu sozialen Objekten«, »Die Administration der Stadt Koroljow soll zurücktreten«.

Abb. 3,4, 5: Demonstration gegen den Bau einer Chemiefabrik in der Stadt Balaschicha im Gebiet Moskau am 21. August 2011



Die Texte auf den Plakaten lauten u. a.: »Nein zur Fabrik! Vergiftet Euch selbst!«, »Die Bewohner von Sarja [Bezirk von Balaschicha] sind gegen den Bau einer pharmazeutischen Fabrik unter ihren Fenstern«, »Ja zum Schwimmbad, nein zur Fabrik«, »Nein zu chemischer Produktion bei Schule und Kindergarten!«, »Wir lassen den Bau einer pharmazeutischen Fabrik bei [m Bezirk] Sarja nicht zu!«.



Abb. 6 und 7: Demonstration gegen Parkplätze im Bezirk Strogino in Moskau am 16. Oktober 2011



Auf dem Bild rechts ist u. a. der Vorsitzende der Partei »Jabloko«, Sergei Mitrochin, zu sehen.

Abb. 8: Demonstration zur Bewahrung des Bitzewski-Parks am 29. Oktober 2011



Der Bitzewski-Park bzw. -Wald ist der zweitgrößte Park in Moskau. Mit Mikrofon Sergei Mitrochin.

Abb. 9: Demonstration gegen die Umwandlung von Wohnungen von Wissenschaftlern in den KLIM-Türmen der Moskauer Staatlichen Universität in Büroraum am 20. November 2011



Abb. 10: Mahnwache zur Unterstützung Petlins am 9. September 2011.



Maxim Anatoljewitsch Petlin ist Abgeordneter der Jekaterinburger Stadtduma, der am 26. August 2011 wegen angeblicher Bestechlichkeit verhaftet wurde.

Abb. 11: Demonstration zur Unterstützung politischer Gefangener am 30. November 2011



In der Mitte mit Plakat Galina Michaleva; der Text auf dem Plakat lautet: »Michail Pulin – Nat[ional] bol[schewist] – 4 Jahre Freiheitsentzug«. Links neben der Autorin Sergei Mitrochin.

Abb. 12: Demonstration verschiedener oppositioneller Organisationen gegen Wahlfälschungen bei den Wahlen zur Staatsduma (am 4. Dezember 2011), am 26. November 2011



Abb. 13: Demonstration gegen Pfründe aus Haushaltsgeldern am 16. November 2011



Auf den Plakaten sind die Aufschriften »Das Volk zahlt« und »Sie leben in Saus und Braus!« zu sehen, zwischen beiden Aufschriften jeweils Karikaturen der Gruppen, die gut von öffentlichen Geldern leben.

Abb. 14 und 15: Demonstration gegen den Bau eines Atomkraftwerkes bei der Stadt Murom im Gebiet Nishni Nowgorod vor dem Sitz der Föderalen Agentur für Atomenergie Russlands (Rosatom) in Moskau am 30. November 2011



Auf dem großen Transparent ist die Aufschrift »Nein zum Bau des Nishegoroder Atomkraftwerkes bei Murom!! Bewahrt den Menschen das Leben!!!« zu sehen, auf den Plakaten steht »Erinnert euch an Fukushima und Tschernobyl. Ist euch das etwa nicht genug?« und »Der Bau eines Atomkraftwerkes auf Karstfelsen ist ein Verbrechen!«.







# Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa

ISSN 1616-7384

- Nr. 116      **Das politische Potential der Zivilgesellschaft in Russland während der Präsidentschaft von Wladimir Putin und Dmitri Medwedew**  
Von Galina Michaleva  
(November 2011)
- Nr. 115      **Rückkehr zum Autoritarismus?**  
Vormoderne, Moderne und Postmoderne im postsozialistischen Europa  
Beiträge für die 19. Tagung Junger Osteuropa-Experten  
Von Beate Apelt und Irene Hahn (Hg.)  
(September 2011)
- No. 114      **Challenges of a Resource Boom: Review of the Literature**  
By Andreas Heinrich  
(April 2011)
- Nr. 113      **Die russische Erdöl- und Erdgaswirtschaft**  
Aktuelle Entwicklungen im Überblick  
Von Heiko Pleines (Hg.)  
(April 2011)
- Nr. 112      **Vom ukrainischen DP zum heimatlosen Deutschen**  
Ukrainer und ihre Nachfahren in Westdeutschland nach 1945  
Von Anne-Kathrin Topp  
(Dezember 2010)
- Nr. 111      **Postkommunismus, Ressourcenreichtum und Autoritarismus: eine mögliche Korrelation?**  
Der »resource curse« und seine Folgen für die demokratischen Strukturen der ehemals kommunistischen Staaten in Europa und Asien  
Von Hauke Feil  
(Dezember 2010)
- Nr. 110      **Zur muslimischen Identität von Jugendlichen in der Republik Tatarstan (Russische Föderation) in den 2000er Jahren**  
Von Ekaterina Khodzhaeva  
(November 2010)
- Nr. 109      **Staat oder privat?**  
Akteure und Prozesse zwischen Staaten und Gesellschaften in Osteuropa  
Beiträge für die 18. Tagung Junger Osteuropa-Experten  
Veranstaltet von: Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, Berlin,  
Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Europäische Akademie Berlin  
(September 2010)
- Nr. 108      **Korruption im russischen Hochschulwesen**  
Von Eduard Klein  
(Juli 2010)
- Sonderheft      **Der Gulag im russischen Gedächtnis.**  
**Forschungsergebnisse einer deutsch-russischen Spurensuche in der Region Perm**  
Von Manuela Putz und Ulrike Huhn (Hg.)  
(April 2010)
- No. 107      **The Formal Political System in Azerbaijan and Kazakhstan. A Background Study**  
By Andreas Heinrich  
(March 2010)

Die Arbeitspapiere erscheinen sechs Mal jährlich und können als PDF-Datei von der Website der Forschungsstelle Osteuropa ([www.forschungsstelle.uni-bremen.de](http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de)) heruntergeladen werden.

## Aktuelle Bücher aus der Forschungsstelle Osteuropa

### *Changing Europe*

- Bd. 8      **Zdenka Mansfeldová, Heiko Pleines (eds.):**  
**Informal Relations from Democratic Representation to Corruption**  
Case Studies from Central and Eastern Europe  
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2011, 314 S., br., ISBN 978-3-83832-0173-3, € 34,90
- Bd. 7      **Sabine Fischer, Heiko Pleines (eds.):**  
**Civil Society in Central and Eastern Europe**  
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2010, 174 S., br., ISBN 978-3-83820-041-5, € 29,90
- Bd. 6      **Sabine Fischer, Heiko Pleines (eds.):**  
**The EU and Central & Eastern Europe.**  
Successes and Failures of Europeanization in Politics and Society  
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2009, 165 S., br., ISBN 978-3-89821-948-8, € 24,90
- Bd. 5      **Julia Kusznir, Heiko Pleines (eds.):**  
**Trade Unions from Post-Socialist Member States in EU Governance.**  
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008, 196 S., br., ISBN 978-3-89821-857-3, € 24,90

### *Das andere Osteuropa. Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur von den 1960er–1980er Jahren. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte*

- Bd. 1      **Ivo Bock (Hg.):**  
**Scharf überwachte Kommunikation.**  
Zensursysteme in Mittel- und Osteuropa  
LIT-Verlag (Münster), 2011, 480 S., br., ISBN 978-3-643-11181-4, € 49,90

### *Archiv zur Zeitgeschichte und Kultur Osteuropas. Quellen – Bestände – Analysen*

- Bd. 2      **Forschungsstelle Osteuropa (Hg.):**  
**Monographien im Zweiten Umlauf Polens**  
1976 – 1989  
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008, 506 S., Hardcover, ISBN 978-3-89821-883-2, € 89,90
- Bd. 1      **Wolfgang Eichwede (Hg.):**  
**Das Archiv der Forschungsstelle Osteuropa.**  
Sowjetunion, Russland, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, DDR  
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2009, 178 S., Hardcover, ISBN 978-3-89821-983-9, € 79,90

## Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

### ***Belarus-Analysen***

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### ***Caucasus Analytical Digest***

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

### ***Polen-Analysen***

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

### ***Russland-Analysen***

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### ***Russian Analytical Digest***

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

### ***Ukraine-Analysen***

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### ***Zentralasien-Analysen***

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [zentralasien-analysen@dgo-online.org](mailto:zentralasien-analysen@dgo-online.org)

### ***Bibliographische Dienste***

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)